

PROTOKOLL

über die 37. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 18. September 2008, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach

Gerhard Bremm

Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:

Wilhelm Hauser

Gunter Mayrhofer

Walter Oppl

Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:

DI Christian Altmann

Kurt Apfelthaler

Karl Baumgartner

Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta

Roman Eichhübl

Ernst Esterle

Ute Fanta

Helga Feller-Höllner

Mag. Martin Fiala

MMag. Michaela Frech

Monika Freimund

Ing. Wolfgang Hack

Gerald Hackl

Ing. Franz-Michael Hingerl

Mag. Stephan Keiler LL.M.

Mag. Gerhard Klausberger

Rudolf Kohl

Hans Payrleithner

Rosa Rahstorfer

Dr. Michael Schodermayr

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Eva-Maria Wührleitner

Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl

SR Mag. Helmut Lemmerer

OMR Dr. Gerald Schmoll

OMR Mag. Helmut Golda

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

GR Rudolf Blasi

GR Andreas Kupfer

PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl

Gabriele Obermair

INHALTSVERZEICHNIS

Tagesordnungspunkt:	Betreff:	Seite:
1) Präs-606/08	Antrag der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion betreffend Entlastungspaket 2009.	453
2) Gem-2/05	Global-Personalleasing GmbH; 4400 Steyr, Johann-Puch-Straße 15; Abschreibung offener Forderungen.	497
3) Fin-192/08	SLR-Gusswerk II Betriebs GmbH und SLR MetallbearbeitungsGmbH; Gusswerkstraße 5, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.	497
4) FW-9/08	Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges „TLF 1500“ für die Freiwillige Feuerwehr Steyr, Löschzug 3.	497
5) Rp-1/07	Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2007 gem. § 39 Abs. 3 StS.	498
6) SH-157/07	Sozialhilfekosten; Überschreitung der Budgetmittel.	504
7) K-70/08	Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2008.	511
8) GHJ2-55/03	Aufkündigung des Mietvertrages mit Herrn Dr. Johannes Riedl und Frau Marianne Riedl über Räumlichkeiten im Objekt Stadtplatz 31.	511
9) GHJ2-41/08	Sanierung der Garderoben Hauptschule Ennsleite.	514
10) GHJ2-60/07	MZH Münchenholz; Vollwärmeschutz.	514
11) Stw-91/08	Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2007.	517
12) BauGru-49/05	Bebauungsplan Nr. 70 – Hofergraben; Neuerstellung.	526

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

KD-15/08

Umdeklarierung Massenabfalldeponie auf Reststoffdeponie; Projektierung Zwischenschicht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) Präs-606/08 Antrag der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion betreffend Entlastungspaket 2009.
- 2) Gem-2/05 Global-Personalleasing GmbH; 4400 Steyr, Johann-Puch-Straße 15; Abschreibung offener Forderungen.
- 3) Fin-192/08 SLR-Gusswerk II Betriebs GmbH und SLR MetallbearbeitungsGmbH; Gusswerkstraße 5, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 4) FW-9/08 Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges „TLF 1500“ für die Freiwillige Feuerwehr Steyr, Löschzug 3.
- 5) Rp-1/07 Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2007 gem. § 39 Abs. 3 StS.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

- 6) SH-157/07 Sozialhilfekosten; Überschreitung der Budgetmittel.
- 7) K-70/08 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2008.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 8) GHJ2-55/03 Aufkündigung des Mietvertrages mit Herrn Dr. Johannes Riedl und Frau Marianne Riedl über Räumlichkeiten im Objekt Stadtplatz 31.
- 9) GHJ2-41/08 Sanierung der Garderoben Hauptschule Ennsleite.
- 10) GHJ2-60/07 MZH Münichholz; Vollwärmeschutz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

11) Stw-91/08 Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2007.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

12) BauGru-49/05 Bebauungsplan Nr. 70 – Hofergraben;
Neuerstellung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, ich darf die heutige Gemeinderatssitzung eröffnen und Sie herzlich begrüßen. Ich begrüße selbstverständlich auch unsere Gäste die heute hier sind und die Vertreter der Medien. Ich darf feststellen, dass die Einberufung ordnungsgemäß passiert ist und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Protokollprüfer sind heute der GR Mag. Erwin Schuster und der GR Hans Payrleithner. Entschuldigt sind heute GR Rudolf Blasi und GR Andreas Kupfer. Ich komme zum Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen.**

Die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion richtete mit Schreiben vom 9. September 2008 folgende Anfrage an mich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Anlässlich der von der OÖ Landesregierung erlassenen OÖ Kindergarten- und Horte-Elternbeitragsverordnung 2008 beschloss der Gemeinderat der Stadt Steyr am 3. Juli d. J. mehrheitlich eine Änderung der Tarifordnung für städtische Kindergärten und Horte. Neben der Anhebung der Höchstbeiträge um 1,5 % bezogen auf den Verbraucherpreisindex 2005 und der Änderung im Bereich der Bewertung des Einkommens, sei die wesentliche Verbesserung insbesondere im Bereich der Gewährung eines Geschwisterabschlages von Bedeutung – so nachzulesen im damaligen Amtsbericht.

Demnach ist mit Wirksamkeitsbeginn 1. September 2008 bei Familien, wo mehrere Kinder eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen, für das zweite Kind ein Abschlag von maximal 50 % und für jedes weitere Kind ein Abschlag von maximal 100 % (vom

Elternbeitrag für halbtägige Inanspruchnahme – 100 %) zu berechnen.

Nachdem diese „Ermäßigung“ besonders hervorgehoben wurde, *ich sage einmal hervorgehoben wurde sie ja durch das Land OÖ, das hat wahrscheinlich auch jeder mitbekommen, in Steyr hat es ja das eh schon vorher gegeben, bei der alten Tarifordnung*, stellt die FPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende Anfrage zur Beantwortung in der nächsten Gemeinderatssitzung vom 18. September 2008:

Wie viele Familien gibt es in Steyr, die mehrere Kinder in Betreuungseinrichtungen angemeldet haben und daher einen sogenannten „Geschwisterabschlag“ gewährt bekommen?“

Ich bitte die Frau Vizebürgermeisterin, als zuständige Referentin, um die Anfragebeantwortung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste und Presse.

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Zum Kindergarten- und Hortjahr 2008/09 sind in den städtischen Kindergärten und Horten insgesamt 944 Kinder angemeldet, davon sind 685 Kinder als Einzelkinder im Kindergarten oder Hort gemeldet und 259 Kinder als Geschwisterkinder. Diese 259 Kinder kommen aus 122 Familien. 109 Kinder sind aus Familien mit 2 Kindern, 11 Kinder aus Familien mit 3 Kindern und 2 Kinder aus Familien mit 4 Kindern in einer Kindergarten- oder Hortbetreuung.

Die Vergünstigungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich bei gleichen Betreuungsformen für das 2. und 3.

und natürlich für das 4. Kind bei allen Familien. Danke.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zum Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters.**

In meiner ersten Mitteilung geht es um die Aktion „Schlaue Jause“.

Mit Schulbeginn ist die Aktion „Schlaue Jause – Coole Pause“ fortgesetzt worden. Umweltreferent Vizebürgermeister Gerhard Bremm und das Team der Umweltberatung der Stadt Steyr verteilten vor kurzem Jausenboxen an 338 Schulanfänger in 12 Volksschulen. Der Inhalt der Boxen: ein Apfel, ein Müsliriegel und ein Informations-Folder für die Eltern.

Die Aktion kommt sehr gut an und das Ziel ist, Eltern und Kinder für gesunde Ernährung zu sensibilisieren und zu vermitteln, dass es beim Schulwart eine gesunde Jause gibt. Mit der Jausenbox wird auch dazu beigetragen, dass nachhaltig die Umwelt geschont wird.

Begonnen hat die Aktion „Schlaue Jause – Coole Pause“ schon im Frühjahr dieses Jahres. Rund 3000 Kinder aus 12 Volksschulen, 9 Hauptschulen, 3 Sonderschulen und dem Polytechnischen Jahrgang haben im Mai dieses Jahres die Jausenbox bekommen.

20. September – Mobilitätstag in Steyr

Am Samstag, 20. September, findet in Steyr wieder der Mobilitätstag statt. Von 8 bis 13 Uhr dreht sich auf dem Stadtplatz alles rund um das Thema Mobilität, öffentlicher Verkehr und Radfahren. An diesem Tag werden Fachleute unter anderem über Autobusse, Fahrkartensysteme, Verkehrskonzepte und Linienführung informieren. Auch zum Thema Radfahren wird einiges geboten: Experten geben Tipps zur Sicherheit im Radverkehr, zur Fahrradausstattung sowie zu Gesundheit

und Kalorienverbrauch. Die Kinder können beim Radparcours mit Hindernissen ihre Geschicklichkeit beweisen oder am Malwettbewerb teilnehmen.

Der Segway, das selbst balancierende Elektro-Fahrzeug sowie ein Elektro-Fahrrad werden vorgestellt, die Steyrerinnen und Steyrer sowie die Besucher der Stadt können am 20. September den ganzen Tag lang gratis mit den städtischen Bussen verkehren.

Stadt Steyr veranstaltet Tag der offenen Tür

Die Stadt Steyr präsentiert ebenfalls am 20. September ihre Dienstleistungen mit dem „Tag der offenen Tür“ im Rathaus, in den Stadtbetrieben, also im Kommunalzentrum, und im Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung.

Im Rathaus werden unter anderem aktuelle Bauprojekte gezeigt, im Sitzungszimmer des Stadtsenates wird eine Impfkation durchgeführt, die Besucher können sich auch zum Thema Gesundheit Tipps von Experten holen. Für die jüngsten Rathaus-Besucher wird ein Kindergarten eingerichtet. Musik gibt's von der Stadtkapelle Steyr.

Im Kommunalzentrum an der Ennser Straße wird eine Geräteschau organisiert, die Besucher können sich von der Hebebühne der Feuerwehr das Gelände aus der Vogelperspektive ansehen. Garten-Fans bekommen gratis Komposterde und Setzlinge.

Im Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung am Steinwändweg stehen unter anderem Führungen, Filme und viele Informationen zum Thema Umwelt und Wasseraufbereitung auf dem Programm.

Stadt will Mieter entlasten

So wie in Wien und Linz soll auch in Steyr die Mieterhöhung auf Kategorie-Mietzinse unbefristet ausgesetzt werden. Das heißt, dass die Mieter von etwas 300 stadteigenen Wohnungen entlastet werden. Diese Wohnungen unterliegen dem Mietrechtsgesetz und werden von der GWG der Stadt Steyr verwaltet. Wir wollen damit aktiv gegen die massive Teuerungswelle vorgehen und die Mieter soweit wie möglich unterstützen.

Zu diesem Thema, entlasten von dieser Teuerungswelle, wird ja heute noch wahrscheinlich heftigst diskutiert werden.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im August 2008 betrug 4,4 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,3 % höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,6 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitlosen betrug im August 2008 1.805 Personen. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 7,4 % (d. s. 124 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 9,8 % (d. s. 197 Personen).

Im August 2008 sind 377 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 77 Stellen mehr und gegenüber dem Vorjahr um 185 Stellen weniger.

Das waren meine Mitteilungen. Ich komme zum Punkt 4), „**Aktuelle Stunde**“. Zu diesem Thema liegt kein Wunsch vor, d. h., der Punkt entfällt dann.

Punkt 5), **Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates**, darum bitte ich Sie und ich komme dann gleich zum Punkt 6), **Verhandlungs-**

gegenstände und bitte die Frau Vizebürgermeisterin den Vorsitz zu übernehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um die Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Punkt geht es um einen Antrag der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion. Die derzeit enorm hohe Teuerung wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Steyr als große Belastung empfunden. Es ist an der Zeit, dass hier auch entsprechend ein Zeichen gesetzt wird. Wir, als Sozialdemokratische Fraktion, haben uns entschlossen, dass z. B. bei der Kanalbenutzungsgebühr, die Abfallgebühr sowie die Wassergebühren nächstes Jahr nach Möglichkeit eingefroren werden, aber auch die Tarife für „Essen auf Rädern“, die städtischen Kindergärten und Horte sowie die Alten- und Pflegeheime Tabor und Münchenholz im Jahr 2009 nicht erhöht werden, ebenso wie die Tarife für die Ganztagschule Ennsleite. Zusätzlich soll der städtische Heizkostenzuschuss, der jährlich an bedürftige Mitbürgerinnen und Mitbürger ausbezahlt wird, für die kommende Heizperiode um 25 %, von 80 auf 100 Euro, erhöht werden.

Ich glaube, dass das eine sehr sinnvolle und gute Aktion ist und ich bitte darüber eine Diskussion abzuhalten. Ich gehe einmal davon aus, dass die Diskussion natürlich nach den Zeitungsberichten heute doch einigermaßen kontrovers sein wird. Ich bitte um Diskussion bzw. anschließend um Beschlussfassung dieses Antrages.

1) Präs-606/08

Antrag der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion betreffend Entlastungspaket 2009.

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Wasser- und Kanalbenützungsgebühren

Die Stadt Steyr verpflichtet sich, die Vorgaben des Landes Oberösterreich im sogenannten Mindestgebührenerlass 1:1 für die Stadt Steyr umzusetzen. Dies bedeutet konkret, dass für den Fall, dass das Land Oberösterreich einen Gebührenstopp bei Wasser- und Kanalbenützungsgebühren gegenüber der bereits beschlossenen Tarifordnung verfügt, die Stadt Steyr umgehend diesen Gebührenstopp übernehmen wird und für das Jahr 2009 diejenigen Gebühren zur Anwendung bringen wird, die das Land Oberösterreich in einem etwaigen neuen Mindestgebührenerlass festsetzen wird. Dies hat dann durch Verordnung des Gemeinderaters der Stadt Steyr zu erfolgen.

2. Abfallgebühren

§ 3 Abs. 1 der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr sowie § 5 Abs. 1 und 2 der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr wird entsprechend der in der Anlage beigeschlossenen Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr abgeändert. Diese Abänderung betrifft im Wesentlichen den Entfall der für 1. 1. 2009 bereits festgesetzten höheren Gebührensätze. Diese Tarifordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Beginn des Kalenderjahres 2009 – somit am 1. 1. 2009 – in Kraft.

3. Kindergartentarife

Die Kindergartentarife bleiben auf dem Niveau der Tarifordnung für Kindergärten und Horte der Stadt Steyr für das Kindergartenjahr 2007/08. Es wird daher der Höchstbeitrag für die halbtägi-

ge Inanspruchnahme in Kindergärten mit Euro 104,00 festgelegt. Als Höchstbeitrag für die angebotenen Organisationsformen wird wie folgt festgelegt:

Ganztageskindergarten kurz

Euro 145,00

Ganztageskindergarten mittel

Euro 176,00

Ganztageskindergarten lang

Euro 197,00

Hort

Euro 176,00

Der errechnete Elternbeitrag wird elfmal jährlich eingehoben und enthält 10 % Umsatzsteuer.

Die in der Anlage beigeschlossene Änderung der Tarifordnung für die Kindergärten und Horte der Stadt Steyr wird in diesem Sinne durch den Gemeinderat der Stadt Steyr beschlossen.

Diese Tarifordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Beginn des laufenden Kindergarten- und Hortjahres – somit mit 1. 9. 2008 – in Kraft.

4. Tarif APM

Die Tarife des Alten- und Pflegeheimes Münichholz – festgesetzt in der Tarif- und Gebührenordnung für das Alten- und Pflegeheim Münichholz in Steyr – sind gemäß Art. 4 Abs. 1 für den Standardtarif dahingehend wertgesichert, dass die Tarife gemäß Art. 2 Abs. 1 Z. 1 der Tarifordnung auf der Basis des Verbraucherpreisindex 2000 des Österreichischen Statistischen Zentralamtes oder eines allenfalls an dessen Stelle tretenden Index wertgesichert sind. Als Bezugsgröße dient die jeweils für den Monat September veröffentlichte Indexzahl, die jedoch erst ab Beginn des folgenden Kalenderjahres wirksam wird.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr beschließt, dass für das Jahr 2009 (ab 1. 1. 2009 bis 31. 12. 2009) diese Wertsicherung ausgesetzt wird. Eine neuerliche Wertsicherung ist daher erst im Jahr 2010 auf Basis der Veränderung der veröffentlichten Indexzahlen der Monate September 2008 zum Monat September 2009 zu errechnen und durchzuführen.

5. Tarif APT

Die Tarife des Alten- und Pflegeheimes Tabor – festgesetzt in der Tarif- und Gebührenordnung für das Alten- und Pflegeheim Tabor in Steyr – sind gemäß Art. 4 Abs. 1 für den Standardtarif dahingehend wertgesichert, dass die Tarife gemäß Art. 2 Abs. 1 Z. 1 der Tarifordnung auf der Basis des Verbraucherpreisindex 2000 des Österreichischen Statistischen Zentralamtes oder eines allenfalls an dessen Stelle tretenden Indexes wertgesichert sind. Als Bezugsgröße dient die jeweils für den Monat September veröffentlichte Indexzahl, die jedoch erst ab Beginn des folgenden Kalenderjahres wirksam wird.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr beschließt, dass für das Jahr 2009 (ab 1. 1. 2009 bis 31. 12. 2009) diese Wertsicherung ausgesetzt wird. Eine neuerliche Wertsicherung ist daher erst im Jahr 2010 auf Basis der Veränderung der veröffentlichten Indexzahlen der Monate September 2008 zum Monat September 2009 zu errechnen und durchzuführen.

6. Tarife für ganztägige Schulformen

Die Tarife der ganztägigen Schulformen in Steyr sind dahingehend wertgesichert, dass die Tarife auf der Basis des Verbraucherpreisindex des Österreichischen Statistischen Zentralamtes oder eines allenfalls an dessen Stelle tretenden Indexes wertgesichert sind. Als Bezugsgröße dient die jeweils für den Monat März veröffentlichte In-

dexzahl, die jedoch erst ab Beginn des folgenden Schuljahres wirksam wird.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr beschließt, dass für das Schuljahr 2008/09 diese Wertsicherung ausgesetzt wird. Eine neuerliche Wertsicherung ist daher erst im Schuljahr 2009/2010 auf Basis der Veränderung der veröffentlichten Indexzahlen der Monate März 2008 zum Monat März 2009 zu errechnen und durchzuführen.

7. Tarife Essen auf Rädern

Die drei Tarife der Aktion „Essen auf Rädern“ unterliegen einer Indexsicherung in der Form, dass die Höhe des jeweiligen Beitragssatzes jeweils neu festzusetzen ist, sobald der Verbraucherpreisindex eines Jahres von der Indexbasis Dezember des Folgejahres um mehr als 5 Prozentpunkte abweicht.

Die letzte derartige Erhöhung ist mit 1. Mai 2008 erfolgt. Der Gemeinderat der Stadt Steyr beschließt daher im Jahr 2009 jedenfalls – sollte sich rechnerisch eine derartige Erhöhung ergeben – von einer Indexerhöhung der Tarife für die Aktion „Essen auf Rädern“ Abstand zu nehmen und eine Neuberechnung der Indexsicherung erst frühestens mit 1. 1. 2010 vorzunehmen.

8. Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen

Die Stadt Steyr gewährt einkommensschwachen Personen bzw. Familien Beihilfen zur Anschaffung von Brennstoffen. Die Höhe der Unterstützung betrug bisher im Einzelfall Euro 80,00 und wird ab dem Jahr 2009 auf Euro 100,00 erhöht. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Im direkten Zusammenhang des vorliegenden Antrages der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion unter dem Übertitel, der Herr Bürgermeister hat bereits darauf hingewiesen, Entlastungspaket 2009, möchte ich Ihnen folgende Begebenheit in Erinnerung rufen.

Antrag an den Gemeinderat. Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen: Sämtliche vom Gemeinderat für das Rechnungsjahr 2008 beschlossenen Tarif- und Gebührenerhöhungen z. B. Wasserbezugs- und Wasseranschlussgebühren, Kanalbenutzungsgebühren, Kanalanschlussgebühren, Müllgebühren, Verkehrstarife ect., werden mit sofortiger Wirkung auf Basis der Gebühren von 2007 ausgesetzt und 2009 einer neuerlichen Evaluierung unterzogen.

Dieser Antrag wurde eingebracht mit folgender Begründung. Die hohe Inflationsrate sowie ständig steigende Lebenshaltungskosten werden zu einem zunehmenden Problem für die Bürger unserer Stadt. Im Besonderen wird seit Monaten über steigende Mieten diskutiert, diese Erhöhungen resultieren vor allem durch explodierende Betriebskosten, an der die Stadt Steyr durch ihre Tarifpolitik wesentlich dazu beiträgt. Unterschrieben von GR Eichhübl, GR Payrleithner und GR Dr. Zöttl.

Da hat es dann eine Wortmeldung gegeben und die darf ich Ihnen auch auszugsweise wiedergeben.

Womit die Antragsteller, Eichhübl, Payrleithner, Dr. Zöttl, aber spekulieren und meiner Meinung nach auch sicher rechnen, ist der Applaus der Bürger

und Bürgerinnen, die unter der aktuellen Steuerlast, in Verbindung mit den schon erwähnten exorbitant gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreisen zu leiden haben. Mit anderen Worten heißt das aber, das ist ein durch und durch populistischer Antrag, der von der Absicht die Steyrer Bürgerinnen und Bürger ein wenig zu entlasten zwar ehrenwert sein mag, und ich glaube Ihnen das auch, zur Problemlösung aber, nämlich bezogen auf die Teuerungsrate, für jene, die besonders darunter leiden rasch und effizient zu mildern oder auszugleichen, zur Lösung dieses Problems eignet sich dieser Antrag absolut gar nicht. Der vorliegende Antrag, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist nicht zielführend und verfolgt zudem eine mehr als durchsichtige Strategie.

Das war die Stellungnahme eines namhaften SPÖ-Mandatars. Ich sage deswegen namhaft, weil alle Mandatäre ja offensichtlich nicht immer die Möglichkeit haben vor diesem Gemeinderat zu sprechen vonseiten der SPÖ-Fraktion, die ich auszugsweise, wie ich vorhin gesagt habe, wiedergegeben habe aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 3. April 2008. Dann hat es eine Abstimmung darüber gegeben. Die SPÖ war geschlossen dagegen, es hat eine Enthaltung gegeben vom Kollegen Kupfer und alle anderen waren für diesen Antrag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Sozialdemokratischen Gemeinderats-Fraktion jetzt muss ich Sie schon fragen: Ist Ihr Antrag nicht populistisch? Dient Ihr Antrag nicht dazu, nur den Beifall der Bürger zu erhaschen? Dient Ihr Antrag nicht dazu, die Probleme der Bürger zu lösen die unter dieser Teuerungswelle seit geraumer Zeit leiden oder dient Ihr Antrag etwa nur dazu, um kurz vor einer Wahl Stimmen zu lukrieren? Was soll man also von Ihrem Antrag halten? Ich sage

Ihnen sehr deutlich, was wir, als Freiheitliche, von diesem Antrag halten. Dieser Antrag ist die reinste Augenauswischerei.

Meine Damen und Herren, es ist ja wirklich sehr eigenartig, kurz vor einer Wahl, das ist natürlich reiner Zufall, und da kommen mir ja fast die Tränen vor Rührung, kommt die SPÖ-Gemeinderatsfraktion drauf, dass sie Gebühren und Tarife nicht mehr anheben wird. Nicht mehr anheben wird, da haben die Bürger sehr viel davon, die jetzt unter dieser Belastung leiden. Da wird ihnen versprochen fiktiv eine Anhebung nicht mehr durchzuführen. Also, das muss mir schon jemand erklären, was die Bürger davon haben, wenn ihnen für die Zukunft irgendetwas versprochen wird, wobei ja nicht einmal genau zu quantifizieren ist wie viel denn tatsächlich den Bürgern dabei erspart wird. Und wenn Sie da 700.000 Euro hineinschreiben, dann müssen Sie mir das näher erklären, wie Sie auf den Betrag kommen. Wer sagt Ihnen denn, dass gerade aufgrund dieser hohen Tarife, die Sie, meine Damen und Herren der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, seit 2003 hat es kaum eine GR-Sitzung gegeben, immer wieder beantragt und auch beschlossen haben, sich gewisse Bereiche und gewisse Angebote der Stadt Steyr überhaupt noch leisten werden können. Also, dieser Antrag ist zum Greifen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dient tatsächlich nur dazu, jetzt, kurz vor einer Wahl, entsprechende Stimmen zu lukrieren.

Aber gerade, und das ist schon das Interessante, in jenem Bereich, nämlich bei den Kanal- und Wassergebühren, wo die Bevölkerung in den letzten Jahren am meisten belastet worden ist, da macht man bereits wieder einen Rückzieher und beruft sich auf die Mindesttarifordnung des Landes. Auf die Mindesttarifordnung des Landes was bei Kanalbenützungsgebühren und deren Erhöhung immer wieder ins

Treffen geführt wird. Und wie Sie wissen, meine Damen und Herren, wurde gerade diese Kanalbenützungsgebühr in den letzten 9 Jahren um sage und schreibe 100 % angehoben. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es in OÖ einige Gemeinden gibt die sich nicht an diese Mindesttarifordnung des Landes halten, aber genauso ihre Förderungen bekommen. Das ist überhaupt kein Grund, Sie hätten nicht dabei mitmachen müssen, wie gesagt, diese eklatanten Erhöhungen ständig hier in diesem Gemeinderat zu beschließen.

Und beim Wasser stimmt Ihre Argumentation in keinster Weise. Die Wassergebühren werden nämlich aufgrund einer Kalkulation ermittelt. Und wie die Kalkulation aussieht habe ich bereits einige Male hier vor diesem Gemeinderat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich bin aber gerne bereit, auch das heute zu wiederholen. Wir haben ja heute noch den Geschäftsbericht zu behandeln und in diesem Geschäftsbericht geht klar und deutlich hervor, oder aus diesem Geschäftsbericht, dass man Erträge im Wasserwerk erwirtschaftet hat die in der Größenordnung von nahezu 1,3 Millionen Euro jährlich liegen. Ich sage Ihnen die Zahl dann noch ganz genau, wenn ich mich zu Wort melde im Bezug auf den vorhin genannten Geschäftsbericht. Von diesen nahezu 1,3 Millionen Euro bezahlt man eine Verlustabdeckung an Stadtbad und Kunsteisbahn von 1,087.000 Euro und trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, bleiben unter dem Strich, als Gewinn, nach Investitionen und nach allen Aufwendungen, 272.000 Euro übrig. Also bitte erklären Sie mir jetzt wieso es notwendig ist, ständig in diesem Bereich Gebühren zu erhöhen und die Bürger zu belasten. So zu belasten, dass sich tatsächlich einige, weil es sich ja auf die Betriebskosten umschlägt, ihre Wohnungen kaum mehr leisten können und aufgrund der anderen ständigen Teue-

rungen sich ihren Lebensunterhalt nicht mehr leisten können.

Es wird ja noch im Zuge der Diskussion dazu kommen, dass es weitere Anträge geben wird. Aber jetzt, wie gesagt, jetzt war erst Ihr Hauptantrag zur Diskussion gestanden, deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet. Ich sage Ihnen noch einmal, wenn Sie tatsächlich für die Bürger etwas tun sollen, dann können Sie nur dem zustimmen was wir uns vorstellen. Wie gesagt, wir werden noch darauf zu sprechen kommen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächste zu Wort gemeldet ist die Kollegin Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Vertreter der Medien, werte Gäste. Ja, alle 6 Jahre machen die Wähler ihr Kreuz, bei der letzten Wahl mehrheitlich bei der SP, und dieses Kreuz müssen die Wähler dann auch tragen, in Form nämlich von starken Gebührenerhöhungen die in den letzten Jahren passiert sind. Und alle Gebührenerhöhungen, die in diesem Raum beschlossen worden sind, und alle Tarife werden im Gemeinderat beschlossen, sind mehrheitlich von der SP beschlossen worden, gegen alle Warnungen der Opposition. Die Gebühren die dabei erhöht worden sind hat der Kollege Eichhübl schon angesprochen. Es war immer die SP die diese Erhöhungen gemacht hat. Seit Jahren, und auch gerade in den letzten Monaten wo die Inflationsrate extrem gestiegen ist, ist jedes Mal, wenn es um das Thema Tariferhöhung gegangen ist, von der Opposition gekommen, bitte kalkuliert die Tarife durch und

trägt nicht dazu bei, dass die Belastung der Steyrer Haushalte noch mehr steigt als sie ohnedies gegeben ist aufgrund der hohen Inflationsrate, weil wir, als Gemeinde, und da könnte ich zig Protokolle zitieren, und ich habe das in jedem Ausschuss gesagt, bei jeder Gelegenheit wo es um Tariferhöhungen gegangen ist, haben es auch mit in der Hand die Bevölkerung zu belasten oder zu entlasten. Das hat aber nie eine Rolle gespielt. Auf dieses Argument ist man nie eingegangen. Jetzt, auf einmal, eineinhalb Wochen vor der Nationalratswahl, macht man hier halt auch ein bisschen Wahlkampf. Plötzlich kommt man drauf, gut, Selbsterkenntnis ist der beste Weg zur Besserung, ja eigentlich sind die Steyrerinnen und Steyrer viel zu stark belastet und jetzt müssen wir sie entlasten um ein Paket das 700.000 Euro schwer ist. Also, der Müllstein den die Steyrerinnen und Steyrer an Gebühren zu tragen haben der war nicht 700.000 schwer in den letzten Jahren, sondern sehr, sehr viel mehr. Und zuerst die Bevölkerung um Millionen Euro zu belasten und jetzt zu sagen jetzt entlasten wir euch um 700.000, die gar keine sind, das werde ich Ihnen dann noch aufzeigen, das ist ehrlich gesagt eine Schmähpattie.

Um auf diesen Antrag im Detail einzugehen, der hier kommt von der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion. Der Gemeinderat soll es beschließen, ist die Forderung, dass die Wasser- und Kanalbenutzungsgebühren nicht mehr erhöht werden, wenn das Land einen Gebührenstopp vorsieht. No na net. Wenn das Land OÖ schon einen Gebührenstopp macht, ja dann werden wir hergehen und die Gebühren erhöhen. Ja und auch nur wenn das Land OÖ das macht. D. h., wenn das nicht passiert haben die Steyrerin und der Steyrer überhaupt nichts davon. D. h., Punkt 1) ist eigentlich de facto obsolete, das kann man hinschreiben. Genauso bei den Abfallgebühren. Im En-

deffekt weiß jeder, der im zuständigen Ausschuss war, dass wir unsere Müllgebühren sehr, sehr stark erhöht haben und jetzt sagen wir halt, gut, die bereits festgesetzte Erhöhung ändern wir ab und gehen wieder ein bisschen zurück. In Wahrheit – Augenauswischerei.

Kindergartentarife. Also, ich muss Ihnen ehrlich sagen, wer das da hineingeschrieben hat, der hat die Diskussion der letzten Jahre überhaupt nicht verfolgt, dass man sich das überhaupt traut. Jeder weiß inzwischen, und ich bin unwidersprochen geblieben in diesem Gemeinderat bis dato, innerhalb Oberösterreichs hat Steyr den höchsten Höchstbeitrag bei den Kindergartentarifen. Wir verlangen inzwischen für die Ganztagesform 200 Euro ohne Essen. Und den Höchstbeitrag haben Sie, auch schon x-mal nachgewiesen, haben Sie automatisch in dem Moment wo beide berufstätig sind, einer Vollzeit, einer Teilzeit in der Familie arbeitet, dann haben Sie schon diesen Höchstarif. Und jetzt zu sagen, wir erhöhen nicht mehr weiter und wir nehmen die Erhöhung die wir schon beschlossen habe, in der letzten Sitzung, wieder zurück um ein paar Euro, ja bitte, das ist Augenauswischerei. Und die Eltern, ich kenne einige Eltern, meine Damen und Herren, und da hört sich für mich der Spaß auf, die inzwischen sagen, ich melde mein Kind nicht für den Kindergarten an, weil ich es mir nicht leisten kann oder weil ich dann nur mehr arbeiten gehe um die Kinderbetreuung zu bezahlen. Es ist so. Du kannst es glauben oder nicht.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
70 % sind billiger geworden. Das ist Tatsache.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, dann kann ich natürlich locker her gehen und sagen, jetzt nehme ich die

kleine Erhöhung die ich gerade beschlossen habe von ein paar Euro wieder zurück, wenn ich ohnedies so hohe Tarife habe.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir sind bei den Kindergartentarifen in Summe billiger geworden.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:
Von einem Level der am höchsten ist. Was habe ich denn davon, wenn ich dann noch immer der Teuerste bin, wenn ich ein bisschen billiger bin als vorher?

Die Tarife APM, APT, die Frau Vizebürgermeisterin wird mir glaube ich nicht Widersprechen können, Sozialausschuss letzter Donnerstag, im Endeffekt ist es völlig egal wie wir die Tarifgestaltung jetzt machen im APT und APM, weil der Punkt jener ist, dass wir keine Vollzahler haben im Großen und Ganzen, kaum mehr Vollzahler. Jeder der im Ausschuss war hat die Diskussion verfolgen können, wir haben kaum Vollzahler. D. h., jedes Mal wenn wir die Tarife erhöhen im APT oder APM sinkt zwar der Abgang vom APT oder APM, aber auf der anderen Seite muss das Sozialamt in Form der Sozialhilfe zuschießen. D. h., im Endeffekt ist es ein Verschieben von Positionen. Wie gesagt, das bringt der Bevölkerung auch nicht wirklich großartig was.

Ja, dann haben wir noch die Tarife für die ganztägigen Schulformen, da verzichtet man auch nur auf die Indexanhebung. Das ist auch nicht wirklich die große Entlastung.

Ja, und Essen auf Rädern, das war auch ein Thema im letzten Sozialausschuss. Ob das jetzt wirklich stimmt oder nicht, hat sich leider nicht verifizieren lassen. Zumindest laut einem Prüf ...

STADTRAT
WALTER OPPL:
Bitte vorsichtig sein.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, ich bin eh vorsichtig, darum sage ich ja auch es spielt gar keine große Rolle. Ich gehe nach den Zahlen die im Prüfbericht sind und da gibt es ein Kontrollamt und da gibt es Daten die geliefert worden sind von der Sozialabteilung. Laut diesen Daten machen wir einen Überschuss bei Essen auf Rädern. Im Sozialausschuss, wo ich das eingebracht habe, hat man gesagt, das kann nicht stimmen, da ist was nicht reingerechnet worden usw., das möge man bitte im Amt abklären. Ich weiß jetzt nicht was stimmt. Die Sozialabteilung liefert Zahlen, das Kontrollamt arbeitet es ein, dann sagt man, da hat man was vergessen. Ich kann es nicht verifizieren. Aber ich würde darum ersuchen die Tarife neu zu kalkulieren, weil anscheinend gibt es da was Unstimmiges. Das wäre einmal Punkt 1). Aber selbst wenn man nicht diesen Überschuss macht, stellt sich für mich schon eine ganz spannende Frage und das ist die, warum bei uns eine Portion Essen auf Rädern um so viel teurer ist als in Linz. Das ist für mich nicht ganz nachvollziehbar, warum die Linzer Bürgerinnen und Bürger um so viel weniger zahlen müssen für Essen auf Rädern als bei uns. Und zwar kann ich Ihnen auch sagen um wie viel, 63 Cent pro Essen beim Höchstbeitrag. 63 Cent, das klingt natürlich nicht viel, wenn Sie aber täglich Essen auf Rädern haben, dann sind das im Jahr 230 Euro die Sie mehr bezahlen als Steyrer.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die haben aber auch wesentlich mehr.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja genau Herr Bürgermeister. Jetzt könnte man natürlich sagen, Leistung muss man vergleichen. Das habe ich auch getan. Und wissen Sie was das Spannende ist, meine Damen und Herren? Obwohl unser Essen auf Rädern 63 Cent mehr kostet, im Höchstbeitrag, ist das Essen in Linz umfangreicher, weil in Linz gibt es dazu auch noch eine Nachspeise. Bei uns gibt es eine Suppe und eine Hauptspeise, in Linz gibt es außerdem noch, neben dem Salat, eine Nachspeise.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Für wie viel? Die Masse macht nämlich auch etwas aus.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, aber dafür haben sie wieder andere Wegzeiten und dem Bürger ist es relativ egal, er hat die Belastung zu tragen. D. h., im Endeffekt ist das, was da jetzt auf diesem Antrag steht absolut keine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Das Einzige was ich gelten lasse, aber das ist wirklich nicht einmal der Tropfen auf dem heißen Stein, ist die Brennstoffaktion für die einkommensschwachen Personengruppen. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen, von 80 Euro auf 100 Euro, diese 20 Euro mehr, die machen gerade in Zeiten dieser hohen Energiekosten das Kraut nicht wirklich fett.

Also, im Endeffekt ist das Ganze eine Wahlgeschichte in dem man die Warnungen der Opposition über die Jahre hinweg ignoriert hat, geht man jetzt mit einem Antrag herein wo man nicht einmal in irgendeinen Ausschuss darüber diskutiert hat und versucht eigentlich der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, nur weil halt Wahlen sind.

Es gibt ja diesen Spruch: „Der Tag nach der Wahl ist der Tag vor der Wahl.“ Na ja, und die Tage davor, die dienen halt mitunter dem Populismus.

Beifallskundgebung *verschiedener Mandatare*

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte aber jetzt schon zu Essen auf Rädern etwas sagen. Wir haben das im Sozialausschuss durchgenommen. Ich habe mich sofort mit dem Herrn Mag. Hochgatterer in Verbindung gesetzt. Ich habe mir das ausrechnen lassen, wir haben einen Abgang bei Essen auf Rädern von über 30.000 Euro, liebe Michaela. Du kannst nichts dafür, du hast es anders bekommen, aber leider, ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Du hättest es auch schon vor Monaten bekommen, aber du hast ja nicht darauf reagiert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich habe nicht reagiert, weil ich es nicht gehabt habe. Du weißt es ja nicht. Es steht zwar oben, aber ich war leider da auf Kur und es ist abgelegt worden.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Aber im Prüfungsausschuss ist es so drinnen gestanden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ja, aber ich habe es berichtet. Ich habe mich mit dem Herrn Hochgatterer auch heute noch einmal zusammen gesetzt und habe mir das genau erklären lassen. Es ist natürlich Verschiedenes nicht eingerechnet worden was bei den anderen eingerechnet worden ist.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Das wissen wir ja nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Darum erkläre ich es ja jetzt. Wenn du jetzt aufpasst, dann weißt du es. Eines muss ich natürlich auch noch sagen, wenn man sagt, bei uns ist das Essen so teuer. Wir verlangen für die 4,82 Euro, du bist natürlich vom teuersten Tarif ausgegangen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe eh gesagt vom Höchstbeitrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Und wie viel sind das? Wir verlangen 4,82 für alle Mindesteinkommen und Ausgleichszulagenbezieher. Wir verlangen 5,92 und da wird sogar die Miete und die Heizkosten abgezogen und netto muss einem 1.074 Euro bleiben, dann verlangen wir 5,92 Euro. Und die anderen, die drüber sind, da verlangen wir 6,98 Euro. Hast du dich in Linz erkundigt Michaela, dass die Warmzustellung eigentlich größtenteils nur in Steyr stattfindet und dass in Linz die meisten das Essen aufwärmen müssen? Dass wir so engagierte Leute haben, die das Essen hinstellen, machen die Boxen auf und schneiden das Essen zusammen. Weil wir haben eine Sozialarbeiterin auch, die vorher hinfährt und sich erkundigt wie die Leute beisammen sind und ob ihnen das Essen warm, oder sonst gibt es das kalte Essen auch, was man sich selbst wärmen kann, aber die Leute die bei uns das Essen bekommen, normal müssten wir mit 6 Autos fahren, weil wir schon 6 Fuhren haben. Wir haben Wärmeöfen gekauft und das gehört ja hinein. Dann kann ich es abschreiben, wie die anderen alle abgeschrieben haben. Darum habe ich mich mit dem Herrn Hochgatterer zusammen gesetzt und jeder wird eine Berichtigung bekommen wo die Summen dann drinnen stehen, weil der Herr Hochgatterer wird sich mit dem Mag. Golda zusammen

setzen und es wird dann aufgeklärt werden. Wir machen bei Essen auf Rädern keinen Gewinn, um das geht es mir jetzt und nicht, dass wir da 39.000 Euro Gewinn machen und dann heißt es, wir haben das da drinnen stehen. Das gehört aufgeklärt. Ich habe mich heute genau erkundigt und das kann jeder sehen, das hat der Herr Mag. Hochgatterer ausgerechnet und das kann jeder sehen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Aber das Kontrollamt hat es noch nicht überprüft?

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das Kontrollamt wird es bekommen und die haben dann dieselben Richtlinien wie die anderen, weil wenn es der Mag. Hochgatterer macht, ich meine der weiß schon, ich habe ihm die Unterlagen gegeben, was im Kontrollausschuss war. Also, das bitte ich schon zur Kenntnis zu nehmen. Ich glaube, dass wir da sehr sozial sind. Wenn wir das Essen jetzt so lassen, dann wird jeder zufrieden sein, weil ich habe noch keine Beschwerde gehabt. Wir werden auch alle unterstützen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Das kann ich auch einmal sagen.

So, als nächste Rednerin ist die Frau GR Wührleitner an der Reihe. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN

EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich muss mich zu den Kindergärten zu Wort melden. Und zwar ersuche ich zuerst zu den Fördertarifen für Kindergärten. Frau Vizebürgermeisterin ich ersuche Sie wirklich, wir haben im Sozialausschuss darüber gesprochen, bei dem Wahldorfkindergarten, bei den nächsten Verhandlungen, auf die 30

Kinder, es sind 30 Steyrer Kinder, Rücksicht ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Darf ich Ihnen sagen, normal war ja das eine „Aktuelle Stunde“, die Sie angekündigt haben. Normal ist das kein Thema. Da geht es nicht um Tarifzurücknahme.

GEMEINDERÄTIN

DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Der Kindergartentarif ist ja wohl ein Tarif.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Aber Wahldorf nicht.

GEMEINDERÄTIN

DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Ich meine, bei den ersten Worten schon wem zu unterbrechen, das ist schon unglaublich.

GEMEINDERÄTIN

EVA-MARIA WÜHRLEITNER:

Ich ersuche, dass es zu einer guten Lösung kommt für die 30 Kinder. Es ist ein Kindergarten der seit 20 Jahren Bestand hat und ich möchte von dieser Seite auch für den Wahldorfkindergarten sprechen.

Nun zu den Tarifen. Es steht im Antrag: Es wird daher der Höchstbeitrag für die halbtägige Inanspruchnahme in Kindergärten mit 104 Euro festgelegt. Inanspruchnahme. Gibt es jetzt einen Halbtagskindergarten? Gibt es einen Halbtagsstarif oder ist der Tarif nur für die Berechnung des Geschwisterrabattes oder nur um die Förderung des Landes zu erhalten? Es steht Inanspruchnahme. Das wollte ich fragen.

Zu den Tarifen: Ich habe mich am 4. 10. 2007 und am 3. 7. 2008 bereits über die Tarife zu Wort gemeldet. Ich

ersuchte, besonders die Höchstarife neu zu überdenken. Wir haben im Sozialausschuss erfahren, es gibt fast Volllastung in unseren Kindergärten. Es sollte also nicht ums Einfrieren gehen. Beim Einfrieren geht es um Kälte. Bringen wir die Tarife in Bewegung. In Bewegung nach unten, auf den durchschnittlichen Tarif von Oberösterreich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Was war das Auslösende für diesen Antrag? War das wirklich die Einkommenssituation? War das wirklich die Not der Familien? War das wirklich die prekäre Situation von manchen Familien? Oder geht es hier um Bundespolitik? Was will man wirklich? Es steht in diesem Antrag drinnen, wir möchten eine Entlastung. Darf ich Sie bitte fragen, was eine Entlastung ist? Dieser Antrag bezieht sich, außer der Brennstoffaktion, ausschließlich darum, dass ich sage, ich will euch nicht mehr belasten. Von einer Entlastung ist hier überhaupt nicht die Rede. Keiner einzigen Familie wird es jetzt besser gehen als was es ihr derzeit geht. Wir können mit diesem Antrag nicht von einer Entlastung für irgendjemanden sprechen. Jetzt können wir immer noch sagen, gut, aber wir werden nicht teurer. Ist es das, was wir als Hilfe für jene verstehen, die nicht mehr wissen, wie sie das Geld zusammenkratzen wollen? Für Familien die sagen jetzt müssen wir warten, bis wir die Weihnachtsremuneration bekommen, damit wir uns Heizmaterialien einlagern können? Ist es wirklich das, was wir, und der Herr Bürgermeister sagt es immer, wir sind eine soziale Musterstadt, was wir unter sozialem

Verständnis verstehen? Ich glaube, da muss man ein paar andere Fakten auch noch einmal auf den Tisch legen.

Der Sektor Kanal. Das ist etwas was die Stadt für die Bürger macht und dafür Gebühr einhebt, erwirtschaftet einen jährlichen Überschuss von 2,858.700. Die Müllgebühren, da haben wir eine Überdeckung, d. h. einen Gewinn, was wir zu viel vom Bürger verlangen, obwohl wir es nicht brauchen würden, von 1,854.400 Euro. Wasser, 1.017.948. Das ergibt insgesamt bei diesen drei Abgaben ein Plus, ein jährliches Plus was die Stadt auf Kosten der Bürger Gewinn erwirtschaftet von 5,731.048. Und wir diskutieren vollen Ernstes, ob wir für die am meisten Betroffenen im Jahr um 20 Euro eine Erhöhung machen. Geniert ihr euch überhaupt nicht?

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nächster ist der Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste. Ich würde mich genieren, wenn ich Wirtschaftskammerer sein würde. Dann würde ich mich genieren. So eine Denkweise an den Tag legen, also, ich bin froh, dass ich kein Selbstständiger bin, weil ich würde mich von dir nicht gerne vertreten lassen als Wirtschaftskammerobmann, weil deine Rechenweise ist katastrophal. Die Frau Kollegin Frech würde sagen, nicht erreicht, weil wir jetzt gerade beim neuen Schuljahr sind, Aufstieg nicht erreicht. Das ist nämlich eine Darstellung der Situation, die wirklich haarsträubend ist, lieber Gunter Mayrhofer. Es ist haarsträubend. Du stellst es da so dar in der

Öffentlichkeit, bei am Rand einiger Gebühren, ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Nein, an jener Gebühr die du bitte schön angesprochen hast.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Anhand einiger Gebühren stellst du es so dar, wie wenn sich da die Stadt ein Körpergeld macht und die Aktionäre, ich weiß zwar nicht wo sie sind, das abschöpfen. Also, das ist eine Darstellung die ist wirklich beschämend, muss ich sagen. Das Geld hat nämlich kein Mascherl. In Wirklichkeit, wir werden ja in wenigen Wochen wieder bei der Budgetdebatte hier stehen und dann wird die Kritik eurerseits wieder kommen. Wir werden nämlich auch für 2009, 2008 wissen wir noch nicht genau, aber wir hoffen, dass die wirtschaftliche Lage so anhält, dass das Budgetjahr 2008, dass der Abgang sich doch reduziert, wie er seinerzeit präliminiert worden ist, also im vergangenen Jahr präliminiert worden ist. Aber für 2009 schaut die Situation sicherlich wieder anders aus und es wird das Budget für 2009 sicherlich nicht ausgeglichen sein. Ich sage das deshalb, weil ja das Geld kein Mascherl hat. Wir haben natürlich, und das ist auch die Aufgabe, oder wir wissen auch sehr gut, dass wir im öffentlichen Verkehr, den wir ständig ausbauen und fördern wollen und auch gerade von der Opposition gefordert wird, noch verstärkter ausbauen, wissen wir, dass wir dort einen enormen Abgang haben. Es gibt in ganz Österreich, und wahrscheinlich weit über die Grenzen hinaus, keinen einzigen öffentlichen Verkehr, ob das Bahn, Post oder in den Kommunen ist, der kostendeckend wäre. Wir alleine in Steyr bewegen uns so ca., ich habe die Zahlen jetzt nicht so ganz genau im Kopf, aber bei rund 2 Millionen Euro werden wir uns rund

bewegen, was wir Abgang haben. Wir haben bei allen öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbäder, Eislaufplatz und andere Freizeiteinrichtungen, da ist überall ein dementsprechender Abgang. Wir haben gerade im Sozialbereich Abgänge zu verzeichnen und wir werden da heute eh noch einen Tagesordnungspunkt haben, mit dem wir uns auseinander setzen. Also, in Wirklichkeit kann man nicht drei oder vier Tarife herausnehmen und sagen, dort verdient sich die Stadt krumm und dumm und das andere nennt man nicht dazu. Das ist nicht in Ordnung und das ist auch nicht legal, das so darzustellen. Man muss das in der Gesamtheit betrachten.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich hoffe du weißt was legal bedeutet, wenn du es schon verwendest.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ja, ja, ich weiß schon was es bedeutet.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Eine legale Umverteilung wird da gemacht.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

In Wirklichkeit kann man das so nicht vergleichen. Aber ich möchte grundsätzlich, das hat mich nur herausgefordert, weil so eine Darstellung nicht in Ordnung ist. Es gibt keinen Betrieb, der so kalkulieren würde. Es gibt in Betrieben mit verschiedenen Produkten einen Bereich der im Ertrag besser ist, dann gibt es Produkte, die im Ertrag nicht so gut sind und dort gibt es genauso Querförderungen wenn man so sagen will. Also, da wird nicht gesagt, ich verkaufe das Fahrrad so gut und eine Glocke, und was weiß ich was, da mache ich einen Verlust und das gleiche ich nicht aus, weil ich gehe

nur auf Selbstkosten. Das ist undenkbar. In Wirklichkeit ist die Debatte zu dem Antrag interessant, meine sehr verehrten Damen und Herren. Man kann natürlich alles halb voll oder alles halb leer sehen. Wir haben auch in unserem Antrag formuliert, dass wir genau wissen, dass das nicht jetzt die riesige Entlastung für die Steyrerinnen und Steyr, für die Haushalte in Steyr beiträgt. Das wissen wir ganz genau und das haben wir auch in unserem Antrag so hineingeschrieben. Es hat aber, und das ist unbestreitbar und jeder verspürt das, in den letzten Monaten enorme Teuerungen in allen Bereichen gegeben. Von der Energie begonnen über Wohnen und über Lebenserhaltung insgesamt. Enorme Kostenexplosionen hat es gegeben und das ist der freie Markt. Wahrscheinlich werden wir ein bisschen zu der Amerikakrise, mit der Finanzkrise, die stattfindet, ich muss ehrlich sagen, ich habe da wirklich schon die größten Bedenken und Befürchtungen was da noch alles hereinbricht. Wenn man sich das anschaut was da in den letzten Tagen passiert ist, letztendlich zahlt das wieder der Bürger in allen Ländern. Es war uns ein Anliegen und es hat mit der Nationalratswahl relativ wenig zu tun.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Natürlich, die Nationalratswahl ist nächste Woche. Der Termin unserer Gemeinderatssitzung ist schon im vergangenen Jahr festgelegt worden. Der Gemeinderatstermin steht schon ein Jahr. Dass die ÖVP die Koalition gesprengt hat ist erst ein paar Monate aus und für das können wir nichts.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Warum aber erhöht ihr dann im Juli die Kindergartentarife um sie jetzt wieder zu senken?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Da können wir nichts dafür, dass das so zeitlich zusammen fällt. Auf alle Fälle, der Grund warum wir das jetzt diskutieren müssen, ist in Wirklichkeit der, wir sind in der Vorbereitung zum Budget. Wir wissen ja, dass die Budgets jetzt auf Beamtenebene vorbereitet werden und wir dann im Dezember unsere Budgetsitzung haben und auch politisch werden die Budgets zur Beratung anstehen und da muss man schon kalkulieren können mit welchen Gebühren, Einnahmen und mit welchen Ausgaben für das kommende Jahr zu rechnen ist. Daher ist die Situation jetzt gegeben, dass wir sagen, jetzt müssen wir, wenn wir wollen, so einen Antrag einbringen. Ich glaube, dass das auch gerechtfertigt ist. Wir wollen ja nicht Gebühren senken. Da ist überhaupt nicht die Rede davon, dass wir Gebühren senken wollen. Wir machen da überhaupt nichts den Bürgerinnen und Bürgern vor, sondern wir wollen nur die Indexsteigerungen, die wir im Gemeinderat automatisiert haben, wo wir die beschlossen haben, dass die Indexanpassung bei den Gebühren, von denen wir heute reden, dass die nicht der automatischen Indexanpassung unterzogen werden, sondern dass wir das für das Jahr 2009 aussetzen wollen. Also, wir wollen die Tarife nicht erhöhen. Der Kollege Eichhübl hat es eh gesagt, er hat das eh schon öfter gesagt. Das ist überhaupt nicht zu bestreiten dein Anliegen bei den Gebühren. Seit du nicht mehr Referent bist in den Stadtwerken wissen wir das eh, seit dem kommst du immer wieder bei Tariferhöhungen. Aber das ist auch legitim für die Opposition, dass sie sagen ich bin gegen Tariferhöhungen. Wenn du wieder Referent sein würdest, schaut die Welt eh

wieder anders aus. Wir sind beide so lange auch im Gemeinderat und auch im Kommunalausschuss und wissen ja von was wir reden, weil da haben wir das ja alle gemeinsam erlebt. Wir haben auch bezüglich der Wasser- und Kanalgebühren, meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, das auch ganz offen in unserem Antrag formuliert. Es ist ja nicht so, dass Steyr alleine diskutiert über einen Gebührenstopp für 2009, sondern auch das Land OÖ diskutiert ja heftig darüber. Das ist aber, wenn mich nicht alles täuscht, höchstens es hat sich irgendetwas heute noch geändert, aber zumindest ist mir nicht bekannt, dass auf einmal Schwarz-Grün nicht beieinander sein würde und die diskutieren auch. Hat das auch was mit der Nationalratswahl was zu tun, dass das Land OÖ auch darüber diskutiert? Das hat sicherlich nicht etwas mit der Nationalratswahl zu tun, sondern hat ausschließlich damit zu tun, dass die Bürgerinnen und Bürger einer Belastung ausgesetzt sind, und das sage ich jetzt nicht polemisch, das meine ich jetzt wirklich ehrlich, wie man das jahrzehntelang nicht gekannt und nicht erlebt hat. Diese Teuerung, und wir wissen, dass die Schere zwischen arm und reich massiv auseinander geht und dass immer mehr Familien hingetrieben werden und in die Situation kommen, dass sie nicht mehr wissen wie sie am Monatsende ihr Leben bestreiten und wie sie ihre Miete und ihre Aufwendungen zu zahlen haben, da rede ich gar nicht von einem Urlaub oder sonst irgendwelchen Vergnügen, dass sie das noch berappen können. Daher wird da debattiert. Die Wasser- und Kanalgebühren, das sagen wir auch, wenn das Land OÖ, die ja jährlich einen Erlass herausgeben, diesen Erlass für 2009 aussetzt, dann werden wir uns auch bei den Wasser- und Kanalgebühren ganz genau danach richten und werden hier auch die Indexanpassung oder die Anpassung an den

Erlass vom Land OÖ nicht erhöhen und uns an das Land orientieren. Das heißt ja nicht, wenn das Land OÖ einen Erlass herausgibt, dass wir uns daran halten müssen. Wir könnten natürlich auch erhöhen. Also, wir wollen uns da an das Land orientieren und wollen das auch so machen.

Dasselbe ist mit den Wassergebühren, Kollege Eichhübl, wie du das anführst. Du siehst ja nur den halben Topf, der halb leer ist. Du sagst, die Wassergebühren, dort ist so viel Überschuss da was an Wassergebühren ist und mit diesen werden dann die Verluste des Freibades, Hallenbad und alle anderen Einrichtungen die wir haben, werden dort abgedeckt. Na net. Wer soll es denn sonst bezahlen? Wo ist denn sonst irgendwo ein reicher Onkel von Amerika? Wenn wir beim Wasser kein Geld mehr verdienen, dann werden wir uns das Freibad nicht mehr leisten können oder wir werden andere Dinge streichen müssen. Wir haben nur einen bestimmten Betrag der zum Ausgeben ist. Natürlich, wenn ich wo Erträge haben, dass ich wo Überschüsse habe, dann nimm ich es für dort, wo ich Verluste habe, wo ich Abgänge habe.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Aber das Wasserwerk hat ja zusätzlich noch einen Gewinn ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Du musst die Stadtwerke insgesamt betrachten. Und in den Stadtwerken insgesamt, da werde ich dich wieder an deine Budgetdebatte erinnern, du hast es ja in den letzten Kommunalausschüssen eh immer gesagt, die Stadtwerke wirtschaftlich, wie lange geht das noch, so deine Worte, wie können die Stadtwerke sich wirtschaftlich noch dahin frotten, wann ist endlich die Zeit da, wo die Stadt dann die Verluste, die wir in den Stadtwerken

insgesamt machen, hier eine Verlustabdeckung macht.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Es wird eh dazu kommen.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Das passt nicht zusammen, was Sie sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Also muss ich die Stadtwerke insgesamt betrachten. Jetzt zahlen eh wir von der Stadt ...

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Herr Oppl, wollen Sie dann für einen Fahrschein, ich weiß ja nicht, 200 Euro verlangen?

STADTRAT

WALTER OPPL:

Eben nicht!

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das ist aber sehr wohl die Aufgabe der Kommune das zu machen und nicht nur von den Stadtwerken zu verlangen. Das habe ich gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Lieber Roman Eichhübl, du weißt ja genau, das wir von der Stadt dementsprechende Investitionszuschüsse für die Stadtwerke leisten. Das ist eh selbstverständlich. Ich will ja nur damit sagen, die Stadtwerke sind wirtschaftlich nicht so zu führen wie ein Privatbetrieb. Wir können das nicht umlegen auf die Bürger, dafür gibt es die öffentliche Hand, aber dann muss ich ja irgendwo das Geld bekommen, damit ich es wo anders wieder einsetzen und ausgeben kann.

Kollegin Frech, alle 6 Jahre das Kreuzerl machen und dann 6 Jahre das Kreuz tragen, also, das ist halt deine Sichtweise die du hast, die Steyrer, dass wir die eh 6 Jahre belastet haben. Also, wenn das so sein würde, dann würden wir ja im Budget gewaltige Überschüsse haben und Rücklagen im enormen Ausmaß vorfinden, das was ja super wäre, wenn wir dann verschiedene Dinge machen würden. In Wirklichkeit machen wir nur das, damit auch insgesamt das Leben in der Stadt funktioniert, dass die Einrichtungen der Stadt funktionieren und nicht zu unserem Spaß oder Vergnügen erhöhen wir Gebühren udgl., sondern es ist einfach notwendig und billiger wird nirgends was.

Zu den Kindergärten, das ist ja auch unser Spezialthema das uns seit einiger Zeit begleitet. Jetzt auf einmal ist es nicht recht, dass wir die Indexanpassung nicht vornehmen, ums Handumdrehen sagt ihr aber gleich wieder, dass die Kindergärten eh zu teuer sind. Ich weiß nicht, was euch recht ist. Es ist schon sehr schwierig, das nachzuvollziehen. Wenn man schon Zahlen nennt, dann sollte man die Zahlen schon auch immer so darstellen, dass sie nachvollziehbar sind für alle. Wenn du sagst ein Kindergartenplatz kostet 200 Euro, dann musst du aber auch dazu sagen was man verdienen muss damit man 200 Euro zahlt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Der Höchstbeitrag ist 200 Euro.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Du hast gesagt, wenn zwei arbeiten gehen, sind sie schon über der Bemessungsgrundlage. Das stimmt ja nicht. Wenn du das wirklich ernst meinst, dann hast du keine Ahnung davon was die Leute verdienen. Aber du hast ja eine Ahnung, dir unterstelle ich das, du hast ja aufgepasst, wie du

in der Arbeiterkammer warst. Du hast sehr wohl dort mithören und mitverfolgen können, dass wir in Steyr, wo sie immer sagen, in Steyr werden die höchsten Löhne und die höchsten Gehälter bezahlt, das Medianeinkommen ist das höchste fast österreichweit, außer Wien glaube ich.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, in ganz Österreich.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wir haben, sage und schreibe, Untersuchung der Arbeiterkammer, rund 1.000 Vollzeitbeschäftigte die unter 1.000 Euro brutto verdienen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das können zwei Vollzeitbeschäftigte sein, dann sind sie noch immer unter 2.000 Euro. Die höchste ..

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das ist nicht einmal eine Milchmädchenrechnung. Entschuldige Gerhard.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wieso nicht? Wenn es 1.000 Vollzeitbeschäftigte gibt die unter 1.000 Euro verdienen und in der Regel trifft es so zusammen, dass gerade die sozial Schwächeren, die mit den schwachen Einkommen, dass dann beide ein schwaches Einkommen haben. Das wissen wir, das ist nachvollziehbar. Ich könnte dir da zig, und der Kollege Payrleithner weiß das sehr genau auch als Gewerkschafter und Betriebsrat, da braucht man nur schauen, die Leasingleute die beschäftigt sind und gerade von den kleinen Betrieben, da brauchen wir von den großen nicht reden. Beide Eltern, Vater und Mutter, können unter 2.000 Euro brutto verdienen und die sind bei Weitem noch nicht in der Höchstbemessung. Ich möchte nur mit deinen Zahlen, weil du musst nämlich

3.450 Euro Bemessungsgrundlage überschreiten, dass du dann 197 Euro Höchsttarif beim Kindergarten bezahlst. Jetzt sage ich gar nicht, dass das billig ist, aber 3.450 ...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Wir reden von brutto.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, wir reden von der Bemessungsgrundlage, weil wir haben eine Bemessungsgrundlage beim Kindergartentarif und das ist nicht gleich Bruttoverdienst. Der Bruttoverdienst ist höher. Ich rede von der Bemessungsgrundlage. Wenn du da drüber bist, dann bezahlst du 197 Euro für das Kind. Also, nur dass wir die Kirche im Dorf lassen und dass man weiß was es ist.

Bezüglich Essen auf Rädern hat eh die Kollegin Mach schon gesagt, das ist auch ein Bereich wo wir nicht kostendeckend sind. Es ist eine Leistung an jene Bürgerinnen und Bürger die selbst nicht mehr in der Lage sind sich ihr Essen selbst aufzubereiten, selbst zu kochen. Für die sozial Schwächeren wird auch ein Zuschuss geleistet und jetzt wollen wir den Index dort nicht anpassen. Man kann natürlich immer sagen, es ist alles zu teuer, aber es wird nicht möglich sein, dass wir von der Kommune her, da bin ich sogar so weit, es wird nicht einmal der Fall sein, dass der Staat, auch die Länder und der Bund werden nicht alle Probleme lösen können. Das wird einfach nicht funktionieren. Aber wir tragen hier, gerade für die sozial Schwächeren, schon einen dementsprechenden Beitrag dazu.

Insgesamt aber, zum ganzen Antrag selbst, und wir werden die Debatte noch haben, er tut uns im Budget weh. 700.000 Euro sind 10 Millionen Schilling. Das muss man sich einmal auf

der Zunge zergehen lassen. Es hört sich nicht viel an 700.000 Euro, aber das sind 10 Millionen Schilling. Da werden wir noch heftig diskutieren müssen, wo die 10 Millionen Schilling oder die 700.000 Euro im Budget untergebracht werden können. Man kann auch nicht die Rechnung anstellen, was bringt das für jeden einzelnen Bürger, weil das äußerst unterschiedlich ist. Einer hat zwei Kinder im Kindergarten, einer drei Kinder, einer braucht weniger Wasser, einer braucht mehr Wasser, der andere hat im Abfallbereich einen kürzeren Intervall bei der Entsorgung, einer hat einen längeren Intervall. Da kann man keine Rechnung anstellen, was bringt das dem einzelnen Bürger. Aber insgesamt ist es trotzdem eine Entlastung wenn wir nicht teurer werden. Natürlich hat es auch ein politisches Signal. Nicht in Richtung Nationalratswahl, weil das spielt keine Rolle, da redet in ein paar Tagen keiner mehr darüber. Nächste Woche ist die Wahl und dann ist das Ergebnis da. Es soll ein politisches Signal sein, dass es mit der Teuerung, wie sie bisher stattgefunden hat, dass das so nicht weiter geht. So kann es nicht weiter gehen, sonst treiben wir eine riesige Anzahl von Menschen in die Armut und da gehört dagegen gesteuert und überall, in allen Bereichen. Da gehört vom Bund dazu beigetragen, da gehört von den Ländern dazu beigetragen, aber auch, und da gibt es einen anderen Bereich auch noch die eine wesentliche Verantwortung haben, das ist die Wirtschaft. Auch die Wirtschaft hat einen wesentlichen Teil dazu beizutragen hier diese Teuerung nicht so hinaufzutreiben und zu schauen, dass halt die Bilanzen keine Jubelbilanzen sind, vielleicht kann man sich mit Bilanzen wieder zufrieden geben wo man sagt, ja, das ist ein anständiges Ergebnis und dafür aber bei den Preisentwicklungen da ein bisschen mäßiger und zurückhaltender ist. Dort ist nämlich auch ein großer Spielraum

vorhanden, weil umsonst, ich bin schon ein sehr positiver Europäer und ich bin auch ein Anhänger des Euros, weil es viele Vorteile gibt, aber ich verstehe auch die kritischen Stimmen und gehöre da selbst auch dazu, dass der Euro auch einen wesentlichen Beitrag zum „Teuro“ geleistet hat. Das muss man dabei sehen und das ist gerade in der Wirtschaft auch von vielen Bereichen ausgenützt worden, wie die Umstellung war, das ist so schleichend gegangen, nach einem Jahr hat man das nicht mehr so überschauen können und auf einmal hat das, was früher 100 Schilling waren, waren dann 10 Euro, weil die Leute rechnen eh nicht so genau nach. Was 100 Schilling waren, das sind dann 1.400 Euro gewesen. Da hat die Wirtschaft sicherlich auch kräftig daran genascht und hat kräftig dabei zugepackt und hat ihre Gewinne auch gesteuert und das muss auch eine politische Debatte im Land und über unsere Grenzen hinaus sein.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

So, die Frau GR Fanta ist die Nächste. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN

UTE FANTA:

Geschätztes Präsidium, werte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte im Zuge dieser Diskussion gerne wieder auf die Menschen aufmerksam machen um die es hier eigentlich geht. Du hast es auch wieder so genannt. Es geht um die, die sich das Leben fast nicht mehr leisten können, es geht um die, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen zahlen sollen, es geht um die, die in prekären Arbeitsverhältnissen leben, Alleinerzieherinnen, Pensionistinnen, teilweise Selbstständige usw. Mir fehlt der Zusammenhang von einer grundsätzli-

chen Gebühreneinfrierung dazu, dass es ein gezieltes politisches Mittel sein soll eine bestimmte Personengruppe zu entlasten. Ich würde nicht sehen, dass es eine bestimmte Personengruppe entlastet und umgekehrt ist es so, dass sich die Stadt sozusagen auch um Mittel bringt die sie nützen könnte um gezielt Sozialpolitik zu betreiben. Ich denke, was es wirklich braucht sind aktive politische Mittel, Instrumente die direkt die Personen treffen, die es brauchen. Ich denke mir, dass es für jeden Menschen in Steyr möglich sein muss sich das Leben leisten zu können und eine Teilnahme an der Gesellschaft zu haben. Um diese ständig steigende Zahl der armen und arbeitsgefährdeten Steyrerinnen und Steyrer aktiv in ihrer schwierigen Lebensbewältigung zu unterstützen, sollte es für Personen mit geringem Einkommen z. B. so etwas, das ist ein Beispiel aus Linz, ich habe das gesehen und finde es sehr interessant, sollte es so etwas wie einen Aktivpass geben. Die Personen, die unter einer gewissen Einkommensgrenze leben, die Einrichtungen des öffentlichen Lebens, um welche Beträge auch immer, das muss man alles ausreden, ausrechnen und mit Inhalten befüllen, aber grundsätzlich, dass ein Mensch der nicht so viel Geld zur Verfügung hat wie der Durchschnitt auch die Einrichtungen der Stadt nutzen kann, inklusive der öffentlichen Verkehrsmittel. Das ist nur ein Beispiel. In Linz können Besitzerinnen und Besitzer des Aktivpasses um 10 Euro im Monat sämtliche öffentliche Verkehrsmittel nutzen.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Das ist auf keine Personengruppe beschränkt, sondern auf die, die ein gewisses Mindesteinkommen haben, und das trifft ab einen gewissen Alter ...

GEMEINDERÄTIN

UTE FANTA:

Nein, das hat mit dem Alter nichts zu tun.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Bis 1.000 Euro Einkommen.

GEMEINDERÄTIN

UTE FANTA:

Das ist geschlechts- und altersunabhängig. Wie gesagt, da gibt es eine Einkommensgrenze und für die gilt das dann.

Ich denke mir, dass es in diesem Bereich eine Chancengleichheit geben sollte und nicht ein Gießkannenprinzip wo sich, wie gesagt, die Stadt auch selber um Mittel bringt, die sie eigentlich für eine aktive Politik dafür nützen könnte und ich denke mir, dass da sicher noch einige Diskussionen sein werden. Von den Grünen möchten wir gerne für den nächsten Sozialausschuss so einen Antrag einbringen, damit das eine Diskussion wird, wo man sich mit dem Thema auseinandersetzt wie man eben eine gewisse Personengruppe in Steyr aktiv unterstützen kann um auch mitpartizipieren zu können am öffentlichen Leben. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Teuerung ist das beherrschende Thema im Nationalratswahlkampf. Durchaus zu Recht. Leider überdeckt es andere Themen die ebenso wichtig wären. Ich darf vielleicht an die Reform des Gesundheitswesens erinnern. Aber sei's wie's sei, es hat auch den Steyrer Gemeinderat jetzt erreicht und die SPÖ

hat sich wahrscheinlich gedacht, machen wir ein paar Tage vor der Wahl hier eine Aktion um ein Zeichen zu setzen. Das ist nicht verboten, das ist legitim. Ich frage mich nur, ob diese Aktion wirklich seriös ist und ob das nicht nach der Wahl alles wieder in Vergessenheit gerät.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wenn wir es beschlossen haben, dann gilt es.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Oder so wie andere Versprechungen die die SPÖ vor der letzten Wahl gemacht hat dann einfach im Orkus der Geschichte verschwindet. Weil außer der Inflation, den Spritpreisen und anderen Dingen hat sich ja bekanntlich in den letzten zwei Jahren kaum etwas bewegt, eher alles Stillstand.

Der Kollege Bremm ist ja ein bisschen auf das eingegangen was ich jetzt auch noch näher beleuchten werde. Nämlich, wenn die SPÖ das wirklich seriös meinen würde, diese Entlastung die hier geplant ist, dann hätte er zumindest andeutungsweise auch den hohen Gemeinderat und der Steyrer Bevölkerung gesagt, und es wäre auch durchaus seriös wenn er das machen würde, wo er im Budget nächsten Jahres diese Mittel her nimmt. Weil wir haben, zum Unterschied von diesem Antrag heute, unabhängig davon, dass ja damals auch keine Rede von einer Wahl war, das sollte man vielleicht auch noch einmal erwähnen, uns schon zumindest die Mühe gemacht, Einsparungsvorschläge in unseren Antrag hineinzuschreiben. Das soll man glaube ich zu den durchaus umfangreichen Äußerungen vom Fraktionsobmann Eichhübl noch erwähnen. Ihr habt euch nicht einmal diese Mühe angetan. Du hast zwar zuerst sinngemäß gemeint, na ja, wir wissen eh

noch nicht, wo wir das ganze Geld her nehmen, daher bin ich geneigt anzunehmen, dass ihr es eh nicht wirklich ernst meint mit diesem Antrag und nach der Wahl ist wahrscheinlich nicht vor der Wahl bei der SPÖ.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wir beschließen es ja heute.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Oder ist es vielleicht so, dass man dann bei Projekten, vielleicht in einem anderen Ressort, am günstigsten wäre es beim Kollegen Mayrhofer, nicht, da trifft man vielleicht einen Andersfarbigen auch gleich, irgendwelche Dinge dann nächstes Jahr großartig herausstreicht um diese Mittel im Budget unter zu bringen, weil bei der angespannten Budgetsituation kann ich mir nicht vorstellen, dass man wieder nur das Ganze auf neue Schulden und auf neuem Pump hier durchführt. Vielleicht sollte man sich doch, wenn man es halbwegs seriös meint, auch dazu Gedanken machen.

Wie es überhaupt ganz interessant ist, die SPÖ regiert zwar jetzt seit genau 5 Jahren in Steyr mit einer großen Mehrheit, aber eigentlich sind es meistens die Vorschläge und Anträge der ÖVP oder unserer Fraktion die man zuerst einmal niederstimmt und die ganze Geschichte in verbesserter und abgeschwächer, schlecht fundiert und vorbereiteter Form hier wieder einbringt. Z. B. Beleuchtung Steinwändweg, das haben wir viermal im Budget beantragt, jetzt auf einmal geht das alles vor der Wahl, abgeschrieben bei der FPÖ. Reithoffer, Energie AG, ein Vorschlag der Grünen gewesen, Überdachung für die Skaterhalle haben wir 2004 einmal beantragt, jetzt reklamiert es die Frau Fanta und die Sozialistische Jugend. So geht das dahin. Also, es dauert nur eine gewisse Zeit, dann klaubt man die

alten Anträge wieder heraus von der FPÖ oder von den anderen Oppositionsparteien, bringt sie ein und das ist dann die große fortschrittliche Politik der Stadt Steyr. Es ist eh gut, wenn es so ist. Wir sind der große Ideenbringer, aber eigentlich sollte man meinen, dass auch der SPÖ mit so einer großen Mehrheit ein bisschen mehr einfällt.

Eines geht uns bei diesem Antrag, und es ist ein entscheidender Punkt, weil er sehr viele Steyrer betrifft, wahrscheinlich mehr als wie all diese angeführten Punkte in diesem Antrag von der SPÖ, nämlich, und da meine ich jetzt auch den Herrn Kollegen Hauser, der ja zuständig ist, vielleicht kann er uns auch heute schon sagen, nachdem ja in den Medien seit Wochen bekannt gegeben wird, dass die Erdgaspreise um 30 % steigen werden, wie schaut es denn da aus? Das Heizen betrifft natürlich alle. Wie schaut es da mit dem Gaspreis und der Gasheizung für die Bürger im kommenden Winter und im darauffolgenden Winter aus? Wie schaut es da mit der Gas- und Preisgestaltung aus? Können sich die Menschen dann in Zukunft das Heizen noch leisten oder müssen sie den Gashahn drosseln? Wie schaut es aus? Kommt da eine Gaserhöhung oder nicht? Weil, dass die Stadtwerke diese ganze Erhöhung, die ja angekündigt ist, schlucken wird, kann ich mir fast nicht vorstellen. Alleine schon die Bilanz der Stadtwerke sagt uns das. Vielleicht sollte man einmal, auch wenn noch ein paar Tage bis zur Wahl sind, sollte man hier einmal ehrlich sein. Du sagst eh immer, man sollte ein bisschen ehrlich sein in der Politik. Dann sollte man heute auch einmal sagen wie es da ausschaut und den Bürgern in Steyr reinen Wein einschenken, was jetzt auf uns zu kommt, ob wir uns dann mit dem Wintermantel vor den Fernseher setzen müssen. Ich vielleicht weniger, aber die, die 800 Euro Einkommen haben im Monat, da

gibt es auch genug. Trotz der Versprechungen dieser Regierung diese sozialen Missstände abzuschaffen, werden die eher immer mehr. Im Sozialbericht, überall steht das heute drinnen. Leider, über 3.000 Leute glaube ich beziehen Heizkostenzuschuss in Steyr. Das ist auch fast 10 % der Steyrer Bevölkerung, das ist auch nicht gerade ein Musterbeispiel der sogenannten sozialen Musterstadt Steyr. Aber ich bin überzeugt, der Kollege Hauser wird uns da noch Erklärungen diesbezüglich abgeben. Es wird sicher von großem Interesse sein. Vielleicht sollte man dann auch sagen, wo man spart. Wir haben das damals in unserem Antrag drinnen stehen gehabt. Man könnte z. B. den dritten Vizebürgermeister einsparen, der Kollege Spanring geht eh in Pension nächstes Jahr, oder andere Dinge. Vielleicht ansatzweise, wo das Geld her kommt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist GR Hackl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es war uns von Anfang an klar, als wir vor ca. drei Wochen im Rahmen einer Pressekonferenz den geplanten Belastungsstopp für die Steyrer Bürgerinnen und Bürger vorgestellt haben, dass die vereinte Steyrer Opposition mit Sicherheit diesen Vorstoß negativ beurteilen wird. Wir haben damals auch schon vor den Journalisten festgestellt, welche Kritik voraussichtlich kommen wird und was alles nach Meinung des Herrn Mayrhofer, Kollegen Eichhübl, Apfelthaler oder auch der Frau Frech wieder nicht passen würde. Wir haben Recht behalten. Fast reflexartig wurde und wird, wie man heute sieht, Kritik geübt und die Bandbreite reichte von Augenauswischerei bis mangelnde Treffsicherheit

bis hin zum FPÖ-Argument, man hätte die letzten Jahre überhaupt die Gebühren nicht erhöhen dürfen und der jetzt geplante Stopp sei wirklich nicht der Rede wert. Was bei der Oppositionskritik allerdings gänzlich fehlt, bis heute, ist der Vorwurf, dass mit dem von der SPÖ vorgeschlagenen Belastungsstopp die Steyrerinnen und Steyrer nicht entlastet werden sollen. Und genau darum geht es, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht uns mit dieser Initiative nicht darum, dass wir von der Opposition Lob ernten, das haben wir eh schon längst in den Wind geschrieben, das wäre vermessen, worum es uns mit dieser Initiative wirklich geht, und einzig und alleine darum geht es wirklich, dass die Bürgerinnen und Bürger sehen, dass hier im Rathaus Leute am Werk sind, denen die reale Lebenssituation der Menschen draußen, der Einzelnen draußen in dieser Stadt wirklich bewusst ist und nicht egal ist, dass hier im Rathaus Leute am Werk sind, die genau wissen, dass es für immer mehr Menschen in dieser Stadt schwierig wird, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren und dass hier im Rathaus Leute am Werk sind, die über diese gesellschaftliche Problematik nicht nur geschweigt reden, sondern auch versuchen aktiv etwas dagegen zu tun. Da kann man sich natürlich jetzt leicht herstellen und sagen, wie etwa die FPÖ, der Kollege Eichhübl hat es ja heute noch nicht gebracht, kommt vielleicht noch, aber in der Zeitung hat er es ja ausrichten lassen, das ist alles gar nichts, eine 30%ige Gebührenreduktion gehört her, vielleicht darf es auch ein bisschen mehr sein. Mit Verlaub, und wirklich bei aller Wertschätzung und Sympathie, Herr Eichhübl, das erinnert mich schon ein bisschen an den Travnicek mit seinem legendären Sager im Kabarett, wenn es nach mir ginge, wenn ich könnte wie ich möchte, ich würde alles abschaffen. So denke ich, mit dieser 30%-Forderung,

so schaut soziale Kommunalpolitik nicht aus.

Die Initiative der SPÖ-Fraktion für einen Belastungsstopp ist daher absolut richtig und zielführend. Mit dieser Initiative helfen wir rasch und effektiv und wir erreichen einen sehr breitgestreuten Personenkreis und wir helfen speziell jenen, die es am dringendsten benötigen, nämlich jene, die etwa Heizkostenzuschüsse beziehen. Dass es immer mehr sein könnte, und da bin ich ganz bei Ihnen, Herr Kollege Eichhübl, das ist klar und dass wir hier, und da nehme ich Bezug auf diese Zitate die Sie von meiner Wortmeldung in einem Protokoll gebracht haben, im Steyrer Gemeinderat nicht die Welt retten können und auch nicht die Teuerungsproblematik in Österreich und ganz Europa lösen können, das steht ja außer Frage. Uns Sozialdemokraten, und das haben wir von Anfang an gesagt, geht es um ein Zeichen. Um ein Signal an die Steyrerinnen und Steyr, dass wir auch als Stadt einen Beitrag zur Linderung der enormen Preisentwicklung leisten wollen und auch können. Diese Initiative klein zu reden und madig zu machen, wie es heute wieder versucht wird, das richtet sich von selbst. Ich bin aber sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger zum Glück sehr genau unterscheiden können zwischen jenen die etwas tun, die aktiv sind und auch etwas im Interesse der Menschen weiter bringen wollen und jenen, die immer nur kritisieren und so tun als ob sie tatsächlich alles besser wissen würden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Na ja, es ist halt so, wenn man sich vorher schon genau aufgeschrieben hat was man sagen wird, dann kann man natürlich manche Dinge nicht mehr so berücksichtigen, weil da darf ich dich schon korrigieren, lieber Kollege Hackl, dass heute das noch nicht gekommen wäre, dass das kein Entlastungspaket ist, das ist schon gekommen, wenn man aufgepasst hat, vom Kollegen Mayrhofer, weil das ganz klar ist. Und wenn man ohnedies schon gewusst hat bei dieser Pressekonferenz, dass da Kritik kommen wird, ja dann war ja auch schon klar, also wenn ihr schon davon ausgegangen seid da kommt Kritik, ich rechne ja nur mit dieser Kritik, wenn ich auch weiß, dass es Argumente gibt dahinter.

Zwischenrufe: Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Du hast uns schon oft kritisiert.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Lieber Kollege Bremm, von mir hört man zumindest im Regelfall, außer man fordert mich heraus, keine persönlichen Untergriffe zu irgendwelchen Personen. Ich sage auch nicht der Herr so und so hätte jetzt zu dem Herrn so und so das gesagt, z. B., wie hast du heute gemeint, was würde ich sagen in der Schule zum Kollegen Mayrhofer, ich habe es schon wieder verdrängt, vergessen, ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Durchgefallen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

... durchgefallen usw. Nein, das mache ich nicht, weil ich arbeite mit positiver Motivation.

Zurück zur Ernsthaftigkeit dieses Themas. Und den Vorwurf muss man sich schon gefallen lassen. Wenn einem das alles wirklich wichtig wäre, warum setzt man das nicht auf die Tagesordnung einer Ausschusssitzung? Wir haben einen Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Das ist nicht passiert. Da hätte man über das wirklich ernsthaft und intensiv in einem Gremium diskutieren können. Ihr seid die Mehrheit, ihr könnt das immer auf eine Tagesordnung setzen, ihr könnt alles immer einbringen.

Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das ist völlig legitim. Nur einen Vorwurf müsst ihr euch schon gefallen lassen. Wie ernst ist es euch damit? Ist es euch wirklich ernst, weil dann hätten wir das solide diskutiert. Dann hätten wir uns Kostenrechnungen anschauen können vom Kindergarten, die wir bis heute nicht wirklich haben und die passieren müssten. Eine Kostenrechnung die zeigt, dass unsere Kindergartentarife z. B. absolut überhöht sind. Die Kollegin Wührleitner hat es schon angesprochen. Das wird immer wieder betont im Sozialausschuss, dass wir eine Vollaustattung der Gruppen haben, d. h., im Endeffekt müsste der Deckungsbeitrag durchaus hoch genug sein um niedrigere Tarife haben zu können.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

24 % werde abgedeckt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Und wenn man sich heute herstellt und sagt, wir machen einen Rückgang der

Gebühren, ja bitte, weil seit Monaten die Rede ist von der hohen Inflation. Die hohe Inflation war aber im März auch schon. Sie haben hier herinnen, in der letzten Gemeinderatssitzung erst beschlossen, dass es zu einer Tarifsteigerung bei den Kindergärten kommt. Die ist auch bereits den Eltern vorgeschrieben worden oder wird den Eltern gerade vorgeschrieben. Die haben sich zu den neuen Tarifen angemeldet. Und jetzt wollen Sie beschließen, rückwirkend mit 1. September heben wir es wieder auf. Ja wie seriös ist denn das bitte? Wenn ich im Juli Tarife erhöhe, wo ich dann sage, im September, rückwirkend mit 1. September, revidiere ich wieder. Wollen Sie da wirklich sagen das ist seriös und gut gemacht? Na wirklich nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Die Leute werden sich freuen, wenn sie weniger bezahlen müssen. Ganz logisch. Die werden uns nicht böse sein.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das war aber im Juli schon so, Herr Kollege Bremm. Im Juli war die Teuerung schon.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wenn, wenn. Wenn das Wenn nicht wäre.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nicht, wenn das Wenn nicht wäre und da liegt der Unterschied Kollege Bremm. Genau dieses Wenn. Wir haben nämlich, und das ist wo sich der Steyrer und die Steyrerin ein Urteil auch bilden kann, wir, von der Opposition zeigen auf dieses Faktum schon seit Monaten, seit Jahren hin, weisen wir darauf hin und nicht jetzt schnell,

weil eine Nationalratswahl irgendwie vor der Tür steht.

Und das mit den Zeichen setzen, das ist ja immer schön, wenn man ein Zeichen setzt, nur manchmal kann dieses Zeichen auch wirklich eine Augenauswischerei sein. Und in dem Fall, und darum kann man es auch nicht durchrechnen, das ist mir schon klar, aber der durchschnittliche Steyrer Bürger, die durchschnittliche Steyrer Bürgerin profitiert von dem gar nichts. Und im Endeffekt ...

STADTRAT

WALTER OPPL:

Dann lassen wir es. Machen wir gar nichts.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, sondern machen wir etwas was Sinn macht. Das wäre es. Es ist nicht immer alles schwarz und weiß. Da herinnen kommt mir das immer so vor, alles ist so schwarz und weiß, oder wie der Kollege Bremm sagt, in meine Richtung hin, na ja, wir müssen ja die Gebühren erhöhen, weil wir haben ja so viele Ausgaben. Na ja, vielleicht kommt man einmal auf die Idee, dass man auch Ausgaben senken kann indem man ökonomischer arbeitet und wirtschaftet. Wir werden das heute noch einmal sehen beim Thema Kontrollamt, Prüfungsausschuss, da gibt es ein breites Feld an Einsparmöglichkeiten die nämlich nicht dem Steyrer und der Steyrerin dann zum Nachteil geraten, sondern wo es einfach darum geht, solider zu wirtschaften. Da gibt es eine Menge, meine Damen und Herren. Da kann ich Beweise vorlegen Ende nie, aber das würde jetzt Stunden dauern in dieser Gemeinderatssitzung. Alleine in den 11 Jahren wo ich da herinnen bin, was da wirklich an Geld zum Fenster hinausgeworfen worden ist für irgendwelche Fehlplanungen, für irgendwelche Geschichten die man nicht wirklich braucht, der vier-

te Bürgermeister ist z. B. angeführt worden, aber da gibt es ein wirklich breites Feld. Also, da ließe sich sehr, sehr viel machen. Aber da ist man halt zu wenig kreativ und sagt, na gut, Ausgaben steigen, also steigen auch die Gebühren. Es ginge auch mit weniger Gebühren. Und wenn man es schon ernst meint, meine Damen und Herren, ich bin auch nicht dafür, dass man jetzt da, dass was Sie eingebracht haben mit Abänderungen zupflastert. Da bin ich gar nicht dafür. Ich werfe eine solide Diskussion in den jeweiligen Gremien, auch mit den Beamten, mit klaren Kostenrechnungen, nur das ist eben nicht passiert. Dann denke ich mir, muss man halt etwas entgegen setzen, um zu schauen, was kann man solider Weise hier machen. Einer dieser Punkte ist sicherlich jener, und ich mache das gebetsmühlenartig, und Sie werden das auch in den nächsten Sozialausschusssitzungen wieder hören, bis es passiert, eine wirklich Neukalkulation der Kindergartentarife. Ich will endlich eine Kostenrechnung der Kindergartentarife sehen. Ich will ganz genau sehen, wo kommen die Kosten her und warum sind wir so teuer. Weil das gibt es ja nicht. Die Personalkosten sind in Linz nicht anders, die sind in Wels nicht anders, die sind in Traun und in Schärding nicht anders. Unsere Kindergärten sind alle voll ausgelastet. Die Linzer Kindergärtnerinnen, die Welser Kindergärtnerinnen arbeiten um nichts schlechter als unsere. Warum sind wir dann so hoch? Da muss es eine Neukalkulation der Tarife geben. Das ist solide und nicht zu sagen wir nehmen eine Indexerhöhung, die wir im Juli beschlossen haben, im September wieder zurück. Das ist zu wenig, meine Damen und Herren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Liebe Michaela, aber in Linz haben sie früher am meisten Helferinnen gehabt und wir haben lauter ausgebildete Kin-

dergärtnerinnen gehabt. Ich habe heute die Zahlen nicht mit. Wir predigen jedes Mal, wie viele haben wir denn, die 36 Euro bezahlen? Die meisten. Ich habe es letztes Mal im Gemeinderat gesagt, ich habe jetzt die Zahlen nicht genau im Kopf. Und wie viele haben wir, die den Höchstarif zahlen? Du musst schon herunter bleiben, weil wir haben 76 % für die sind die Kindergartentarife billiger geworden.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Wenn wir vorher schon so extrem teuer waren, dann ist es keine Kunst billiger zu werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wir haben früher den Nulltarif gehabt. Wir haben Gott sei Dank die soziale Staffelung und Gott sei Dank hat das jeder private Kindergarten übernommen. Damit ist eine Gerechtigkeit hergestellt, dass überall in Steyr die Eltern, ob die Kinder in den Caritaskindergarten gehen oder in einen städtischen Kindergarten dasselbe bezahlen. Früher hat es dort einen Einheits-tarif gegeben. Wir haben die soziale Staffelung und ich finde das richtig. Dass man heute sagt, in Linz sind sie um so viel billiger und dort sind sie um so viel billiger. Ich kann nur sagen, was im unteren Bereich bezahlt wird, da brauche ich gar keine Rechnung, weil dann leuchtet es mir ein, dass ich einen Abgang habe auf die 47 Gruppen die ich habe. Und wenn ich schaue was ich Einnahmen vom Elternbeitrag habe, da brauche ich nicht weiß Gott wie rechnen können, dass ich sage, Personalkosten so viel, das sind meine Einnahmen und das andere ist der Abgang.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
D. h., im nächsten Sozialausschuss
sehen wir endlich eine Kostenrech-
nung?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Warum soll ich das im nächsten Sozi-
alausschuss vorlegen? Ich werde es
weiter geben. Ich meine das sind ja
keine Geheimnisse.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
War das jetzt ernst gemeint, die Frage,
warum soll man das vorlegen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein, ich habe ja keine Geheimnisse.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Dann bitte vorlegen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Haben wir ja schon gehabt, Herr Mayr-
hofer.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bitte keine Zwiegespräche.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr Magistratsdirektor, das stimmt,
dass wir es im Detail einmal berechnet
gehabt haben. Das ist genau vorgelegt
worden. Aber ich werde den Auftrag
geben im Kindergarten und werde das
ansehen.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Im Personalausschuss war eine Ein-
stimmigkeit und zwei Wochen später
bei der Gemeinderatssitzung ist auf
einmal alles wieder anders.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Bitte zur Korrektur, zur Geschäftsord-
nung. Einstimmig heißt aber Stimm-
berechtigt und das ist nur die SPÖ.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
So, die Kindergartentarife sind schon
immer ein Thema, weil ich glaube da
kann man dann hin gehen und immer
nur wird bei uns das Höchste erwähnt.
Es ist ja nicht nur bei den Kindergär-
ten, es ist ja überall so. Ob Essen auf
Rädern oder Altersheim, überall die
Höchsttarife. Aber das, wo wir die so-
ziale Staffelung haben und dadurch
sind wir eine soziale Stadt, das möchte
ich jetzt auch einmal sagen.

Der nächste Redner ist Herr StR Hau-
ser.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, meine ge-
schätzten Kolleginnen und Kollegen
des Gemeinderates, werte Gäste, ge-
schätzte Presse. Es ist jetzt da schon
viel diskutiert worden und das 1. was
man immer hört ist, dass man natürlich
sofort unterstellt, was man denn nicht
alles hier hinter der Hand noch dabei
erzielen möchte bzw. wenn der Vor-
schlag natürlich nicht von ihm selbst
kommt, dann ist er natürlich von vorn-
herein schlecht. Mir geht es eigentlich
darum, dass es überall spürbar ist,
dass die Belastungen groß sind und da
tun wir jetzt alle so, als wie wenn wir
die erzeugt hätten. Also, da möchte ich
schon einmal ganz klar darauf hinwei-
sen, und gerade ich in den Stadtwer-
ken spüre das hautnah, wenn ich nur
über den Gaspreis nachdenke, was da
rundherum passiert. Und wenn ich mir
vorstelle, dass der Einkaufspreis für

das Gas sich im Handel heuer um 47 % erhöht hat und wir derzeit überhaupt keine Erhöhung bis dato durchgeführt haben, dann muss man ganz klar einmal sagen, dass diese Kostensteigerungen ja bitte nicht entstehen weil wir von der öffentlichen Hand alle lustig geworden sind, weil es in der Kommune gerade so lustig zu geht und wir sind weder für einen Strompreis, für einen Gaspreis noch Sonstiges zuständig. Das gehört einmal ganz klar gesagt. Das sind natürlich unter anderem auch die Steigerungen die hier passieren, rundherum, und denen können wir uns auch grundsätzlich nicht verschließen.

Wenn ich zum Herrn Eichhübl kurz sagen darf, lieber Roman, wegen den Wassergebühren, du weißt es, dass diese Wassergebühren an das Landesgesetz gebunden sind, an den Erlass des Landes OÖ. Wenn wir hier nicht diesen Erlass erfüllen, dann haben wir keinen Anspruch auf Förderung und vor allen Dingen keinen Anspruch auf Investitionsförderungen. Ihr tut immer so, wie wenn wir uns das aussuchen könnten welche Preise wir haben. Außerdem werden sie hier unter anderem auch beschlossen und sind natürlich auch kein Geheimnis und im Amtsbericht steht drinnen wie das Landesgesetz ausschaut und was wir für Preise haben.

Dass wir auf der anderen Seite natürlich auch Geld erwirtschaften und dieses Geld nicht zum Fenster hinausschmeißen, sondern auf der anderen Seite schauen, dass es ein Stadtbad, ein Hallenbad, eine Sauna und eine Eiskunsthalle gibt die von den Menschen zu sehr günstigen Preisen, das möchte ich nur dazu sagen, weil wir sind beim Stadtbad und beim Hallenbad die Billigsten weit im Umkreis ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In der Sauna auch.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:

... dann möchte ich dazu sagen, das dient unter anderem auch der Bevölkerung die dort hingehen kann und die das macht. Und ich möchte mir nicht wünschen, dass wir nächstes, übernächstes oder überübernächstes Jahr da stehen, so wie in Enns, und unser Hallenbad zusperren und sagen, geh', fahrt doch nach Amstetten, weil wir können es uns nicht mehr leisten. Also ist es doch auch gut, wenn wir dabei schauen, dass wir diese Einrichtungen, die wir letztlich unter anderem auch für unsere Bevölkerung ja errichtet haben und nicht aus Jux und Tollerei für den Herrn Bremm, für den Herrn Hauser oder sonst jemanden der hier herinnen sitzt, damit wir uns gut darstellen können, dass wir die der Bevölkerung auch in Zukunft zur Verfügung stellen können. Das ist eben so, und da möchte ich jetzt das Wort sagen, das der Herr Vzbgm. Bremm immer gebraucht, Geld hat kein Mascherl. Es ist natürlich so, dass wir es auf der einen Seite irgendwo erwirtschaften müssen um es auf der anderen Seite irgendwo ausgeben zu können. Es darf ja nicht verboten sein, dass man dann auch Gewinne macht, trotz dem, dass wir z. B. gerade im Jahr 2007 auch große Verluste hatten durch Wasserrohrgebrechen und wir haben trotzdem noch einen Gewinn erwirtschaftet. Daher muss man also auch sagen, dasselbe gilt unter anderem beim Gasgeschäft und beim Gasnetzgeschäft, dass wir große Teile sozusagen hinüber transferieren können in den Verkehrsbetrieb. Wenn du, lieber Roman, immer wieder sagst, na ja, dann muss halt die Stadt den Zuschuss zahlen damit wir sozusagen dort das Defizit abdecken können, dann würde das bedeuten, dass wir noch weniger für die Bevölke-

rung tun könnten, weil wir ja das Geld aus dem Budget nehmen müssten. Ich muss halt dazu sagen, also so einfach kann man es sich dann halt nicht machen.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Das kommt nur darauf an, was man mit dem Geld macht.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:

Natürlich, aber ich habe noch niemanden von euch gehört, dass er freiwillig gesagt hat machen wir das nicht und machen wir jenes nicht. Im Gegenteil. Es kommt immer dazu, dass die Forderungen immer überbordend sind und immer mehr werden und jeder möchte noch mehr, was natürlich auch in der Natur der Sache ist, weil ich persönlich möchte auch gerne mehr haben und möchte gerne mehr umsetzen und mehr zustande bringen. Das ist halt einmal so. Wenn dann so gesagt wird, na ja, wir bräuchten eigentlich den dritten Vizebürgermeister nicht. Das ist nicht eine Geschichte die den Steyrer Politikern eingefallen ist, dass der da sein muss, sondern das ist eine Sache des Landes. Daher würde ich auch bitten, dass, wenn man solche Forderungen aufstellt, man sie dort hinträgt wo sie hingehören.

Weil der Herr Payrleithner, lieber Hans, zuerst die Anfrage gestellt hat, was denn mit dem Gaspreis passieren würde, dann muss ich dir sagen, wir wissen es derzeit leider nicht. Wir wissen genau so viel wie du aus der Zeitung, dass sich die Unternehmen, die Gas zuliefern, mit dem Gedanken tragen bis zu 30 % erhöhen und wir haben bis dato immer preisdämpfend gewirkt bei den Erhöhungen und werden auch versuchen das so gut als möglich in der Zukunft zu tun. Aber ich traue mir heute hier keine Zahl zu sagen, wie denn das sein wird, weil, nichts jetzt

gegen die Medien aber morgen steht es in der Zeitung und jeder wird sagen, wie großartig dann das Heizen teurer wird. Ich traue es mir heute nicht sagen. Wir werden uns danach richten müssen wie wir das Gas in der Zukunft angeboten bekommen werden von den Firmen bzw. wie die Gaspreiserhöhungen bei den anderen Unternehmen sein werden und wir werden uns danach richten. Ihr könnt euch ganz sicher sein, dass auch hier preisdämpfend gewirkt wird, so wie bisher. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Herr StR Mayrhofer zum zweiten Mal.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, niemand glaubt, dass einem so langjährigen Mitglied des Gemeinderates und Stadtsenates wie den Vizebürgermeister Bremm etwas einfach passiert, sondern das ist wohl überlegt. Das was er hier heraußen am Rednerpult sagt, das macht er mit Absicht. D. h., wenn er versucht vom tatsächlichen Thema abzulenken und Dinge einfach in den Raum stellt, dann geht er davon aus man verbeißt sich in diesen Vorwürfen und geht weg vom Tatsächlichen. Ich darf, lieber Gerhard Bremm, beides machen. Ich darf auf deine Ausführungen eingehen und dann aber wieder zum Kernpunkt zurück kommen. Du hast gesagt, das was die Kollegin Frech behauptet hat, dass man mit zwei Einkommen so ziemlich schon bei der Grenze für den Höchstbeitrag des Kindergartens ist, das ist ein Blödsinn. Dann darf ich zitieren aus dem Bericht der Arbeiterkammer: Das durchschnittliche Monatseinkommen 2006 am Arbeitsort Steyr Stadt war für einen Mann 2.802 und für eine Frau

1.260. Das ergibt für ein Paar ein durchschnittliches Monatseinkommen von 4.062.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dann kann er es sich locker leisten.

Also, das ist unglaublich. So ein blöder Vergleich.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine Damen und Herren, es geht um Ausführungen des Kollegen Bremm und ob sie stimmen oder ob sie nicht stimmen. Das was der Kollege Bremm gesagt hat, und er war genauso bei der Präsentation der Arbeiterkammer dabei, ist bewusst falsch interpretiert. Das stimmt einfach nicht.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber der Zusammenhang, das ist ein Wahnsinn.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Auch dir, Herr Bürgermeister, steht eine Stellungnahme zu und das kannst du gerne machen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, mache ich eh.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich habe mir natürlich auch von der Wirtschaftskammer die Zahlen angeschaut, weil Statistiken natürlich ein bisschen durcheinander oder voneinander abweichen. Die Statistik, die wir erhoben haben, aufgrund des Landes, des statistischen Amtes, liegen sogar etwas höher. Da sind wir pro Person bei 2.485 Euro. D. h., die Behauptung der Kollegin Frech ist durchaus richtig, bei einem durchschnittlichen Einkommen, wenn beide Partner arbeiten, zahlen wir den Höchstarif. Das ist so,

darüber brauchen wir nicht mehr diskutieren.

Die zweite Geschichte. Natürlich ist jeder einzelne Posten den ich angeführt habe richtig. Ich habe keine einzige Zahl falsch ausgeführt und ich habe die ganzen Unterlagen da. Wer immer behauptet, dass das falsch ist, bitte schön, der möge das jetzt sagen. Es gibt keine Interpretation, sondern ich habe zu dem gestellten Antrag in den Positionen direkt Stellung bezogen und habe gesagt, ihr sagt, keine Erhöhung und trotzdem habt ihr, oder wir als Stadt oder die Stadtwerke beim Kanal 2,8 Millionen, beim Müll 1,8 Millionen und beim Wasser über 1 Million Gewinn gemacht. Das möchte ich auch richtig stellen. Wir sind nicht gegen diese Vorschläge der SPÖ, sie gehen uns nur nicht weit genug. Wir glauben, dass das was hier angeführt wurde zu wenig ist um wirklich dort zu helfen wo es notwendig ist. Darum geht es. Wenn der Kollege Bremm dann noch anführt, ja, aber wir brauchen Geld auch in anderen Bereichen, dann ist das vollkommen klar und logisch. Wir haben 2008, Gott sei Dank, aufgrund der Konjunktur eine weitaus bessere Entwicklung als wir das kalkuliert haben. D. h., mit dem was wir in den Voranschlag gegangen sind, können wir übererfüllen. Und mit diesem Übererfüllen, mit diesen Mehreinnahmen, haben wir einen Spielraum, dass wir effektiv mehr für unseren Bürger tun können. Die Ergebniserwartungen bleiben hervorragend und müssen weiterhin zur Deckung der Verluste der Freizeitbetriebe ausreichen. Das bemerken z. B. die Stadtwerke in ihren Bericht. Beim Stadtbusbereich steht ebenfalls drinnen: In jedem Fall sind in den ausgewiesenen Erlösen Schülereinnahmen und Erlöse aus den Einnahmensaufteilungen bisher sehr vorsichtig enthalten und bieten Chancen auf Ergebnisverbesserung nach den konkreten Vertragsabschlüssen. 5 % Plus, zur Information, ist beschlossen

worden. Auch die zusätzlichen Einnahmen aus dem Regionalverkehrskonzept Steyr bieten positive Chancen. D. h., auch hier haben wir eine Entwicklung die besser ist als wie wir es noch beim letzten Budget versucht haben oder geplant haben.

Der Herr Hauser hat gesagt, wir sagen immer wir führen nirgends an, wo wir dagegen sind. Da möchte ich schon einen Punkt anführen, weil er ganz klar ist, weil wir gesagt haben, da können wir einsparen, da sind wir der Meinung, dass das Geld wirklich nicht richtig verwendet wird, das könnten wir uns sparen. Das ist z. B. das Nein gewesen zum Reithofferwerk.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Ich habe das gesagt?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Nein, Sie haben gesagt, wir sagen nirgends nein, wir bringen nirgends Vorschläge wo wir Geld einsparen können und wir haben gesagt, sparen wir das Geld ein, sparen wir uns das Reithofferwerk. Aber das Denkmal für den Vizebürgermeister Bremm, das brauchen wir halt auch.

Der Zeitpunkt des Einbringens ist auch natürlich schon, weil angesprochen wurde, dass das ja alles keinen Zusammenhang mit der Wahl hat, schon ein bisschen eine komische Geschichte. Diese Gebührenerhöhungen treten mit 1. 1. 2009 in Kraft. Wir haben dazwischen noch mehr als drei Monate Zeit. Wir haben noch zwei Gemeinderatssitzungen. Wir hätten ohne Probleme detailliert, wohl überlegt darüber diskutieren können, welche Entlastungen wir tatsächlich für den Steyrer Bürger machen. Das ist nicht gewollt gewesen. Wir haben uns daher entschlossen, nachdem uns klar war, dass auch ein Antrag auf Weiterleitung wahrscheinlich abgelehnt wird, natürlich ein Schnellschuss, mir wäre es

viel, viel lieber wir könnten mit der Beamtenschaft hier Vorschläge entwickeln, wir haben einen Abänderungsantrag zum Antrag der SP-Gemeinderatsfraktion gestellt, die gesamte Opposition. Herr Bürgermeister, ich darf dir das überreichen und darf ersuchen, dass wir diese Anträge an die Mitglieder des Gemeinderates austeilten. Hier gehen wir vom Antrag der SP aus und ergänzen ihn in einigen Punkten die wir glauben, dass sie nicht im Gießkannenprinzip sind, sondern, dass sie zielgerichtet sind für jene Bürger die es wirklich dringend brauchen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke, Herr Mayrhofer. Der Antrag wird gerade ausgeteilt. Ich weiß nicht ist das von allen oder ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Alle Fraktionen haben unterschrieben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Aha, ich habe ihn noch nicht gesehen, darum habe ich gefragt.

Ich glaube es ist natürlich, wenn man zwei Seiten Papier bekommt, ich würde daher vorschlagen, dass wir jetzt eine Sitzungsunterbrechung machen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Es ist schon kopiert, es ist schon fertig.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber die SP-Fraktion darf darüber beraten?

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Gut, wenn die SP eine Sitzungsunterbrechung will, wir haben sicher kein Problem damit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ist jemand gegen die Sitzungsunterbrechung?

Zwischenruf: Er soll ihn vorlesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ja, er kann eh reden.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich bedanke mich bei der Frau Vizebürgermeisterin, dass ich reden darf.

**Abänderungsantrag
zum Antrag der SP-Gemeinderats-
fraktion
Präs-606/08**

Der von der SP eingebrachte Antrag bedeutet in keinsten Weise eine tatsächliche Entlastung der Steyrer Bürgerinnen und Bürger.

Hinzu kommt, dass sämtliche Anträge auf zum Teil äußerst massive Gebührenerhöhungen in den letzten Jahren im Steyrer Gemeinderat im Regelfall sogar von der SP selbst eingebracht und beschlossen worden sind. Dass heute den Steyrerinnen und Steyrern „immer weniger Geld im sprichwörtlichen Börssel“ bleibt, hat die SP verursacht. Das ist ein klar nachweisbares Faktum. Ihr nunmehr aufgrund der in eineinhalb Wochen stattfindenden Nationalratswahl auf die Tagesordnung dieser GR-Sitzung gesetzter Antrag wäre zudem nicht einmal der „sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein“ der Gebührenbelastung, welche die Bevölkerung derzeit zu tragen hat.

Dass die SP nicht wirklich an einer umfassenden, seriösen Gebührenreform interessiert ist, sondern das Thema aus Wahlkampfgründen in den Gemeinderat einbringt, zeigt sich schon alleine daran, dass dieses Thema auf keine Sitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses gesetzt worden ist und auch in keinem anderen Gremium vorgebracht worden ist. Wenn es der SP wirklich um Entlastung ginge, dann müsste sie weitaus umfassendere Maßnahmen setzen.

Die unterfertigten Mitglieder stellen gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr folgenden Abänderungsantrag.

Ad 1. Wasser- und Kanalbenutzungsgebühren

Der Gemeinderat möge beschließen:

Eine Reduzierung der derzeitigen Wasser- und Kanalbenutzungsgebühren im Ausmaß von Euro 300.000,--, weil die laufenden Erhöhungen in diesem Bereich, welche durch die Stadt Steyr vorgenommen worden sind, nicht gerechtfertigt waren. Die Neukalkulation und damit verbundene Reduktion der Tarife hat durch eine Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr in der nächsten Gemeinderatssitzung vom 13. November zu erfolgen.

Ad 3. Kindertarife

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Kindertarife werden neu kalkuliert. Derzeit hat Steyr die höchsten Höchstbeiträge in ganz Oberösterreich, obwohl – wie auch im letzten Sozialausschuss vom 16. September dieses Jahres erneut betont wurde – die Kindertarifgruppen im Regelfall voll ausgelastet sind. Die Neukalkulation und die damit verbundene Reduktion der Tarife hat durch eine Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr in der nächsten Gemeinderatssitzung vom 13. November zu erfolgen. Die neuen, niedrigeren Tarife sollen spätestens ab 1. Jänner des nächsten Jahres in Kraft treten.

Ad 7. Tarife Essen auf Rädern

Derzeit gibt es in Steyr - einkommensabhängig – drei Tarife bei Essen auf Rädern:

Tarif 1 EUR 5,92, Tarif 2 EUR 4,82, Tarif 3 EUR 6,98

(Quelle: Offizielle Homepage der Stadt Steyr, www.steyr.gv.at vom 17. September 2008)

In Linz beträgt 2008 der Höchstbeitrag pro Essen 6,35 Euro. Ermäßigungen sind nach Einkommensprüfungen möglich. Damit ist eine Portion Essen auf Rädern in Steyr beim Höchstbeitrag um 63 Cent teurer als in Linz! Rechnet man dies aufs Jahr um, so zahlt jemand in Steyr, der Essen auf Rädern täglich bezieht, um 229,95 Euro mehr als in Linz!

Der Gemeinderat möge daher beschließen:

Die Beiträge bei Essen auf Rädern werden ab sofort um mindestens 5 % gesenkt. Möglicherweise ergibt sich allerdings sogar eine höhere Senkung, da laut Prüfbericht des Kontrollamtes der Stadt Steyr vom 2. Quartal 2008 auf Basis gelieferter Daten der Sozialabteilung Einnahmen bei „Essen auf Rädern“ in Höhe von 480.800,-- Euro nur Ausgaben in Höhe von 442.400,-- Euro gegenüberstehen. Es ergäbe sich dabei ein Überschuss von 38.400,-- Euro bzw. ein Überhang von 44 Cent pro Essen.

Ad 8. Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen

Eine Erhöhung der Brennstoffaktion um 20 Euro pro Jahr und Person ist

nicht einmal der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein.

Der Gemeinderat möge daher beschließen:

Alle Dienstnehmer oder Einkommensbezieher, welche sich in einem Vollzeit-Beschäftigungsmaß befinden und unter 1.000,-- Euro brutto verdienen, sollen einen monatlichen Zuschuss von 50 Euro bekommen. Dieser Zuschuss soll spätestens ab 1. Jänner 2009 gewährt werden.

Auf Basis der Arbeiterkammer Ausführungen wären das ungefähr 350.000 Euro pro Monat.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. So, ich würde jetzt vorschlagen, die Sitzung zu unterbrechen. Ich muss auch dazu sagen, es war ausgemacht mit der Frau Mag. Frech und dem Bürgermeister abgesprochen, dass um 16 Uhr, weil ja heute der Tag des Brotes ist, die Bäcker kommen und ich glaube, sie stehen schon draußen. Also, ich würde zuerst ersuchen, dass wir ein paar Worte mit den Bäckern sprechen und wir werden uns dann beraten. Machen wir bis 16.30 Uhr eine Sitzungsunterbrechung.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 15.55 UHR BIS 16.35 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Gibt es zum Abänderungsantrag Wortmeldungen? Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Wie Sie vielleicht festgestellt haben, habe ich mich im Laufe dieses Nachmittags noch nicht zu Wort gemeldet, mache es jetzt. Warum habe ich es nicht gemacht? Weil ich mich über weite Phasen eigentlich geschämt habe. Ich habe mich ehrlich gesagt wirklich geschämt, das mache ich phasenweise, ich habe mich ein bisschen selbst zu relativieren, meine eigene Situation einmal zu betrachten und auch die Betrachtung dieser Situation hier in diesem Gemeinderat. Wer glaubt von hier herinnen, welche Partei, dass er das Soziale gepachtet hat? Ich glaube da gibt es keinen der sagt, was weiß ich, er hat das Soziale gepachtet, weil in Wahrheit, glaube ich, will jeder etwas tun für die Menschen. Jeder auf seine Art und Weise. Das ist mir schon klar, aber das als alleiniges Copyright sich selbst anzuschreiben und zu sagen wir sind sozial und alle anderen sind es nicht, da denke ich mir das bringt im dritten Jahrtausend nicht mehr recht viel. Vor allen Dingen wenn man ein bisschen aus dem Fenster schaut, dann kommt man drauf, und wenn man sich mit der Materie beschäftigt, dass wir jetzt nicht über die 1000 Leute reden die unter 1.000 Euro verdienen, sondern, dass es in Wahrheit ja viel, viel mehr sind. Es sind in Wahrheit 7000 Menschen die da draußen am Rande der Armutsgrenze leben. Sitzt da herinnen irgendein Sozialhilfeempfänger? Nein. Das ist nicht mehr der klassische Gemeinderat wie er, weiß ich nicht, vor 100 Jahren einmal existiert hat, wo die Karikaturen irgendwelche dicken Leute gezeigt haben, die es sich leisten konnten überhaupt Politik zu machen. Das hat sich Gott sei Dank geändert. Wir haben keinen Sozialhilfeempfänger hier herinnen sitzen. Eines möchte ich auch noch sagen. Das Leben dieser Menschen da draußen, dieser 7000, sage

ich jetzt einmal als Nummer, das ist kein Kasperltheater, das man einem Zynismus irgendwelcher Parteistrategen unterwerfen sollten die dann sagen, bringt den Antrag so ein oder bringt ihn rechtzeitig ein, aber bringt ihn vor der Nationalratswahl ein, weil die Menschen die da draußen nicht wissen wie sie ihr Leben bestreiten sollen, denen ist das so was von egal, ob jetzt die SPÖ, die ÖVP, die Grünen oder sonst irgendwelche anderen Parteien aufgrund dieses Antrages, oder der Anträge die noch kommen, jetzt ein halbes Zehntel Prozent dazu gewinnen werden, weil sie besser in der Öffentlichkeit darstellen. Das macht das Brot nicht billiger. Ich darf euch wirklich bitten zu dem zurück zu kommen wozu wir eigentlich alle da sind. Das brauche ich euch nicht sagen, das wisst ihr natürlich alle selbst aber lasst es mich trotzdem sagen, bitte. Wenn man wirklich in diesem Bereich etwas will, ja, dann nützt das nichts wenn das eine Partei macht oder zwei Parteien, sondern dann soll es ein gemeinsamer Beschluss sein. Das bringt überhaupt nichts, wenn man sagt, wir sind besonders sozial und wir bringen jetzt rechtzeitig diesen Antrag ein. Ich will jetzt nicht über die Qualität der Anträge sprechen. Wo sind die Zeiten wo wir noch beisammen gesessen sind und über derlei dringende Probleme, vielleicht waren es damals andere Probleme, geredet haben, wie können wir das machen. Deswegen sind wir auch jeder unserer Partei treu geblieben, aber das Sprechen miteinander war ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Wenn jetzt eine Partei vorprescht und die anderen, man darf sich ja nicht wundern, dann hinten nach preschen, dann bringt das in Wahrheit für die da draußen, für die es sein soll, nichts.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Was ist von eurer Seite her passiert in den letzten Monaten?

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich will ja gar nicht antworten darauf, weil das ist ja gar keine Frage von Monaten, weil diese Entwicklung kennen wir ja schon über Jahre, wenn nicht über Jahrzehnte. Das ist lächerlich. Absolut lächerlich. Wer vor dem das Gesicht wegkehrt und sagt, ich bin kein Sozialhilfeempfänger, mich interessiert das nicht so wirklich, aber rechtzeitig, weil es der Parteistrategie sagt, bringen wir es ein, das ist ein Zyniker. Aber probieren wir es einmal noch. Es ist heute schon ein paar Mal angeklungen. Wir können jetzt die Tarifordnung hinauf und hinunter lizitieren, wir können uns das eine heraus nehmen und das andere, aber in Wahrheit ist es doch wichtig, dass man gemeinsam was schafft. Das ist wichtig, weil das ist nämlich tragfähig. Wenn man gemeinsam was schaffen will, dann soll man auch über Zahlen reden, was das kostet, wer es bezahlen soll. Das ist heute auch schon gekommen. Das Ding muss ja finanzierbar sein. Und warum, wenn wir noch drei Sitzungen haben bis Jahresende, sollen wir uns nicht noch einmal, zumindest die einen einen Schritt zurücktreten und die anderen einen Schritt vortreten und im Sinne, und da bin ich jetzt nicht wie ein Pfarrer, für alle jene, für die es nämlich wichtig ist, dass wir uns einigen, und für die es nicht wichtig ist, dass der eine oder der andere Recht hat, warum sollen wir uns nicht zusammen setzen in einem Ausschuss, in einer Fraktionsobleutebesprechung oder wo auch immer, dieses wirklich ernst zu nehmende Thema durch zu besprechen. Dann zerreiße ich sofort mein Papier, wenn das zustande kommt, weil ich weiß, es wird mit einer Ernsthaftigkeit diskutiert und nicht aus irgendeinem Kalkül heraus.

Also, ich darf euch dringend bitten, und darum stelle ich jetzt den Antrag zur Geschäftsordnung. Auch wenn es

noch so seltsam klingt, warum soll die SPÖ auch nicht einmal, sage ich jetzt, einen Schritt zurück treten, reden wir uns das aus in einem Ausschuss, machen wir was Gescheites daraus und nicht irgendeine Wahltaktik, so eine offensichtliche. Für alle da herinnen, das muss ich auch ehrlich gesagt sagen. Für alle. So ehrlich bin ich auch. Tun wir es jetzt nicht alleine denen überlassen, für die Menschen dort draußen, das wir brauchen, etwas zu tun. Warum nicht? Wenn es uns ein Anliegen ist, dann sollten wir das tun und wenn es uns kein Anliegen ist, dann gehen wir her und tun uns halt hinauf und hinab oder hinüber stimmen und dann gehen wir hinaus und jeder greift sich auf die Brust und sagt okay, wir haben gewonnen oder die anderen haben verloren. Aber das interessiert die Menschen dort draußen nicht. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ist das jetzt ein Antrag zur Geschäftsordnung gewesen?

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ja.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. Wer wünscht das Wort? GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, es ist eh bereits in meinen zwei Wortmeldungen auch angeklungen, dass auch ich, auch wenn ich diesen Abänderungsantrag selbstverständlich voll inhaltlich mit unterstütze, der von der Opposition gekommen ist, dass es natürlich Sinn machen würde das nicht in diesem 36-

köpfigen Gremium jetzt einfach zu beschließen, weder in der einen Form noch in der anderen, wäre es natürlich sinnvoll. Wir haben im Prinzip gar nicht weit hin, 13. Oktober ist der nächste Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, wo man diskutieren kann. An sich bräuchte man es gar nicht, was unseren Abänderungsantrag angeht, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wenn Sie sich den genau durchgelesen haben, das ist ja keine Schnellschussaktion, weil in jedem dieser Punkte auch steht, dass die Reduktion der Tarife oder die Neugestaltung der Tarife, durch eine Verordnung, und Tarife müssen über eine Verordnung gestaltet werden, in der Sitzung des nächsten Gemeinderates vom 13. November zu erfolgen hat. D. h., würde man diesen Abänderungsantrag der Opposition heute beschließen, dann wäre das keine Schnellschussgeschichte wo man nicht sagen kann, geht das überhaupt, können wir das alles so machen, sondern dann hat man Zeit bis kurz vor den 13. November um hier wirklich eine ordentliche Verordnung zu machen. Ich stehe nicht an, wenn sich dann herausstellt, das eine oder andere geht so nicht, sollten wir anderes machen, ja warum denn nicht. Aber ich wünsche mir schon eine seriöse Sachpolitik in diesem Haus, vor allem wenn es um dieses Thema Tarife, Gebühren geht. Bei anderen Themen da gestehe ich Ihnen zu, mein Ding ist es nicht, aber da gestehe ich Ihnen zu, da spielt Ideologie, da spielt Parteipolitik eine Rolle. Aber Tarife, die gehören einfach kostenrechnerisch durchleuchtet, die gehören danach durchleuchtet, gerade in der öffentlichen Hand, wie weit sie eine Lenkungsfunktion haben, d. h., auch das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger lenken. Ich denke da jetzt auch z. B. an den öffentlichen Verkehr. Wenn wir wollen, dass der öffentliche Verkehr angenommen wird, dann muss er auch günstiger sein, dann muss er für jeden

leistbar sein, dann muss es auch Linienführungen geben die jeder in Anspruch nehmen kann usw. Wir brauchen eine Treffsicherheit und kein Gießkannenprinzip. Also, insofern würde ich Sie wirklich bitten, beim Thema Tarife den Wahlkampf außer Acht zu lassen, Ideologie außer Acht zu lassen, sondern wirklich anhand von Zahlen, Fakten und dem was wir in Steyr wollen als Lenkungs- und Steuerungsfunktion wahrzunehmen.

Wie gesagt, in diesem Sinne, bevor es dazu kommt, was ja relativ absehbar ist, dass jetzt die SP unseren Abänderungsantrag einfach nieder stimmt und dann ihr Antrag beschlossen wird, macht das wenig Sinn und dann wäre es schon geschickter, das Ganze zuzuweisen an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Würden Sie aber diesem Abänderungsantrag zustimmen, würde im Endeffekt nichts passieren, außer, dass man in der nächsten Sitzung bis zum 13. November wirklich Zahlen, Daten, Fakten hat und dann auch tatsächlich seriös eine Verordnung beschließen kann und jetzt nicht in einer Husch-Pfusch-Aktion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr GR Eichhübl. Bitte sehr.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich hätte an und für sich jetzt die Absicht gehabt mich zum Abänderungsantrag zu Wort zu melden. Nachdem aber ein Geschäftsordnungsantrag eingebracht wurde vom Kollegen Apfelthaler, will ich nur in einem Satz die Begründung der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion formulieren, wie wir zu dieser Geschäftsordnung bzw. zu diesem Antrag laut Geschäftsordnung stehen. Und zwar ist da in der

vorhergehenden Diskussion von einigen SPÖ-Mandataren insbesondere darauf hingewiesen worden, dass nicht nur die gesamte Opposition, aber vor allen Dingen auch die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion, und das war ja vorauszusehen, hat ja ein Mandatar gesagt, dagegen sein wird, gegen den Antrag der sehr ausführlich bereits diskutiert wurde und wie gesagt den Inhalt hatte, nächstes Jahr keine Indexanhebungen bei den angeführten Tarifen durchzuführen. Ich stelle jetzt fest, dass die Möglichkeit besteht für die SPÖ-Fraktion die Argumentation von uns aufzunehmen, die dahingehend lautet, dass wir ja nicht grundsätzlich dagegen waren, gegen diesen Antrag, sondern einen Erweiterungsantrag gebracht haben, der Ihnen allen vorliegt, und über den man durchaus in einem Ausschuss diskutieren könnte. Und damit wäre aber auch gewährleistet, dass es nicht so ist, dass die Opposition, insbesondere die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion, alles ablehnt was man schon im Vorhinein gewusst hätte, angeblich, sondern, dass es ja bisher so war, und ich erinnere an den Antrag den wir eingebracht haben, dass die SPÖ-Fraktion dagegen war. Und da können Sie jetzt beweisen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie auch für diesen Geschäftsordnungsantrag sind auf Zuweisung an den zuständigen Ausschuss Finanz und Recht, damit wir tatsächlich noch einmal darüber diskutieren. Ich bin durchaus bereit dem zuzustimmen, ebenso meine beiden Fraktionskollegen. Wie gesagt, ich darf auch Sie bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Kollege Mayrhofer bitte.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Ja, ich kann mich durchaus mit dem Vorschlag vom Herrn Apfelthaler anfreunden, weil uns nichts davon läuft. Auch wenn heute ein Beschluss gefasst wird, eine Auswirkung für den Bürger hat es vor 1. 1. 2009 nicht. D. h., ein vernünftiges Vorgehen ...

STADTRAT
WALTER OPPL:
Doch, hat es schon.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
20 Euro bei der Brennstoffaktion.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Bei den Kindergartentarifen hat es auch eine Auswirkung.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
D. h., wir würden ebenfalls vorschlagen, nachdem wir nicht der Meinung sind, dass unser Abänderungsantrag das allein gültige Evangelium ist, dass wir darüber reden, ob wir nicht gemeinsam eine noch bessere Lösung finden. Ich würde ebenfalls vorschlagen, dass sich alle Fraktionen an einen Tisch zusammensetzen sollten und mit der Beamtenschaft eine vernünftige Lösung finden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Herr Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ja, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Hie und da glaubt man, wenn man so lange, seit 1990 bin ich im Gemeinderat und habe viele Debatten und Diskussionen und Entwicklungen erlebt und habe geglaubt, es kann eigentlich nicht mehr viel Neues kommen. Aber man täuscht sich immer wieder. So etwas habe ich eigentlich noch nie erlebt. Wir bringen einen Antrag ein, wo

ich schon behaupten möchte, dass der sehr durchdacht ist und auch berechnet ist. Wir wissen ganz genau um was es geht. Es geht hier um eine Entlastung für die Steyrerinnen und für die Steyrer. Und das ist nicht irgendwo einfach aus dem Ärmel herausgeschüttelt, sondern wir haben da schon darüber nachgedacht und überlegt, wo wir hier auch für sozial Schwächere, und um das muss es auch letztendlich gehen, dass die auch von diesem Beschluss, auch wenn ich schon weiß, dass das nicht was weiß ich wie großartig ist, aber doch wenn einmal etwas nicht teurer wird, das auch in der Brieftasche spürbar ist. Also, wir haben das schon durchdacht. Aber, dass dann ein Abänderungsantrag von der Opposition, von der vereinten Opposition, weil so schnell habt ihr euch noch nie einigen können in einer halben Stunden, das ist ja abgesprochen und das ist so vorbereitet ...

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Wir sind halt flexibel.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ja, das macht mir eh nichts aus. Ich kritisiere das auch gar nicht, weil das steht mir gar nicht zu. Ob du beim Kollegen Mayrhofer Fraktionsvorsitzende wirst oder nicht ist mir so egal, das geht mich auch nichts an, das ist eure Entscheidung.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich glaube jetzt bringst du etwas durcheinander, Gerhard.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, ich bringe nichts durcheinander, weil man sieht es ja.

Aber, dass dann ein Abänderungsantrag eingebracht wird, das ist auch noch legitim. Das ist auch zu erwarten gewesen, wenn wir einen guten Vorschlag bringen, dass man nicht noch etwas anderes bringen kann, weil das ist ja üblicherweise, das ist ja nicht überraschend, dass man dann, wenn wer was vorschlägt, noch als Opposition aufdoppelt. Das ist auch noch legitim, dass man das als Opposition macht. Dass ihr alle darauf unterschreibt, das ist auch schön, wenn man sich darüber so einig ist. Aber ohne, dass wir es überhaupt debattiert haben. Ihr habt noch gar nicht gewusst, was wir dazu sagen, da kommt ihr schon daher und sagt, einen Antrag zur Geschäftsordnung und wollt ihn absetzen. Euren eigenen Antrag wollt ihr gleich von Haus aus, den ihr gerade gebracht habt vor einer dreiviertel Stunde, ist es ein Blödsinn gewesen was ihr gebracht habt? Ihr habt ja gar nicht darüber debattieren wollen. Wir werden eh noch die Gelegenheit haben, weil wir werden dem Geschäftsordnungsantrag nicht zustimmen.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Sogar das haben wir schon gewusst.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich muss einmal zu euch kommen, wenn ihr euer inspiratives Treffen habt, da möchte ich einmal dabei sein.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Konspirativ!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Konspiratives Treffen, jawohl Frau Professor.
Aber ich kann mir das erlauben, dass ich einmal einen Versprecher habe.

Da möchte ich einmal dabei sein und möchte mir von euch meinen gesundheitlichen Zustand voraussagen lassen, weil ihr wisst alles schon im Voraus.

Aber dass dann das kommt und du hast gesagt, du musst dich schämen für so manche Dinge herinnen. Also ich muss es dir ehrlich sagen, ein bisschen kann ich das fast nachvollziehen, dass wir uns nicht einig sind über gewisse inhaltliche Dinge, das verstehe ich. Das ist auch legitim. Zudem sind wir halt unterschiedliche Parteien, unterschiedliche Fraktionen und wenn wir nicht unterschiedliche Auffassungen hätten, dann könnten wir 2009 eh als eine Fraktion kandidierten, dann bräuchten wir keine getrennten Fraktionen mehr sein und dann wäre es für den Bürger auch leicht, sich zu entscheiden, wenn eh dieselben alle herinnen sitzen. Aber mir geht es fast ähnlich wie dir. Zuerst zwei Stunden darüber debattieren, über unseren Antrag, dann bringt ihr einen Abänderungsantrag und dann einen Antrag zur Geschäftsordnung den Antrag abzusetzen. Das ist nicht unbedingt ein Ruhmesblatt. Gott sei Dank haben wir heute keine große Anzahl von Zuhören. Es kommt eh auf, ist klar, weil die Journalisten sind ja noch da, die schreiben das. Ich hoffe, dass es richtig geschrieben wird, dass, die einen Antrag einbringen wissen, nach einer dreiviertel Stunde, es ein Blödsinn ist, dass sie ihn wieder absetzen werden.

Also, zum anderen Antrag werden wir noch debattieren. Ich möchte inhaltlich zum Abänderungsantrag noch nichts sagen, da habe ich die Gelegenheit nachher noch dazu. Wir werden diesem Geschäftsordnungsantrag natürlich keine Zustimmung geben. Wir wollen heute einen Beschluss fassen und wir wollen das vorbereiten und so schnell wie möglich die Steyrerinnen und Steyrer von diesem Antrag von uns auch eine Entlastung bringen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung, Zuweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, FPÖ, 1 Grüne (GR Apfelthaler), Bürgerforum Steyr. Wer ist dagegen? SPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? 1 Grüne (GR Fanta). Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt wieder zum Hauptantrag und zum Abänderungsantrag. Wer wünscht dazu das Wort? Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe also doch noch die Gelegenheit, nachdem ich ja vorher schon über den Hauptantrag mich sehr ausführlich geäußert habe, über den Zusatzantrag einiges zu sagen. Ich habe mich vorhin an die Spielregeln gehalten, nachdem es ja bekannt ist, dass, wenn ein Geschäftsordnungsantrag eingebracht wird, man natürlich nicht mehr über die vorliegenden Anträge diskutieren darf und nur mehr über den Geschäftsordnungsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Sehr richtig.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Danke, Frau Vizebürgermeisterin, dass Sie das bestätigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stelle schon fest, dass die Argumentation vom Kollegen Bremm absolut nicht den Tatsachen entspricht,

wenn er jetzt sozusagen darstellt, die Opposition hätte sich blamiert, weil sie jetzt selbst ihren Antrag mehr oder weniger zurückgezogen hat und nun verlangt, das im Ausschuss zu behandeln. Das ist ein Beweis dafür, dass es uns Ernst ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es uns Ernst gewesen wäre, gemeinsam etwas für die Bevölkerung etwas zu tun ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Warum habt ihr ihn dann nicht gleich gestellt?

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wir halten uns an die Spielregeln. Offensichtlich ist es doch nicht so wie der Herr Bürgermeister und der Herr Kollege Bremm vermutet haben, dass wir uns da tagelang vorbereitet haben, weil sonst wäre der Antrag nicht vom Kollegen Apfelthaler so eingebracht worden. Also, so intensiv dürften die Beratungen doch nicht gewesen sein. Nur zur Darstellung der Fraktion die ja die stärkste Mannschaft im Rathaus stellt und die offensichtlich in letzter Zeit hellseherische Fähigkeiten entwickelt.

Also wie gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren, uns war es wirklich ein ernstes Anliegen, nicht jetzt den Antrag der Mehrheit abzulehnen, sondern diesen zu erweitern, weil wir nach wie vor die Auffassung vertreten, wenn man tatsächlich für die Bevölkerung eine Entlastung möchte, dann soll es auch sinnvoll sein und nicht ein fiktives Versprechen in die Zukunft hin. Das ist ein fiktives Versprechen von dem die Bürger in Wahrheit kaum etwas haben. Ich sage gar nicht, nichts haben, aber kaum etwas haben. Daher haben wir uns überlegt, wie man der Bevölkerung tatsächlich und wirksam helfen kann und das wäre selbstverständlich in Form dieses Abände-

rungsantrages möglich. Das wäre selbstverständlich möglich und insbesondere wäre es möglich, und ich habe das bereits in meiner ersten Wortmeldung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass man bei jenen Gebühren die in letzter Zeit am meisten angehoben worden sind, nämlich die Kanalbenutzungsgebühren und die Wasserbezugsgebühren, etwas machen könnte und zwar in einer Größenordnung einer Entlastung in diesen beiden Bereichen von 300.000 Euro. Ich habe das bereits begründet. Ich möchte jetzt nicht wieder von vorne anfangen, die Begründung habe ich bereits gesagt, weil es durchaus möglich wäre, und das ist ja eigentlich was ich vorhin gesagt habe, aufgrund dieser Kalkulation ist es ja durchaus möglich, ohne dass man jetzt lange darüber nachdenkt wie man diese Mittel aufbringt, tatsächlich den Bürgern zu helfen, weil nach wie vor meine Ansicht die ist, dass man im Bereich des Wasserbezuges eine Summe hat die in der Größenordnung von 1,3 Millionen Euro liegt, zumindest laut Geschäftsbericht 2007, und zwar auf der Gewinnseite, wo man nicht nur die Investitionen tätigen kann sondern auch selbstverständlich die Verlustabdeckung der Bäder und Kunsteisbahn inkludiert hat und dazu noch, wie ich vorhin auch bereits erwähnt habe, 257.000 Euro an Gewinn erwirtschaftet. Daher wäre es durchaus möglich, da etwas für die Bevölkerung zu machen. Ebenso gilt diese Argumentation, meinerseits, für den Bereich der Kanalbenutzungsgebühr. Wie gesagt, ich bedaure es sehr, ich bedaure es wirklich, dass es nicht möglich war gemeinsam der Bevölkerung zu zeigen, dass wir Interesse daran haben eine wirkliche Entlastung durchzuführen und nicht einen Antrag, der kurz vor der Wahl eingebracht wird, obwohl der Kollege Bremm sagt, das hat natürlich nichts mit der Wahl zu tun, aber tatsächlich ist es, und ich betone das nochmals, keine wirksame Hilfe, son-

dern dient nur dazu, einige Wählerstimmen mehr für die SPÖ bei der kommenden Nationalratswahl zu erreichen. Das ist der Grund.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Herr Vizebürgermeister Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ja, meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Zur vorigen Debatte möchte ich noch einmal kurz anschließen, weil die 700.000 Euro die das Paket umfasst, auch vom Kollegen Payrleithner gefragt worden, wo wird denn das eingespart, wenn das ein seriöser Vorschlag ist, dann muss man auch wissen, wo man das einspart. Natürlicherweise sind wir schon an einem Punkt angelangt, wo man halt entscheiden muss was ist ganz wichtig, was ist wichtig und was ist nicht unbedingt ganz so wichtig. Dort wird man in der Politik in Zukunft stärker Schwerpunkte setzen müssen. Das wird auf uns zukommen. Wir haben heute eh noch einen Antrag wo wir sehen, im Sozialbereich haben wir gewaltige Kostenexplosionen ohne dass wir es wirklich in einem hohen Ausmaß beeinflussen können. Vielleicht in ein paar Dingen mit Prävention und mit Maßnahmen wird man schon ein bisschen dagegen wirken, aber in Wirklichkeit haben wir nicht dort die große Möglichkeit, dass man das dementsprechend einschränken kann. Da werden wir uns wahrscheinlich auch in der Zukunft so manche Dinge überlegen müssen ob man die macht oder nicht und da wird man sich auch in den Fraktionen unterscheiden. Es ist natürlich wichtig, dass man Straßen hat. Es ist wichtig, dass man andere Einrichtungen hat, aber man muss sich dann fragen, ob es wichtig ist, ob man ein

Pflegeheim hat, ob wir unsere Kinder anständig betreuen können, ob wir jene, die wirklich am Rande der Fahnenstange sind, kräftig unterstützen muss. Das wird man sich in der Politik überlegen müssen und wir werden uns halt dabei überlegen, weil du es gesagt hast, na, dann werdet ihr halt beim Mayrhofer wieder herunter streichen. Da geht es nicht um den Mayrhofer. Der Mayrhofer ist nur einer von 36, so wie der Bürgermeister, der Apfelthaler, der Bremm oder die Fanta oder sonst wer. Wir sind jeder Einzelne nur einer von 36 und nicht mehr und wir streichen nicht beim Mayrhofer etwas herunter, sondern wir werden überlegen müssen was wichtiger ist für die Bevölkerung, ob wir ein Pflegeheim haben, ob wir Sozialeinrichtungen haben oder ob wir überall topp asphaltierte Straßen haben. Was ist wichtiger für die sozial Schwächeren? Das wird man sich dabei überlegen müssen. Das soll gar keine Vorwarnung für die Budgetdebatte sein. Es ist auch zu überlegen, was für die Bevölkerung in Steyr wichtiger ist, ob wir eine komfortable Aufstiegshilfe auf den Tabor machen, was ja super ist. Ich finde so etwas toll. Das ist überhaupt keine Frage. Ich habe das in Lissabon erlebt, das ist eine ganz klasse Aufstiegshilfe. Oder in Graz haben sie auch eine tolle Aufstiegshilfe. Aber das ist eine Frage, was ist uns wichtiger? Sind uns die Kindergärten wichtiger? Sind uns die Schulen wichtiger? Sind und die Pflegeheime wichtiger? Sind uns die sozial Schwächeren wichtiger oder, dass man halt klasse auf den Tabor fahren kann? Ich fahre zwar mit dem Aufzug super auf den Tabor hinauf, aber im Geldtascherl habe ich nichts drinnen. Also, da wird man Schwerpunkte in Zukunft in der Politik setzen müssen. Das Geld wird nicht mehr. Wir sehen es eh, dass halt die finanzielle Situation immer äußerst angespannt ist obwohl wir uns in einer Hochkonjunktur befinden. Das glaube ich erst dann,

wenn wir in eine Rezession schlittern. Wer weiß was daher kommt jetzt. Schauen wir uns die Weltwirtschaft an was sich da tut, die Finanzkrise. Ich habe es heute schon einmal erwähnt. Also, da wird man überlegen müssen. Wir werden alle Anstrengungen machen, um die 700.000 Euro, die hier zur Debatte stehen, dass wir die im nächsten Budget irgendwo versuchen einzusparen. Da werden wir halt auch unterschiedliche Auffassungen haben. Ich kenne die Debatte eh. Ihr werdet sagen, bei den Personalkosten müssen wir das einsparen, bei den Magistratlern, denen sollen wir die Haare schneiden, dort ist es egal, da nehmen wir die 700.000 herunter aber dafür haben wir eine Klasse Aufstiegshilfe. Also, da werden wir noch die Diskussion darüber zu führen haben. Zum Thema Reithoffer. Ich setze mir da überhaupt kein Denkmal.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
13 Millionen Euro!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich versuche nur in meiner Zuständigkeit, auch in meiner Funktion, wirtschaftlich zu denken. Ich glaube, das kann mir in dem Kreis kein Mensch absprechen, dass ich nicht wirtschaftlich denke, weil das habe ich gelernt, das habe ich auch als Betriebsrat machen müssen und auch als Gewerkschafter und das mache ich auch hier in meiner politischen Funktion. Es war gescheit.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
13 Millionen Euro!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wir waren uns alle einig. Der gesamte Gemeinderat war sich einig, lieber Gunter Mayrhofer. Du warst, ich weiß

nicht, warst du schon dabei? Dann geh dich beschweren zu deinem Vorgänger dem Holub Karl. Es waren sich alle einig, dass wir das Reithofferhaus um 10 Millionen Schilling im Jahr 1995 kaufen. Es waren sich alle darüber einig, das möchte ich schon noch einmal betonen, weil ich lasse das nicht an mir hängen, ich will mir da ein Denkmal setzen. So ein Blödsinn. Kein Mensch kann sich ein Denkmal setzen, weil ich bezahle es ja nicht selbst, das zahlen wir von den Steuergeldern und den Subventionen die wir bekommen. Es waren sich alle einig, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass die Musikschule ins Reithoffer kommt. Und das war nicht eine Rote Entscheidung von Steyr, sondern das war auch mit dem Land OÖ, mit deiner Partei ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Die Freiheitlichen waren auch nicht dabei, die sind nämlich ausgezogen aus dem Gemeinderat.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Die haben sich ausgezogen. Na gut, das ist schon ein paar Mal ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das ist alles ein Blödsinn was du sagst.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ihr seid schon ein paar Mal ausgezogen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Um 10 Millionen kaufen wir es und um 150 Millionen Schilling bauen wir es um.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Es ist die einhellige Auffassung gewesen, dass die Musikschule in das Haus hinein kommt. Die Musikschule benötigt 1 ½ Stockwerke. Es hat klar sein müssen, dass man da was anderes auch noch hinein gibt und dass man das Haus nicht so lassen kann, wenn die Musikschule drinnen ist. Oder Kollege Apfelthaler? Da waren wir uns schon klar darüber, dass man das machen muss. Jetzt haben wir gesagt, machen wir eine wirtschaftlich vernünftige Lösung, dass wir das Sozialamt nicht mehr um 2 ½ Millionen Euro sanieren, weil das ist geplant gewesen, und dass wir die Außenstellen, die wir am Stadtplatz zu ja nicht unbedingt gerade Sozialtarifen eingemietet haben, das sind ja wesentliche Flächen, dass wir die wieder zurück holen herein ins Haus, wenn wir dort draußen ein zweites Amtshaus, einen Teil der Fläche für ein zweites Amtshaus verwenden und sparen uns dort das Geld ein. Und es ist wirtschaftlich nachweisbar, dass sich das innerhalb von 20 Jahren auf alle Fälle amortisiert hat. Wirtschaftlich weißt du, bei solchen Investitionen ist eine ganz normale Amortisationszeit von 20 Jahren doch eine sehr beachtliche und ist keine schlechte. Also, die Entscheidung war schon gescheit und nicht, weil ich dort unbedingt glaube das Reithoffer muss sein. Wenn du mich fragen würdest, ich hätte es eh nicht gekauft. Aber es ist natürlich auch schön. Es gibt auch zwei Seiten dabei. Die öffentliche Hand hat auch die Aufgabe solche Kulturbereiche zu erhalten und zu schauen, dass sie saniert werden. Gerade du als für das Stadtbild und Stadtpflege Zuständiger ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Darf ich eine Frage stellen? Du hast gerade gesagt, du hättest es nicht ge-

kauft. Hast du jetzt mitgestimmt zum Kauf ja oder nein?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, weil ich in dem Jahr nicht im Gemeinderat war. Darum tu ich mir auch leicht.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Gut. Das möchte ich nur gesagt haben, weil er gesagt hat, ich will mir da ein Denkmal setzen. Das ist nicht so.

Zum Kurt Apfelthaler. Ich gebe dir Recht, kein Mensch hat das Soziale gepachtet. Da bin ich schon bei dir. Aber eines als Sozialdemokraten nehmen wir für uns schon in Anspruch, dass wir in der ganzen Entwicklung und in der ganzen Zeit der Sozialdemokratie schon immer im Wesentlichen die Interessen der kleineren Leute versucht haben zu vertreten. Wir haben auch ...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Warum gibt es dann so viele Arme? Warum verdienen die Frauen noch immer weniger als die Männer? Da könnte ich so eine Liste machen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wir haben auch sozialpolitisch riesige Errungenschaften, von denen wir heute sagen es ist selbstverständlich, als Sozialdemokraten erreicht. Ich will gar nicht sagen, dass die ÖVP auch nicht sozial ihre Schwerpunkte hat. Die Grünen, ihr habt sie auch irgendwo. Aber wir haben sie natürlich schon in einem hohen Ausmaß in der geschichtlichen Entwicklung gezeigt und auch so praktiziert. Das Thema wird nie zu Ende sein, das wird es immer geben und es wird immer, leider Gottes, sozial

Schwächere geben. Wir sind auch als Gemeinderat keine Sozialhilfeempfänger, aber es ist trotzdem unsere Aufgabe. Die hat es sowieso nie gegeben. Im Gemeinderat der Stadt Steyr ist noch nie einer gesessen der Sozialhilfeempfänger war.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Der hätte eh anders reagiert.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Es ist aber trotzdem unsere Aufgabe, auf die sozial Schwachen zu schauen und vor allem die sozial Schwachen zu sehen und für die auch zu reden und zu handeln.

Zum Abänderungsantrag, also wie er formuliert ist, der Kollege Mayrhofer hat ihn eh vorgelesen, alleine schon sieht man ja, dass es gar nicht eine ernstliche Absicht gewesen ist zu einem Konsenspapier zu kommen, weil nur die Einleitung alleine ist natürlich, ja, ich möchte da gar nicht wesentlich darauf eingehen, aber, dass die SP in Steyr da verantwortlich ist und hauptverantwortlich ist, dass die Steyrerinnen und Steyrer immer weniger Geld im Geldtascherl haben, also, da alleine ist schon sehr viel Polemik dabei und das möchte ich auch gar nicht mehr anders kommentieren. Die anderen Punkte die angeführt worden sind, wir haben nicht geredet davon, dass wir eine Senkung der Gebühren vornehmen wollen, sondern wir wollen keine Indexerhöhung für 2009 vornehmen und nicht die Kanal- und Wassergebühren um 300.000 Euro absenken. Ich meine, wenn wir das machen würden, da nimmt uns wirklich keiner ernst. Die Kindergartentarife sollen wir wieder über den Haufen hauen und sollen überhaupt neue beschließen. Also, in Wirklichkeit war dieser Abänderungsantrag nicht ernst gemeint, sondern man hat halt da nur versucht

eine politische Debatte zu führen um unseren Antrag da auch ins schiefe Licht zu bringen oder unseren Antrag da auseinander zu nehmen. Ich glaube, unser Antrag ist seriös und ich hoffe doch, dass sich der Gemeinderat dazu aufrafft bei diesem Antrag mitzustimmen. Ansonsten muss man sagen, ihr seid nicht dafür.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Einen Moment bitte, der Frau Dr. Braunsberger geht es nicht gut.

Wir machen eine kurze Sitzungsunterbrechung.

GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner verlässt um 17.15 Uhr die Sitzung.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 17.15 UHR bis 17.25 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich ersuche die Plätze einzunehmen, wir setzen die Sitzung fort. Die Frau Braunsberger liegt beim Bürgermeister im Büro und wird in Kürze von ihrem Gatten abgeholt.

Nächster ist Herr GR Altmann. Bitte sehr.

GEMEINDERAT

DI CHRISTIAN ALTMANN:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die Diskussion nicht noch länger verbreitern, ich möchte es vielleicht aus unserer Sicht noch einmal zusammen fassen. Was hier im Antrag der SP-Mehrheitsfraktion vorgesehen ist, ist ein Belastungsstopp aber keine wirklichen substanziellen Entlastungen, weil die Auswirkungen die die Bürgerinnen und Bürger im Geldbörsel spüren werden zu den Belastungen, so wie sie es jetzt haben, werden es halt keine

sein, mit Ausnahme des Heizkostenzuschusses, einmalig diese 20 Euro. Ich denke mir, das sollte man dem Bürger auch klar sagen, dass das ein Belastungsstopp ist und dass da keine substanziellen Entlastungen drinnen sind.

Wozu ich wirklich aufrufen möchte, dazu ist das Thema wirklich glaube ich zu ernst, dass man es polemisch diskutiert, sondern ich möchte noch einmal aufrufen, dass man gemeinsam in einem Ausschuss darüber berätet und wirklich versucht nachhaltige Maßnahmen zu diskutieren und zu verabschieden, die den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Steyr wirklich eine Entlastung bringen und nicht nur einen Belastungsstopp. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich würde den Bürgermeister um das Schlusswort bitten.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach 3 ½ Stunden Diskussion und doch sehr viel Polemik, wie ich schon erwähnen möchte, kommen wir jetzt zum Thema Abstimmung. Ich möchte aber noch auf ein paar Themen hinweisen, die heute diskutiert worden sind, wo ich sage, für mich war es ja hoch interessant, dass einmal diese komplett neue Spielart gewählt worden ist, dass man sagt, man macht einen Abänderungsantrag und dann macht man einen Antrag zur Geschäftsordnung. Das war auch noch nie da. Wenn jetzt der GR Altmann meint, die Gemeinsamkeit sollte man in Zukunft wieder in den Vordergrund geben, es hat in der Vergangenheit immer wieder Anträge von verschiedensten Fraktionen gegeben, bei uns im Gemeinderat,

die sind auch vorher mit niemanden abgestimmt worden, sondern die sind einfach im Gemeinderat behandelt worden und so wie in der Vergangenheit hätten wir das heute auch gemacht. Man muss auch ganz klar dazu sagen, dass dieser Antrag von der SP wohl überlegt war und gut vorbereitet. Bereits vor dem Sommer habe ich mit den Beamten Gespräche geführt, und auch mit dem Finanzdirektor Lemmerer habe ich Gespräche geführt, welche Maßnahmen gesetzt werden könnten, damit hier eine Entlastung der Bevölkerung erreicht wird. So ist es ja nicht, wie Sie sagen, dass das ein Belastungsthema ist, mit Ausnahme des Heizkostenzuschusses, sondern alles was mit Gebührenstopp zusammenhängt wirkt langfristig. Das wirkt langfristig und für die Zukunft, weil ja ein Jahr ausgesetzt wird mit dieser Erhöhung und die nächsten Jahre das natürlich nicht zur Wirkung kommt. Das muss man schon ganz klar sagen, die Initiative dafür kommt von der SP. Vielleicht können Sie mit dem Thema nicht so gut umgehen, dass wir gesagt haben, wir sind als Erste mit diesem Antrag gekommen und haben gesagt, okay, wir wollen das haben, wir wollen eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr. Und das wird heute mit der Abstimmung höchstwahrscheinlich auch so umgesetzt werden.

Wenn ein GR Payrleithner sagt, na, nach der Wahl schaut alles ganz anders aus. Wir haben heute eine Abstimmung und dieser Beschluss wird dann umgesetzt. Also, da gibt es nachher nicht irgendeine Diskussion ob das dann doch nicht gemacht wird oder sonst irgendetwas, das wird mit Sicherheit so umgesetzt und kommt jedem einzelnen Bürger und jeder Bürgerin der Stadt Steyr zu Gute. Die soziale Treffsicherheit, oder wenn man sagt, dass die richtigen Leute diese Einsparungen erreichen, da muss man auch ganz klar dazu sagen, jeder Ge-

bühnenstopp kommt jeden, der Bezieher von Wasser, Kanal oder Ähnlichem ist, kommt jedem Einzelnen zu Gute und das ist mit Sicherheit die richtige Maßnahme und vom Heizkostenzuschuss brauchen wir gar nicht reden, das ist für mich sowieso selbstverständlich.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister, eine Frage bitte noch, ich habe mich nicht mehr zu Wort melden dürfen ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Dürfen schon.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, nicht mehr, 2 Mal.

Aber ich hätte noch eine Frage, nachdem du schon das Schlusswort hast und darauf hingewiesen hast, wir reden schon 3 ½ Stunden darüber, du hast bereits vor dem Sommer schon Gespräche mit den Beamten geführt, kannst du uns jetzt wenigstens sagen, wie diese 700.000 Euro finanziert werden, wo sie weggestrichen werden im Budget?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich kann dir jetzt schon sagen, dass wir jetzt bereits diskutieren über das Budget für das nächste Jahr und da werden wir bei jedem Punkt sehr genau darauf achten, dass nächstes Jahr diese Einsparungen irgendwo reinkommen und da wird es mit Sicherheit sehr gute Vorschläge geben.

Diskussion verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir haben jedes Jahr bewiesen, dass wir einen Budgetvollzug machen der sich in der Öffentlichkeit sehen lassen

kann und der für die Stadt Steyr mit Sicherheit ein sehr positiver war. Ich möchte auch dazu sagen, die SP hat, im Gegensatz zu vielen anderen Fraktionen, immer sehr wohl darauf geachtet, dass es einen Budgetvollzug gibt der, wenn ich nur erinnern darf an den Rechnungsabschluss der letzten Jahre, absolut in Ordnung war und wo wir auch kaum Überschreitungen gehabt haben. Es ist halt einmal so, dass die größere Fraktion in diesem Haus die Verantwortung für das Budget trägt und diese Verantwortung nehmen wir auch entsprechend wahr. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen und das werden wir auch in Zukunft so machen. Ich bitte um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Gut. Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst kommen wir zur Abstimmung über den Abänderungsantrag des Bürgerforums, der ÖVP, der Freiheitlichen und der Grünen. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, FPÖ, 1 Grüne, Bürgerforum Steyr. Wer ist dagegen? SPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? 1 Grüne (GR Fanta). Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Hauptantrag. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und 2 FPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? ÖVP, Grüne, 1 FPÖ (GR Eichhübl). Wer ist dagegen? Niemand. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Danke, damit kommen wir zum nächsten Punkt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Global-Personalleasing GmbH. Und zwar hat es 2004 einen Konkurs gegeben und da gibt es Abgabenrückstände in der Höhe von 38.742 Euro. Ich bitte diesen Abgabenrückstand entsprechend abzuschreiben.

2) Gem-2/05

Global-Personalleasing GmbH; 4400 Steyr, Johann-Puch Straße 15; Abschreibung offener Forderungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 4. August 2008 wird die Abschreibung der offenen Forderungen gegenüber der abgabepflichtigen Global-Personalleasing GmbH, 4400 Steyr, Johann-Puch Straße 15, in der Höhe von insgesamt Euro 38.742,78 gemäß § 181 der OÖ Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 107/1996 i.d.g.F., genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Steyr). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Beim meinem dritten Antrag geht es um das SLR-Gusswerk II Betriebs GmbH und SLR MetallbearbeitungsGmbH. In der Gusswerkstraße 5. Diese Firma hat Investitionen getätigt in erheblicher Höhe und zwar in Höhe von 3.546.000 Euro. Es wurden dazu entsprechende Kredite aufgenommen und wir werden für diese Firma eine Gewerbeförderung in der Höhe von 72.300, verteilt auf 5 Jahre, auszahlen. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

3) Fin-192/08

SLR-Gusswerk II Betriebs GmbH und SLR MetallbearbeitungsGmbH; Gusswerkstraße 5, 4400 Steyr, Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 2. September 2008, wird den Firmen SLR Gusswerk II Betriebs GmbH und SLR MetallbearbeitungsGmbH, Gusswerkstraße 5, 4400 Steyr, für die in den Maschinenpark getätigten Investitionen in der Höhe von ca. Euro 3.546.000,-- (exkl. MWSt.), zu den Darlehen bei der VKB Steyr und der Bank Austria-Creditanstalt in der Höhe von insgesamt Euro 1.630.000,-- ein 2%-iger Zinsenzuschuss auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von Euro 72.300,-- verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck wird bei VASSt 5/782000/755000 ein Betrag in der Höhe von Euro 14.600,-- für das Rechnungsjahr 2008 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Danke, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

In meinem vierten Antrag geht es um den Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges TLF 1500 für die Freiwillige Feuerwehr, Löschzug 3. Die genauen Details sind im Antrag erläutert. Es geht um eine Summe, die wir heute beschließen, von 135.000,-- Euro und nächstes Jahr den Rest von 165.756,-- Euro. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

4) FW-9/08

Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges „TLF 1500“ für die Freiwillige Feuerwehr Steyr, Löschzug 3.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 28. 07. 2008 wird der Auftragsvergabe an den Bestbieter, Fa. Rosenbauer, Leonding, zum Preis von Euro 300.756,00 inkl. USt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden im Rechnungsjahr 2008 Mittel im Ausmaß von

135.000,--

(hundertfünfunddreißigtausend)

bei der VA-Stelle 5/163000/040000 freigegeben.

Der Restbetrag von Euro 165.756,00 ist im Budgetjahr 2009 zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 109.700,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Danke, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem letzten Antrag geht es um den Bericht der Kontrolle und Revision, Jahresbericht 2007. Ich bitte um Diskussion bzw. Beschlussfassung.

5) Rp-1/07

Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2007 gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision vorgelegte Jahresbericht für 2007 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr GR Altmann bitte.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte, genauso wie es mein Vorgänger hier immer gehalten hat, der auch im Prüfungsausschuss war, der Walter Gabath, auch einmal Lob und Anerkennung aussprechen an die Beamten des Kontrollamtes für ihre gewissenhafte und akribische Arbeit. Anerkennung auch deswegen, weil diese Form der Wertschätzung der Arbeit des Kontrollamtes im Magistrat keine Selbstverständlichkeit zu sein scheint. Ich möchte das in meiner vorliegenden Wortmeldung ein bisschen begründen. Und zwar hat es auch in der jüngsten Kontrollausschusssitzung wieder einige Punkte gegeben aus denen wir alle gemeinsam sicherlich ableiten können, dass diese Wertschätzung der Arbeit des Kontrollamtes nicht unbedingt ange-deiht wird. Und zwar betrifft es im ersten Punkt diese Rückmeldungen auf Ansuchen um Stellungnahme zu Prüfberichten des Kontrollamtes. Wir haben in jedem Prüfbericht eine Liste hinten auf den letzten zwei Seiten, wo wir Berichte des Kontrollamtes haben, wo andere Magistratsabteilungen um Stellungnahme aufgefordert werden und diese Liste wird immer länger. Wir haben schon wiederholt im Prüfungsausschuss darauf hingewiesen, dass diese Punkte zu behandeln sind und der Magistratsdirektor dafür Sorge tragen möchte, dass diese angesprochenen Magistratsabteilungen doch bitte auch tunlichst auf die Berichte des Kontrollamtes zu reagieren haben. Es

gibt auch ein aktuelles Beispiel aus der letzten Prüfungsausschusssitzung und zwar betrifft das die Änderungen der Subventionsrichtlinien. Da hat das Kontrollamt aufgrund einer Selbstinitiative den Versuch gestartet diese unzähligen Subventionsrichtlinien, diese unterschiedlichen die wir in der Stadt haben, zu harmonisieren. Es ist da ein Vorschlag erarbeitet worden. Dieser neue Vorschlag ist an 40 Fachabteilungsleiter und Geschäftsbereichsleiter ausgesendet worden und zum Zeitpunkt der Sitzung des Kontrollausschusses hat genau eine einzige Fachabteilung eine Rückmeldung dazu gegeben. 40 sind angeschrieben worden, sind um Rückmeldung eingeladen worden und eine einzige Fachabteilung hat zurückgeschrieben. Kein zur Kenntnis genommen, kein egal oder sonst irgendetwas, eine einzige qualitative Rückmeldung und sonst gar nichts.

Ein zweiter Punkt voran man auch ableiten kann, dass sozusagen das Kontrollamt nicht unbedingt jene Wertschätzung innerhalb des Magistrates hat, den es meiner Meinung nach verdient, und zwar sind das durchaus teilweise pampige Reaktionen auf Ergebnisse und Prüfberichte des Kontrollamtes. Hier gibt es auch zwei aktuelle Beispiele. Ein aktuelles Beispiel auch eben aus der letzten Prüfungsausschusssitzung, es betrifft das die Einsparung von Stromkosten durch die Anschaffung von Steckerleisten für die PCs. Da wurde vom Kontrollamt penibelst durchgerechnet, dass durch die Anschaffung von Steckerleisten, wo man dann sozusagen auch den Standby-Modus abschalten kann bei den Geräten, die Investitionssumme für diese Steckerleisten sich innerhalb von einem halben Jahr amortisieren und dass bereits nach einem halben Jahr einige tausend Euro an Kosteneinsparung lukriert werden könnten. Im Prüfbericht ist dann eine durchwegs, würde

ich sagen, gehässige Rückmeldung auch einer Fachabteilung drinnen, die dann von Zwangsbeglückung spricht. Also, da frage ich mich schon, wenn sich das Kontrollamt die Mühe macht das sauber durchzurechnen, wenn da ganz klar sozusagen Einsparungen heraus kommen, warum man dann das zulässt, dass innerhalb der Abteilungen so ein Schriftverkehr stattfindet, wo eine Abteilung dann dem Kontrollamt Zwangsbeglückung vorwirft.

Zweiter Punkt, der eine pampige Rückmeldung betrifft, betrifft die Nichtumsetzung eines Gemeinderatsbeschlusses zur Tarifierung im Bereich der Stadtwerke. Da hat das Kontrollamt ganz klar aufgezeigt, dass eben hier die Tarife nicht wie sie im Gemeinderat vorgeschlagen wurden über alle Bereiche angepasst wurden, sondern dass sich der Direktor der Stadtwerke das freihändig ausgesucht hat, wo Gebührenanpassungen stattfinden sollen und wo nicht. Das Kontrollamt hat das berechtigt aufgezeigt, dass das eben nicht zulässig ist und der Direktor schreibt dann dem Kontrollamt zurück, das Kontrollamt würde alles hochstilisieren und zeigt überhaupt keine Einsicht, so nach dem Motto, an einen Gemeinderatsbeschluss muss ich mich nicht halten. Da frage ich mich auch schon, und da komme ich zum dritten Punkt, was für disziplinäre Konsequenzen so eine Nichteinhaltung oder Nichtaufforderung um Stellungnahme auch innerhalb des Magistrates nach sich zieht.

Der dritte Punkt auf den ich mich beziehen möchte betrifft teilweise die fehlende Information über die Umsetzung dann der Empfehlungen die das Kontrollamt herausgefunden hat. Da möchte ich nur ein einziges Beispiel anführen, auch aus der letzten Prüfungsausschusssitzung, betrifft Handyrechnungen. Da hat das Kontrollamt festgestellt, dass das Telefonverhalten im Magistrat in gewissen Bereichen dem eines internationalen Konzerns ent-

spricht, nämlich, dass es einzelne Mitarbeiter in der 4, 5 Führungsebene gibt, die mehrere hundert Euro Auslandsgesprächskosten auf ihren Handyrechnungen drauf haben. Da frage ich mich schon, welche Konsequenzen und disziplinarischen Konsequenzen das nach sich zieht.

Das sind alles Fragen die ich auch gerne im letzten Prüfungsausschuss dem Magistratsdirektor gestellt hätte, leider war er bei zwei Sitzungen von den letzten drei nicht persönlich anwesend und deswegen muss ich die Fragen eben hier stellen. Ich möchte Sie aber im gleichen Zuge wirklich dazu auffordern, in ihrem Verantwortungsbereich dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeit des Kontrollamtes von allen Magistratsabteilungen entsprechende Wertschätzung zukommt, vor allem, dass die wertvolle Arbeit des Kontrollamtes und die vernünftigen Vorschläge die von dort erarbeitet werden, nicht einfach in der Rundablage verschwinden, im Papierkübel entsorgt werden, sondern dass wirklich konsequente Handlungen auch nachgezogen werden. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, mein Dank und vor allem wirklich meine Anerkennung gilt den Mitarbeitern des Kontrollamtes, weil ich denke mir es muss schon sehr frustrierend sein, wenn man von einzelnen Abteilungen im Haus dermaßen ignoriert wird, sprich von den eigenen Leute, wo man nicht einmal eine Rückantwort bekommt und nicht ein-

mal die Antwort, es interessiert uns nicht. Ich gehe ein bisschen ins Detail. Es gibt, Gott sei Dank, und das war einstimmig, auch interessanterweise mit Stimmen der SPÖ, weil auch die SPÖ-Mandatare im Kontrollausschuss hier durchaus einsehen, dass es so nicht weiter gehen kann, und deshalb gab es einen einstimmigen Beschluss, dass wir eine Art follow up haben, d. h., alles was nicht erledigt ist, kommt dann wieder in den Prüfbericht hinten beim nächsten Mal hinein. Ich nehme nur ein einziges Beispiel heraus, das ist bezeichnend. Es gab einen Kontrollamtsauftrag vom 12. 6. 2006, das ist über 2 Jahre her, und da war Gegenstand des Ganzen Überprüfung der Inventarisierung am Magistrat Steyr, Inventarordnung. Und Empfehlung des Kontrollamtes, die Inventarordnung bedarf einer Neuformulierung zum einen, weil die infrage kommenden Beträge noch in Schillingwerten angegeben werden, und außerdem die Umstrukturierung des Magistrates in Geschäftsbereiche mit Fachabteilungen keinen Niederschlag findet. Inzwischen hat es ja eine organisatorische Reform gegeben. Zum anderen, weil Teile dieser Dienstanweisung nicht oder nicht mehr zeitgemäß und nur eingeschränkt exekutierbar sind. So, das war im follow up, Bericht Prüfungstätigkeit 1. Quartal 2007. Dann kommt der Prüfbericht für das Quartal 2003. Dasselbe noch einmal, was ich Ihnen verlesen habe. Dann kommt der Prüfbericht drittes Quartal 2007 ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Da hast du dich aber verredet.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
2. Quartal 2007 und jetzt 3. Quartal ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Du hast gesagt 2003.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Im 1. Quartal 2007 war es drinnen, im 2. Quartal 2007 war es drinnen und nehmen Sie dann den Prüfbericht zur Hand, aus dem Jahr 2007, 3. Quartal, was ist wieder drinnen? Empfehlung des Kontrollamtes, Inventarordnung. Ich lese es Ihnen nicht noch einmal vor, es ist dasselbe, Stellungnahme der Abteilung, keine erfolgt. 4. Quartal detto. So dann ist das Jahr 2007 vorbei gegangen. Jetzt hatten wir Quartalsbericht 2. Quartal 2008 und Sie werden es nicht glauben was in dem follow up immer noch drinnen ist, die Inventarordnung bedarf einer Neuformulierung zum einen, weil die Beträge noch immer in Schilling angegeben werden und außerdem die Umstrukturierung des Magistrates in Geschäftsbereiche mit Fachabteilungen keinen Niederschlag findet. Und Stellungnahme der Abteilung – keine erfolgt. Eineinhalb Jahre, nein, insgesamt in Summe von Beginn der Überprüfung weg, seit 2006 keine Stellungnahme, keine Überarbeitung. Das ist eine Missachtung der Tätigkeit der Mitarbeiter im Kontrollamt. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, wenn es nicht so traurig wäre, dann müsste man daraus ein Kabarett machen, denn das glaubt einem ja keiner. 6 Prüfberichte, die sie in Summe dann haben, und jetzt im 2. Quartal 2008 haben wir noch immer das Gleiche drinnen stehen. Und das ist nur ein Punkt, den ich herausgreife, und da frage ich mich schon ...

STADTRAT
WALTER OPPL:
Hast was anderes auch außer die Inventarordnung?

GR Ute Fanta verlässt um 17.43 Uhr die Sitzung

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Beteiligungsmanagement usw. Walter, die Kontrollamtsberichte sind hinten vollends. Ich nehme dieses Beispiel, Walter, aus einem ganz einfachen Grund, weil hier einfach sichtbar wird, dass es am Willen scheitert, weil es kann mir keiner erklären, dass es nicht möglich ist, eine Inventarordnung von 2006 auf 2008 zumindest von Schilling in Euro umzustellen. Das kann doch nicht die Hexerei sein, dass man sagt, da brauchen wir jetzt 20 Juristen dazu und da sind wir überarbeitet oder sonst etwas und dass vor allem keine Stellungnahmen erfolgen. Das zieht sich jetzt über Jahre hinweg durch den gesamten Kontrollausschuss durch und es wird eigentlich immer schlimmer. Das kann es doch bitte nicht sein und wahrscheinlich habe ich dann im nächsten Kontrollamtsbericht, 3. Quartal 2008 wieder das Gleiche drinnen und keine Stellungnahme erfolgt, meine Damen und Herren, das kann es nicht sein. Der 2. Punkt, Inventarordnung, und das ist ja nicht irgendeine Juxgeschichte, sondern da geht es um Vermögen der Stadt Steyr, das anscheinend nicht ausreichend inventarisiert ist, was wir auch wissen, vieles nicht kompatibel mit den Umstellungen der Magistratseinrichtungen ist - und das sagt ja nicht die Frau Frech, das stellt ja das Kontrollamt fest, 6 bis 7 Mal in Serie und Reaktion = Null und das ist nur ein kleines Beispiel. Sie können sich die ganzen Prüfberichte durchlesen, sie finden ein Beispiel um das andere. Ein weiteres Beispiel dazu, und da wird es für mich schon problematisch, Thema Vorwärts. Beim letzten Prüfungsausschuss stellt sich heraus, da geht es um diese Refundierung von Kommunalsteuer, Lustbarkeitsabgabe usw., ich will gar nicht darüber reden, ob das die Vorwärts hätte bekommen sollen, oder nicht hätte bekommen sollen, aber das Kontrollamt stellt fest, dass in einem Fall –

„dem Refundierungsakt 2007 ist zu entnehmen, dass dem SK Vorwärts Steyr insgesamt € 59.616,63 im Wege der Umbuchung auf das Steuerkonto des SK Vorwärts Steyr refundiert wurden.“ Und jetzt kommt es, „dazu wurde seitens des Kontrollamtes die Auffassung vertreten, dass für diese Refundierung bzw. Subventionierung der Gemeinderat zuständig gewesen wäre.“ Jetzt könnten wir sagen, ist ja egal, ob das der Stadtsenat oder der Gemeinderat ist. Nein, meine Damen und Herren, das ist nicht egal, weil im Gemeinderat gibt es für alle Mandatare ein Akteneinsichtsrecht, und dieses Akteneinsichtsrecht konnten wir in der Causa Vorwärts nicht geltend machen, weil das Thema gar nicht auf der Tagesordnung war. Wäre es 2007 oder schon früher auf der Tagesordnung gewesen, hätten wir schon damals die Akteneinsicht gehabt, die wir uns jetzt erst vor wenigen Monaten erkämpft haben. Da hat man einfach am Gemeinderat hinweg, über alle Akteneinsichtsrechte hinweg einfach andere Personen entscheiden lassen. Das ist nicht der einzige Fall und da frage ich mich schon, wie geht man mit der Demokratie um, wie beschneidet man die Rechte der Mandatare, und das stellt inzwischen auch das Kontrollamt fest. Weil wir heute bei dem Thema waren, der Kollege Bremm sagt das ja immer so schön und auch der Kollege Hauser macht das eigentlich auch sehr gut öffentlichkeitswirksam, na ja, wenn wir die Gebühren nicht erhöhen, dann müssen wir das Freibad zusperren, dann müssen wir das Hallenbad zusperren usw., aber man könnte mitunter auch im Haus mit einsparen. Ich will es Ihnen nicht vorenthalten, der Kollege Altmann hat zuerst von diesen Stromverteilern gesprochen, das war schon fast richtig lustig, wenn es nicht so traurig wäre, und zwar deshalb, dass man sich anscheinend dagegen verwehrt, dass man solche Stromverteiler in Anspruch nimmt. Die kosten

nicht viel, die amortisieren sich sofort, die schützen auch vor Folgen des Blitzschlages usw., aber anscheinend ist es in einzelnen Abteilungen so, dass man es gar nicht haben will. Und dann kommt als Argument einer Abteilung zum Kontrollamtsbericht, „Betreffend Ankauf von abschaltbaren Stromverteilern darf seitens der Abteilung wie folgt berichtet werden.“ Dann kommen einige Sätze und dann kommt, „seitens der Abteilung darf allerdings kritisch angemerkt werden, dass allein der Ankauf derartiger Verteiler noch nicht zum Energiesparen beiträgt.“ Das stimmt schon, es gibt andere Möglichkeiten auch noch. „Erst die Verwendung dieser Ein- Ausschalter bringt den gewünschten Einspareffekt.“ Na no na net, kaufen wird nicht reichen, ich muss sie auch ein und ausschalten.

Gelächter

Zwischenruf: Falsch ist das nicht!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein eh nicht, aber sie weisen gerade darauf hin, ein offizielles Schreiben innerhalb vom Amt, „erst die Verwendung der Ein- und Ausschalter bringt den gewünschten Einsparungseffekt.“

Zwischenruf: Da hat jemand mitgedacht.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, da hat jemand mitgedacht. So, und jetzt kommt es, würde ich das behaupten, dann würden sie mich wahrscheinlich verbal verprügeln. Hoffentlich nicht wirklich, aber verbal würden sie mich verprügeln, würde ich das behaupten, was seitens der Abteilung geschrieben wurde, nämlich den gewünschten Einsparungseffekt erreicht man nicht alleine durch die Verteiler, sondern man muss sie auch ein- und ausschalten.

So, jetzt geht es weiter im Schreiben: „Ein Gang durch diverse Büros am Vormittag (ist von der Abteilung dienstlich oft erforderlich) liegt ein bei weitem größeres Energiesparpotential als abschaltbare Stand-by-Geräte dar. Man findet Büros mit heruntergelassener Jalousie und eingeschaltetem Licht. Im Büro daneben wird vergessen, das Licht auszuschalten, da durch die Sonneneinstrahlung die eingeschaltete Beleuchtung nicht mehr auffällt. Anderswo können leere Büros mit eingeschaltetem Licht, gantztägig gekippten Fenstern (um den Geruch der Morgenzigarette zu entfernen) und voll aufgedrehten Heizkörpern entdeckt werden.“ Das ist ja Kabarett pur, eigentlich müsste man etwas dafür zahlen, wenn man in diesem Kontrollausschuss drinnen ist. „Das heißt, dass offensichtlich das Bewusstsein zum Energiesparen in manchen Bereichen noch nicht ganz vorhanden ist.“ Ja, das glaube ich auch. „Abschließend darf angemerkt werden, dass eine Zwangsbeglückung aller Mitarbeiter mit abschaltbarer Stromleiste aufgrund des Vorstehenden nicht sinnvoll ist, allerdings auf ausdrücklichen Wunsch einzelner Kollegen selbstverständlich derartige Verteiler ausgegeben werden können.“ Also, ich muss Ihnen ehrlich sagen, jeder Kabarettist würde Sie um so etwas beneiden. Da liegt das Einsparungspotential, meine Damen und Herren, und nicht dort, dass man sagt, Gebühren müssen wir erhöhen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wann ist denn das geschrieben worden?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
09. Juli 2008!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:

Meine Damen und Herren im Gemeinderatssaal. Wenn es so etwas geben würde, wie eine Medaille für heldenhaftes Verhalten im Dienst, dann denke ich mir, wäre das auf alle Fälle dem Kontrollamt zuzusprechen. Oder zumindest einen Bonus für jede Einsparung, die seitens des Kontrollamtes zurück an die Abteilungen geht, wenn man da 10 % für das Kontrollamt bekommt, dann denke ich mir, wäre das schon eine schöne Auffettung für das Gehalt. Es menschelt halt manches sehr da drinnen, es menschelt auch soweit, dass man manchmal glaubt, das Kontrollamt ist das einzige Amt, das gegen alle da herinnen ist, was natürlich nicht stimmt. Ich habe jedes Mal den gleichen Satz zu diesem Thema, wir schießen uns ins eigene Knie, wenn wir eine Miniabteilung, gemessen an anderen Statutarstädten, aufrecht erhalten, nur weil wir vor Angst zittern, dass die Abteilung auf irgendetwas draufkommt, was vielleicht verbesserungswürdig wäre. Also, das sage ich jedes Mal, das ist nachzulesen, das ist eigentlich ein Selbstbetrug, wenn man es so belässt, wie es ist, Michaela hat es eh schon gemeint, dort kann jede Menge eingespart werden, was wir anderweitig wieder vergeben könnten. Ich sage trotzdem danke für die Arbeit, das mit dem Orden für heldenhaften Dienste müssen wir uns noch überlegen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ich glaube, das schadet Ihnen nur.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Glaubst du, dass das Neid auslöst? Das kann auch sein. Ich wünsche den Beamten und Beamtinnen, die dort arbeiten, eine dicke Haut und das Stehvermögen, das sie bislang gezeigt

haben. Ich wünsche ihnen auch noch den einen oder anderen Posten, der sie in ihrer Arbeit unterstützt, weil das, was zu bewältigen ist, gemessen an der Größe des Magistrates, ist nur mit höchster Anstrengung zu erreichen und ich glaube, das was noch an Fällen offen liegt und was man schon bis ins nächste Jahr vorprogrammiert hat, das würde schon einen zusätzlichen Dienstposten verlangen. Ende, aus, wir schießen uns nur selber ins Knie, wenn wir diese Abteilung so klein wie möglich halten, nur weil wir glauben, es ist besser für die Politik.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort?
Schlusswort, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja Kurt, ich kann dir eigentlich nur Recht geben, wir schießen uns selber ins Knie, wenn wir diese Arbeit des Kontrollamtes nicht ernst nehmen. Das ist eigentlich mein Kommentar dazu, ich glaube, dass grundsätzlich jeder Fehler, jede Unzulänglichkeit, jede Beanstandung, die heute vom Kontrollamt gemacht wird, ernst zu nehmen ist. Das ist so wie eine Qualitätssicherung in unserem Haus und da sage ich einmal, ist jede dieser Beanstandungen nicht als Kritik zu verstehen, oder als Verletzung der einzelnen Abteilung, sondern als Chance, sich zu verbessern und diese Chance sollte man unbedingt wahrnehmen. Ich glaube, dass es auch einfach notwendig ist, dass man in Zukunft wirklich konzentriert daran arbeitet, hier ernstzunehmende Rückmeldungen und Anstrengungen zu machen, hier wirklich Verbesserungen herbeizuführen. Ich glaube, dass das eine dringende Notwendigkeit ist und im Übrigen, möchte ich mich beim Herrn Mag. Golda auch ganz herzlich bedanken für die geleistete Arbeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.
Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster Berichterstatter ist die Frau Vizebürgermeisterin. Ich bitte um deine Anträge.

BE:VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um eine Kreditübertragung und um eine Kreditüberschreitung. Es ist ja im Amtsbericht ausführlichst beschrieben, also die Kreditüberschreitung betrifft hauptsächlich die auswärtigen privaten und die öffentlichen Altenheime, aber unsere eigenen Einrichtungen auch.

6) SH-157/07

Sozialhilfekosten; Überschreitung
der Budgetmittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugend- und Sozialhilfe vom 4. 8. 2008 werden für die Mehrausgaben im Bereich der Sozialhilfe folgende Kreditübertragungen/-überschreitungen genehmigt:

**Kreditübertragung
von der VSt 1/411000/768100
(SH-Dauerbezieher)**

auf die VSt 1/411000/768300 (einmalige Bezieher)

€ 50.000,--

auf die VSt 1/411000/728000 (Hilfe zur Arbeit)

€ 40.000,--

**Kreditübertragung
von der VSt 1/419000/458000
(Medikamentenkosten)**

auf die VSt 1/411000/728020 (ausw. private Altersheime)

€ 5.000,--

Weiters werden folgende Kreditüberschreitungen bewilligt:

VSt 1/411000/728020 (ausw. private Altenheime)

€ 5.000,--

VSt 1/411000/728030 (ausw. öffentl. Altenheime)

€ 350.000,--

VSt 1/411000/729700 (SH-Kosten APT/APM)

€ 350.000,--

VSt 1/411000/729710 (Sozialhilfe als endg. Kostenträger)

€ 30.000,--

VSt 1/411000/403000 (Brennstoffhilfe)

€ 30.000,--

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche den hohen Gemeinderat um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Seit zumindest 2002 wird ja der Gemeinderat regelmäßig im Herbst mit sehr massiven Ausweitungen des vorhandenen Budgets im Bereich der So-

zialhilfekosten konfrontiert. Bei diesem Antrag heute geht es konkret darum, dass in 4 Bereichen ein Mehrbedarf von € 860.000,-- erforderlich ist, der sich insofern auf € 765.000,-- reduziert, weil es möglich ist, Übertragungen von diesem Differenzbetrag aus anderen Bereichen zu machen. Allerdings muss auch darauf hingewiesen werden, muss dieser Betrag von € 765.000,-- durch Kreditüberschreitung abgedeckt werden. Der bezifferte Gesamtbetrag laut Vorlage dieses Amtsberichtes beträgt € 5.630.000,--, wobei in einigen Bereichen dieses Amtsberichtes nur die Überschreitungen und nicht die Gesamtkosten dargestellt werden, das möchte ich nur anmerken. Ich komme noch auf den größeren Bereich zu sprechen, aber erstaunlich ist eines, dass die Sozialhilfebearbeitungen enorm ansteigen, so wie in den vergangenen Jahren, und das bei sinkenden Einwohnerzahlen unserer Stadt. Bei sinkenden Einwohnerzahlen steigen die Sozialhilfebearbeitungen, da gibt es ja den Vergleich, 2002 waren es noch € 297.700,-- und 2008 werden es bereits € 1.350.000,-- sein. Das sind, um mit den Worten des Kollegen Bremm zu sprechen, der sich ebenfalls leichter tut, gewisse Beträge in Schilling darzustellen, 18,57 Mio. Schilling. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man jetzt hochrechnet, aufgrund der Tatsache, dass im Monat 257 Personen derartige Barleistungen in Anspruch nehmen, werden das im Jahr 2008 3.084 Personen sein und das sind immerhin etwa 8 % der Gesamtbevölkerung der Stadt Steyr. Das ist schon eine sehr enorme Entwicklung.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Ja wenn Sie es pro Monat hochrechnen, hier werden 257 Personen angeführt, Herr Kollege.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Das sind aber immer die selben Leute.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ja, aber insgesamt sind es dann hochgerechnet 3.084 Personen.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Nein, die 257 Personen kosten die 1,3 Mio. Euro.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Natürlich stimmt die Zahl, die ich gerade genannt habe. Damit sie es auch wissen, ich habe gerade dem Kollegen einen Amtsbericht von 2005 und 2006 gezeigt, wo selbstverständlich diese Hochrechnung gemacht wurde, diesmal hat man es nicht hinzugefügt. Aber ich möchte auf etwas anderes hinaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist so, dass eigentlich seit Jahren die selbe Begründung für diesen exorbitanten Anstieg in diesem Bereich der Sozialhilfeleistungen auf Punkt und Beistrich wiederholt wird. Es heißt dort immer, „die Gründe für den Anstieg liegen vor allem darin, dass es einerseits für Sozialhilfebezieher, sowie für Menschen mit niedrigem Bildungsniveau immer schwieriger wird, einen Arbeitsplatz zu finden und andererseits immer mehr Bezieher einer geringfügigen Notstandshilfe um Aufzahlung auf den Sozialhilferichtsatz ansuchen.“ Das ist immer wieder die selbe Begründung, aber vielleicht könnte man das erklären, ob es tatsächlich so ist. Nur ein einziges Mal, nämlich laut Amtsbericht vom 12. August 2005, hat man als weitere Begründung folgendes festgehalten: „Immer mehr anerkannte Flüchtlinge haben in Steyr ihren Wohnsitz und diese

sind teilweise sehr kinderreich.“ Daher stelle ich die Frage, gibt es dieses Problem nicht mehr, oder ist das Problem inzwischen so groß geworden, dass man es nicht mehr in den Amtsbericht hineinschreiben möchte, um Diskussionen zu vermeiden? Ich darf ersuchen, dass diese Frage beantwortet wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja natürlich ist es auch anzuführen, dass der größte Bereich dieses Antrages sich mit Sozialhilfeleistungen für Altenheimbewohner beschäftigt und es ist zweifelsohne eine sehr große und enorme Summe. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich haben wir die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, dass wir nicht nur derartige Einrichtungen betreiben und auch vonseiten der Stadt bezahlen, damit unsere betagten Bürger dort einen Lebensabend verbringen können, wie es eigentlich angebracht ist und wie es auch tatsächlich in unseren Altenheimen ist. Das muss man sehr deutlich sagen, aber man kann sich durchaus auch Sorgen um die immer größer werdenden Summen machen, weil es geht ja nicht nur darum, dass wir hier Zuzahlungen leisten für jene, die sich diese Tarife nicht leisten können, sondern es geht auch darum, dass wir in weiterer Folge Alten- und Pflegeheime errichten werden müssen, es gibt ja den Plan auf der Ennsleite, den Umbauplan für das Alten- und Pflegeheim am Tabor, aber ich halte nur fest, dass das natürlich auch entsprechende Vorsorgemaßnahmen im Budget nach sich ziehen wird. Aber, ich bekenne mich selbstverständlich dazu, dass unsere älteren Mitbürger, wie ich vorher bereits gesagt habe, einen entsprechenden Lebensabend, den sie sich auch verdient haben, dort auch vorfinden und haben können. Es gibt aber auch andere Bereiche, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo wir dringend Finanzmittel brauchen und da zitiere ich – nachdem das auch teilweise in

den Sozialbereich hineinfällt – eine Aussage vom Kollegen StR Oppl, der ja bereits angekündigt hat, entsprechende Mittel im Budget angemeldet zu haben, für die Betreuung problematischer Familien und Jugendlicher. Obwohl, meine Damen und Herren, wir ja bereits derartige Einrichtungen haben, die auch nicht unerheblich Finanzmittel brauchen, Projekt Flow, Yes und glm. Aber Herr Kollege Oppl, ich muss Ihnen jetzt eines sagen, bei aller Wertschätzung Ihrer Person, dass viele dieser Einrichtungen, bzw. diese Einrichtungen, die ich jetzt angeführt habe, leider nicht den Erfolg zeigen und leider die Bevölkerung in gewissen Stadtteilen seit Jahren keine Verbesserung feststellen kann. Ich erinnere an den Drogenbereich, darauf möchte ich nicht näher eingehen, aber einen Bereich möchte ich doch näher ansprechen. Ich habe das bereits vergangenes Jahr gemacht, so ist folgende Situation im Bereich des Stadtteiles Münchenholz festzustellen, dass die Bewohner und Anwohner des Bereiches Kreuzung Wagnerstraße - Punzerstraße - Sebekstraße dort seit Jahren bereits massiv durch alkoholisierte Jugendliche belästigt werden, von 14.00 Uhr bis in die frühen Morgenstunden und leider merken sie keinerlei Verbesserung, Herr Kollege Oppl. Ich habe Sie deswegen angesprochen, weil Sie im Zusammenhang dieser Sache, die in der Steyrer Rundschau gestanden ist, betont haben, dass man daran arbeitet und dass es das Projekt Flow gibt, aber wie gesagt, die Bevölkerung merkt leider nichts davon. Im Gegenteil, es war heuer in den Sommermonaten nicht mehr auszuhalten, und zwar deswegen, weil offensichtlich sehr viele Jugendliche, die sich bisher im Bereich des Bahnhofes aufgehalten haben, jetzt vorziehen im Münchenholz nicht nur die Bankerl zu besetzen, nicht nur die Gehsteige zu blockieren und nicht nur die Grünanlagen entsprechend in Anspruch zu nehmen und

auch zu verschmutzen. Meine Damen und Herren, ich sage das nicht aus Böswilligkeit, oder weil ich da irgendwelches politisches Kapital daraus schlagen möchte, es ist wirklich nicht mehr auszuhalten, es ist soweit, dass sich am Tag – nicht nur in der Nacht – nein auch am Tag viele Bewohner nicht mehr auf die Straße trauen und sich viele Frauen nicht mehr trauen in den Hof zu gehen, weil sie den Bereich dort betreten müssen, wo sich die jungen alkoholisierten Leute aufhalten, nicht mehr trauen, ihre Wäsche im Hof aufzuhängen, so weit sind wir. Es war mir wirklich ein Anliegen, auch das im Gemeinderat wieder einmal anzusprechen und die Bitte anzuhängen, dass man dort endlich Maßnahmen setzt, die der Bevölkerung dieses angesprochenen Bereiches wieder ermöglicht, ein normales Leben und eine normale Lebensqualität vorzufinden.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Walter Oppl bitte.

STADTRAT
WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, lieber Kollege Eichhübl. Grundsätzlich führen wir heute keine Debatte über die Jugendwohlfahrt, sondern über die Sozialhilfe, aber ich bin natürlich gerne bereit, zu Ihrem Ausflug in die Jugendwohlfahrt Stellung zu nehmen. Ich denke mir, es ist natürlich leicht, das in der präventiven Arbeit immer zu hinterfragen, wenn irgendwo Probleme auftauchen, dass man dann die ganze Arbeit in Frage stellt. Es ist natürlich unbestritten, dass es momentan – wie Sie richtigerweise sagen – punktuell im Bereich Münchenholz mit den Jugendlichen Probleme gibt und es offensichtlich tatsächlich so ist, dass die Problematik, die sich offensichtlich bis vor kurzem im Bahnhofsbereich befunden hat, sich zwischenzeitlich nach Münchenholz

verlagert hat. Ich kann dazu nur sagen, bevor es im Bahnhofsbereich Probleme gegeben hat, war das im Schlosspark und vorher war es auch wo anders, das Problem ist uns bewusst. Ich möchte mich aber schon dagegen verwehren, wenn z. B. die Aktivitäten vom Flow-Akut, oder vom Projekt Yes so transportiert werden, wie wenn das keine Ergebnisse zeigen würde. Ich kann nur eines dazu sagen, in den letzten Jahren bis zum jetzigen Zeitpunkt, wurde immer in der gleichen Gemeinderatssitzung nicht nur der Antrag für die Erhöhung der Sozialhilfe eingebracht, sondern auch von meiner Seite im Bereich der Jugendwohlfahrt, und wenn ihr euch an das vorige Jahr erinnert, in beträchtlicher Höhe, in noch viel größerer Höhe, weit über € 800.000,-- fast € 900.000,--, was wir Budgetüberschreitung in der Jugendwohlfahrt gehabt haben. Ich will jetzt nicht den Tag vor dem Abend loben, aber wenn jetzt keine großen unvorhergesehenen Ereignisse stattfinden, dann werden wir im heurigen Jahr im Bereich der Jugendwohlfahrt mit einer Kreditübertragung und vielleicht mit einer kleinen Kreditüberschreitung, das kann ich jetzt noch nicht sagen, durchkommen und bei weitem nicht mehr diese zusätzlichen finanziellen Mittel benötigen, die wir in den letzten Jahren benötigt haben. Und das, da bin ich felsenfest überzeugt, ist sehr wohl einerseits ein Ausfluss von Flow und andererseits von Yes. Ich sage da nur z. B. das Beispiel von Tageswohnen etc., diese Maßnahmen greifen halt, brauchen aber eine gewisse Zeit, aber wir sind da sicherlich auf dem besten Weg. Was Sie angesprochen haben, was vorige Woche in der Steyrer Rundschau gestanden ist, es ist sehr wohl richtig, ich habe Mittel für Kinder- und Jugendtreffs angemeldet, dass wir einmal anfangen zu diskutieren und das ist ja nicht einfach eine Idee von mir, sondern dass das sehr wohl von Streetwork, von der Polizei und von

allen anderen Institutionen, die da mitarbeiten, vehement und intensiv verlangt und empfohlen wird und auch im Projekt Yes enthalten ist. Ich denke mir, wir müssen das einmal angehen und diese präventive Arbeit dauert halt seine Zeit. Es ist mir sonnenklar, dass wir die Verantwortung für die Probleme, die wir momentan dort haben, jetzt nicht auf die Polizei abschieben können, weil die sind ja unmittelbar gegenüber und die sagen, es gibt keine Probleme, aber offensichtlich gibt es sehr wohl diese Probleme, nur wir können die Jugendlichen jetzt dort nicht wegbeamten, wir müssen mit verstärkter gemeinsamer Arbeit, auch mit Streetwork und anderen Einrichtungen, die in diesem Bereich tätig sind, versuchen offensiv auf die Jugendlichen zuzugehen. Ihr könnt mir glauben, ich bin permanent mit den betroffenen Fachleuten in Verbindung und wir werden versuchen, auch dieses Problem zumindest einzudämmen. Ich denke mir trotzdem, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber ihr könnt euch bitte in der präventiven Arbeit nicht erwarten, dass man innerhalb von ein paar Monaten etwas bewegt, das ist ein Prozess der öfters einige Jahre dauert, bis sich dann ein messbarer Erfolg einstellt. Ich bin aber der Überzeugung, und das haben wir auch schon ein paar Mal hier herinnen und im Sozialausschuss diskutiert, dass sich der Gemeinderat sehr wohl dazu bekennt, dass man in die Prävention dementsprechende Maßnahmen investiert und das ist in erster Linie am Anfang mit Geldmitteln verbunden. Sofern es gelingt, dass wir dann dementsprechende Mittel im Budget drinnen haben, werden wir das dann auch im Sozialausschuss intensiv diskutieren und ich werde dann auch ein Modell vorstellen, wie die ganze Geschichte ausschauen soll.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Es gibt Bereiche bei diesen Sozialhilfeleistungen, bei den Überschreitungen, die wir schwer steuern können. Dazu gehört sicherlich der Bereich der Sozialhilfeleistungen für die Altenheimbewohner, das wird etwas sein, das uns in Zukunft noch mehr zu schaffen machen wird, weil einfach die Zahl jener, die in einem Altersheim ihren Lebensabend verbringen werden, aufgrund der ganzen demokratischen Entwicklung steigen wird. Die Leute werden älter, der Pflegebedarf wird größer, das können wir nicht großartig steuern, weil die Tarife, die wir verlangen, können wir auch nicht endlos nach oben schrauben, weil die Pensionen dazu nicht ausreichen. Das heißt, da sind wir nur vor der Situation uns zu überlegen, wie gehen wir mit diesem Problem in den nächsten Jahren um. Klar muss sein, dass hier einfach in den nächsten Jahren ein Zuschussbedarf sein wird und wie das die Kommunen finanzieren werden. Wo wir aber sehr wohl etwas steuern können, und das ist wieder der Punkt wo wirklich viel Geld drinnen liegt, aber viel für die Personen getan werden könnte. Ich kann mich an die Sozialausschusssitzungen ab 1998 erinnern, da habe ich einen Punkt immer wieder eingebracht, weil der ist mit dem neuen SHG in Oberösterreich mit der Novellierung 1998 möglich geworden, nämlich im § 14 die Hilfe zur Arbeit. Wo in diesem Gesetz ganz deziert darauf hingewiesen wird, dass die Hilfsbedürftigen, die trotz aller Anstrengungen keine Erwerbsmöglichkeiten vorfinden, im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses zu beschäftigen sind, und zwar bei regionalen Trägern,

sprich eben Stadt Steyr. Ja, das stimmt schon, jetzt tun wir es, aber wir tun es nicht in diesem Ausmaß was über all die Jahre möglich gewesen wäre. Erst in den letzten Jahren fangen wir langsam an da zuzulegen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das stimmt doch nicht!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das steht ja sogar im Amtsbericht, ich zitiere den Amtsbericht, wo ganz klar auch drinnen steht: „Wir haben zwar auch Mehrkosten aufgrund der Hilfe zur Arbeit, aber aufgrund dieser Mehrkosten in dem Bereich werden in weiterer Folge die Einsparungen bei den laufenden Sozialhilfekosten in den Folgejahren mehr als wettgemacht, da nach einem einjährigen Beschäftigungsverhältnis in Hilfe zur Arbeit ein AMS Anspruch erworben wird.“ Das ist ja gut, aber ich sitze lange genug, Walter, im Sozialausschuss, dass ich auch weiß, wie mühsam das über all die Jahre war, das in Gang zu bringen, dass auch wirklich Arbeitsmöglichkeiten seitens der Gemeinde angeboten werden und eigentlich erst in den letzten Jahren beginnt das eigentlich wirklich umgesetzt zu werden, weil die finanzielle Situation so drastisch geworden ist. Man braucht es sich ja nur anzuschauen, Sozialhilfebezieher im Jahre 2002 von 65 Personen, auf 2008 mit 257 Personen. Stimmt natürlich, da sind auch welche dabei, die die Aufzahlung auf die Notstandshilfe bekommen, das stimmt schon alles, aber sie argumentieren im Amtsbericht immer, dass es für Menschen mit niedrigem Bildungsniveau immer schwieriger wird, einen Arbeitsplatz zu finden. Und das wäre genau dieser Punkt, wo die Hilfe zur Arbeit greifen müsste. Dass es zuwenig ist, das geben Sie im Amtsbericht ja selber zu, da steht: „Bei der Budgeterstellung letzten Jahres

wurde noch von 5 Beschäftigungsverhältnissen im Jahr 2008 ausgegangen.“ Man hat nur 5 geplant, glücklicherweise hat man für 9 Sozialhilfebezieher jetzt tatsächlich Beschäftigungsmöglichkeiten durch die regionalen Träger, sprich durch das Amt, aufgetrieben oder anbieten können. Gott sei Dank, aber budgetiert hat man überhaupt nur 5 und jetzt sind es glücklicherweise 9, aber es gehört noch viel mehr ausgebaut und da ist noch ein starker Handlungsbedarf. Wie gesagt, erst jetzt in den letzten Jahren beginnt das zu greifen, aber von 1998 bis jetzt hätte ich gerne einmal eine Auflistung, wie viele Personen von 1998 bis heute tatsächlich diese Hilfe zur Arbeit in Anspruch nehmen konnten. Ich kann mich erinnern, dass es erst in den letzten Jahren in Anspruch genommen worden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann Schlusswort der Referentin bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte jetzt gleich bei der Michaela anschließen, Hilfe zur Arbeit. Das ist richtig, dass wir heuer schon 9 Personen haben, ich bin eh froh darüber und wir haben uns immer bemüht, nur haben wir jetzt die Möglichkeit, dass wir eigene Sozialarbeiterinnen haben, die die Hilfe zur Arbeit begleiten. Vorher war auch eine Sozialarbeiterin da, aber die hat das mitgemacht, jetzt funktioniert es gut und ich bin auch froh darüber. Ein paar waren immer bei Hilfe zur Arbeit, es war immer vorhanden, nur nicht in dem Ausmaß. Zu den Sozialhilfebezieherinnen möchte ich schon sagen, bei den laufenden Sozialhilfebezieherinnen haben wir ja eine Übertragung gemacht, die sind ja weniger geworden. Die Einmalsozialhilfebezieher sind die, wo die Kosten gestiegen sind.

Da muss ich aber dazusagen, die sind wegen dem gestiegen, weil das ja Leute sind, die ja arbeiten gehen, aber die gehen arbeiten und haben so wenig Einkommen, dass sie nicht einmal die Mindestsicherung haben und die bekommen die Aufzahlung. Dadurch steigt das so und meines Erachtens wäre auch die Wirtschaft gefordert, dass man sagt, dass die Leute ordentlich bezahlt und so angestellt werden, dass sie zumindest die Mindestsicherung haben. Das ist da aber leider nicht der Fall. Die anderen, die laufenden, Herr Eichhübl, die Dauerbezieher sind weniger geworden. Von da haben wir ja die Übertragung gemacht, da haben wir ja etwas eingespart, nur die anderen können wir nicht steuern, weil das ist ein Gesetz, wenn die jetzt z. B. irgendwo 20 Stunden arbeiten und bekommen € 580,--, dann bekommen sie natürlich auch eine Aufzahlung. Ich weiß ja nicht, was sie verdienen, aber sie bekommen auf die Mindestsicherung die Aufzahlung. Das sind die Einmalbezieher und die bekommen auch zusätzlich die Aufzahlung auf den 13. und 14. Gehalt und durch das steigt das so. Also, wenn wir eine gewisse Grundsicherung beim Verdienst hätten, dann würden wir überhaupt keine Überschreitung haben, und das ist eh mit der Übertragung gegangen. Bei den Altersheimen haben wir eh ausführlich im Sozialausschuss gesprochen, das ist so, dass wir sehr wenig mit der Pension haben. Der Herr Zöttl hat gefragt, es hat ja geheißen, unsere Leute haben so eine hohe Pension, es stimmt schon, aber das Durchschnittsalter ist 85 Jahre und auch wenn sie gute Industriearbeiter waren und gut verdient haben, und die Frauen bekommen nur 60 %, da habe ich jetzt wieder einen Fall mit € 760,--, dann kann ich natürlich keine komplette Heimgebühr bezahlen. Wir wissen eh, wie viel Vollzahler wir haben, das ist minimal. Und Sozialhilfe als endgültige Kostenträger, das sind die Sozial-

hilfeempfänger die von Steyr weggezogen sind und wo wir auch noch verpflichtet sind zu zahlen, und die Brennstoffbeihilfe bekommen die tatsächlichen Sozialhilfeempfänger, aber ich glaube, dass sie eine Wärme haben, soviel muss uns das auch wert sein. Im Grunde genommen ist das hauptsächlich eine Übertragung, bzw. die Überschreitung setzt sich zusammen für die Altersheime. Wir werden das wahrscheinlich ins Budget hineingeben müssen, weil da werden die Kosten wahrscheinlich nicht weniger. Darum ersuche ich den Gemeinderat um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt diesen Antrag zu? Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? 3 – FPÖ. Der Antrag wurde mit Mehrheit beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt.

7) K-70/08

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 9. Juli 2008 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen verdienstvollen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in **Bronze** –
für 15-jährige Mitarbeit
Matthias Baumann
Adam Prosic

Mag. Alexander Stellnberger
Heinz Trummer
Harald Weinmayr

Rettungsverdienstmedaille in **Silber** –
für 20-jährige Mitarbeit
Ing. Robert Schmidt
Ing. Klaus Schnopfhagen
DI Dr. Wolfgang Stöckl

Rettungsverdienstmedaille in **Gold** –
für 25-jährige Mitarbeit
Oswald Sobola

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich übergebe den Vorsitz an die Kollegin Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz. Der nächste Berichterstatter ist der Herr Vzbgm. Bremm.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, in meinem ersten Antrag geht es um die Aufkündigung des Mietvertrages mit Herrn Dr. Johannes Riedl und Frau Marianne Riedl über die Räumlichkeiten im Objekt Stadtplatz 31.

8) GHJ2-55/03

Aufkündigung des Mietvertrages mit Herrn Dr. Johannes Riedl und Frau Marianne Riedl über Räumlichkeiten im Objekt Stadtplatz 31

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 24. 6. 2008 wird der Auflösung des mit den Ehegatten Dr. Johannes und Marianne Riedl, 3350 Haag, Hollengruberstraße 35, über Räumlichkeiten im Objekt Stadtplatz 31 mit Wirkung vom 31. 12. 2009 unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Man braucht sich nicht wundern, wenn man zum Teil in diesem Haus vieles nicht glaubt, was man an Zahlen geliefert bekommt, was man in Amtsberichten liest, weil ständig etwas drinnen steht, wo man nachweisen kann, dass das einfach nicht stimmt. Und genauso ist es in diesem Antrag. Als Vorbereitung auf die Gemeinderatssitzung lese ich mir alle Anträge durch und dann denke ich mir, Aufkündigung des Mietvertrages über die Räumlichkeiten im Objekt Stadtplatz 31, aufgrund dessen, dass wir Reithoffer übersiedeln. Das ist mir schon klar und ich kann mich erinnern, dass wir genau über diesen Mietvertrag, den wir da abgeschlossen haben, am 11. 12. 2003 lange in diesem Gemeinderat diskutiert haben. Das habe ich mich noch erinnern können, und ich habe auch noch gewusst, was ich damals kritisiert habe. In der Politik geht es nicht unbedingt darum, Recht zu haben, aber vielleicht darum, Recht zu behalten. Und in dem Punkt habe ich Recht behalten, dass es nicht sinnvoll ist, einen Vertrag zu unterzeichnen, wo ich unterschreibe, dass ich 5 Jahre lang auf eine Kündigung verzichte. Weil ich habe damals gesagt, das lässt sich im Protokoll nachlesen, wir ver-

zichten auf ein Kündigungsrecht für 5 Jahre, das war im Dezember 2003. Da haben wir für diese Räume, die wir heute kündigen, den Mietvertrag beschlossen. Ich habe damals kritisiert, wir verzichten auf ein Kündigungsrecht für 5 Jahre, wir können aber diesen Mietvertrag frühestens mit 31. 12. 2009 auflösen. Bis dahin haben wir diesen Mietvertrag, ob wir die Räume brauchen oder nicht, ob sich in der Zwischenzeit Änderungen ergeben oder nicht. Jetzt hätte es ja durchaus sein können, dass Reithoffer, wenn die Planungen so wie ursprünglich gewesen wären, dass man nicht umplanen hätte müssen, bereits der Einzug in die Räumlichkeiten durch Magistratsabteilungen in diesem Herbst erfolgen hätte können.

STADTRAT
WALTER OPPL:

Darum haben sie sich ja Zeit gelassen!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Dann hätte man aber weiterhin die Miete bezahlen müssen.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Also, ich habe mich dagegen ausgesprochen, das zu machen. Nur wissen sie, was für mich da das Interessante ist, dass ich dann einen Amtsbericht datiert mit 24. 06. 2008 bekomme, wo drinnen steht, der Mietvertrag wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 11. 12. 2003 einstimmig genehmigt. Ich habe genau gewusst, ich habe da nicht mitgestimmt, weil ich genau das mit der Kündigungsklausel kritisiert habe; und sie können es auch im Protokoll nachlesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Da waren Sie ja noch Liberales Forum!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, Frau Kollegin Mach, im Protokoll über die dritte ordentliche Gemeinderatssitzung der Stadt Steyr können Sie nachlesen: „Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Wer ist dagegen? Eine Gegenstimme, Bürgerforum Frech.“ Das ist das Protokoll über die dritte Gemeinderatssitzung und da steht genau drinnen, dass ich dagegen stimmte, das können Sie auch im Internet jederzeit nachlesen, die Gemeinderatsprotokolle stehen im Internet. Da wird aber in einem Amtsbericht hineingeschrieben, das war einstimmig.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das ist eine Dramatik!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja, schon.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Wissen Sie warum, Kollege Bremm, weil es zeigt, wie man anscheinend Amtsberichte zufällig, absichtlich will ich niemanden etwas unterstellen, de facto manipuliert, weil jeder Gemeinderat, wenn er so etwas liest, damals haben wir das einstimmig beschlossen, sich sagt, na gut, wenn wir da damals einstimmig alle dafür waren, dann wird das eh alles passen. Warum schreibt man sonst hinein, das ist einstimmig beschlossen worden? Es ist nicht einstimmig beschlossen worden, im Amtsbericht steht es trotzdem. Es kann doch nicht sein, dass man es einfach dreht und wendet wie man es braucht. Dann brauchen wir hier im Gemeinde-

rat eh nicht mehr sitzen, dann sagen wir, alle waren dafür und es passt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich kann nur eines sagen, in Zukunft, Herr Dr. Schmoll, schreib das hinein, mit einer Gegenstimme, dann sind wir auf der sicheren Seite.

Gelächter

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Wenn ich etwas sagen darf, ich habe das so zurückbekommen, wo einstimmig drinnen steht.

Diskussion zwischen GR MMag. Michaela Frech und OMR Dr. Gerald Schmoll

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das heißt, Herr Schmoll, verlassen Sie sich nicht auf den Referenten, sondern lesen ...

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, das kommt nicht vom Referenten zurück! Außerdem ist das ja nicht so eine Tragik, du hast das korrigiert, sehr emotionell, aber da waren es halt 35, die dafür gestimmt haben und einer nicht.

Unverständlicher Zwischenruf von Frau GR MMag. Michaela Frech

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich habe da gar nicht geschaut, weil ich gehe davon aus, dass du eh immer dagegen bist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.
Wer dafür ist, den ersuche ich um ein
Zeichen mit der Hand. Wer ist dage-
gen? Stimmenthaltungen? Einstimmige
Annahme.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Jetzt kannst du es schreiben!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kolle-
gen, in meinem nächsten Antrag geht
es um die Sanierung der Garderoben
auf der Hauptschule Ennsleite.

9) GHJ2-41/08
Sanierung der Garderoben Haupt-
schule Ennsleite

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA
Liegenschaftsverwaltung vom
23.06.2008 wird den Auftragsvergaben
für die Sanierung der beiden Gardero-
ben in der Hauptschule Ennsleite, Glö-
ckelstraße 4-6, an die

Fa. Lang & Menhofer, Steyr - Baumeis-
terarbeiten

€ 9.489,74 inkl. USt.

Fa. Lamplmayr, Steyr - Elektroinstalla-
tion

€ 8.743,35 inkl. USt.

Fa. Seywaltner, Steyr – Malerarbeiten

€ 3.607,24 inkl. USt.

Fa. Staudinger, Steyr - Tischlerarbei-
ten

€ 1.813,51 inkl. USt.

Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein –
Garderobenbänke

€ 1.563,98 inkl. USt.

sowie einer Kreditübertragung in der
Höhe von:

€ 25.000,-- inkl. USt.

von der VA-Stelle 5/213000/610000
(Sonderschulen Instandhalt. v. Grund
u. Boden)

auf die VA-Stelle 5/212000/010000
(Hauptschulen Gebäude)

und der Mittelfreigabe in der Höhe von

€ 25.000,-- inkl. USt.
(fünfundzwanzigtausend)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist
eine Darlehensaufnahme in der Höhe
von € 25.000,-- notwendig, die hiermit
grundsätzlich wird. Über den Darle-
hensgeber und die Darlehenskonditio-
nen wird auf Basis einer vom Ge-
schäftsbereich für Finanzen durchzu-
führenden Ausschreibung noch ein
gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat
der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS
zum sofortigen Vollzug dieses Be-
schlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das
ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen?
Stimmenthaltung? Einstimmige An-
nahme.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

In meinem letzten Punkt geht es um
den Vollwärmeschutz im Mehrzweck-
saal Münchenholz.

10) GHJ2-60/07
MZH Münchenholz; Vollwärme-
schutz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 28. Juli 2008 wird die Generalsanierung der Fassade inkl. Fenstertausch, Vollwärmeschutz, Solaranlage und Instandsetzen der Gehwege samt Terrasse in der MZH Münchenholz an die

1. Fa. Nogrased, Steyr - Baumeisterarbeiten (€ 121.566,55 exkl. USt.)
2. Fa. Hainisch, Steyr – Fenster (€19.364,16 exkl. USt.)
3. Fa. Faatz, Steyr - Spenglerarbeiten (€2.867,25 exkl. USt.)
4. Fa. Huber, Steyr – Malerarbeiten (€ 4.437,66 exkl. USt.)
5. Kommunale Dienste, Steyr – Außenanlagen (€ 29.000,-- exkl. USt.)
6. Fa. Klausriegler, Steyr - Solaranlage (€ 15.811,36 exkl. USt.)
7. Unvorhergesehenes (€ 1.900,-- exkl. USt.)

zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

€ 30.000,-- exkl. USt.
bei der VA-Stelle 5/262000/010000
(Sportheim Münchenholz – Gebäude)

freigegeben, sowie die Kreditübertragung im Ausmaß von

€ 95.000,--
bei der VA-Stelle 5/853000/010000
(Geschäftsgebäude – Gebäude)

auf VA-Stelle 5/262000/010000
(Sportheim Münchenholz – Gebäude)

sowie um Kreditübertragung im Ausmaß von

€ 70.000,-- exkl. USt.
bei der VA-Stelle 5/815000/050080
(Park- u. Gartenanlagen – Sonderanlagen)

auf VA-Stelle 5/262000/010000
(Sportheim Münchenholz – Gebäude)

bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 195.000,-- exkl. USt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Da kann man ja gar nicht dagegen sein. Kommen wir gleich zur Abstimmung, wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme.

Ich danke Ihnen, Herr Vzbgm. Bremm, für die Berichterstattung und gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster Berichterstatter, StR Wilhelm Hauser.

BE:STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich darf ihnen heute die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung Stadtwerke Steyr zur Beschlussfassung vortragen. Es gibt ein Ergebnis von einem Minus von € 554.000,--. Das Ergebnis ist Gott sei Dank um € 243.000,-- besser als 2006 und bei weitem besser als wir bei der Budgetierung angenommen haben. Der Verbraucherpreisindex ist insgesamt um 2,2 % im Jahr 2007 gestiegen und wir hatten einen durchschnittlichen Preiserhöhungswert von 1,56 %. Damit

können wir eindeutig sagen, dass wir bei allen Gebührenerhöhungen bzw. Tarifierhöhungen preisdämpfend gewirkt haben. Alle Investitionen, die in den Stadtwerken erfolgt sind, wurden ohne Kreditaufnahme durchgeführt. Die Gesamtinvestitionen, die wir durchgeführt haben, waren immerhin 2,43 Mio. Euro in diesem Geschäftsjahr.

Nun darf ich noch zu ein paar ganz bestimmten Punkten etwas sagen; im Gashandel hat es einen starken Preisanstieg beim Einkauf gegeben, aus diesen Gründen haben wir ja, wenn sie sich zurückerinnern, auch mit Ablauf vom 31. 12. 2007 den Gasvertrag gekündigt. Mittlerweile ist er abgeändert und neu beschlossen worden und wir haben hier also wieder versucht dahingehend Tritt zu fassen, dass es dann ein besseres Ergebnis geben könnte. Beim Gasnetz ist es so, dass wir vor allen Dingen hier Negativergebnisse eingefahren haben aufgrund der hohen Ausgleichszahlungen, die zu leisten sind. Es ist ja auch so, dass wir eine Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofklage eingebracht haben, wobei die Verwaltungsgerichtshofklage zurückgewiesen wurde und die Verfassungsgerichtshofklage mittlerweile gewonnen ist und die E-Control sozusagen jetzt 18 Monate Zeit hat, diese Verordnung, die wir gemeinsam mit Ried und Wels beeinsprucht haben, in Ordnung zu bringen. Wir hatten aber natürlich schon bereits über € 600.000,- an Ausgleichszahlungen geleistet und haben jetzt das über das Rechtsanwaltsbüro, das wir beauftragt haben, von der E-Control eingefordert. Weil da manchmal so gesprochen wird, welche Äußerungen da so zurückkommen. Damit will ich nichts entschuldigen, aber man möge sich nur vorstellen, was uns die Behörde E-Control zurückgeschrieben hat. „Wir sollen uns das Geld von jenen holen, denen sie die Ausgleichszahlungen ausbezahlt haben.“ Das kann nur ein

Scherz sein, wir haben an die E-Control dieses Geld überwiesen und wollen es natürlich auch von der E-Control wieder zurück haben und nicht dass wir jetzt zu dem einen oder anderen schauen gehen, der von uns eine Ausgleichszahlung erhalten hat. Noch dazu möchte ich bemerken, weil unter anderem so oft von Sparsamkeit die Rede ist, dass wir die Ausgleichszahlungen deswegen bezahlen müssen, weil wir im Verwaltungs- und Vertriebsapparat dermaßen günstig arbeiten, und auch im Netzbereich aufgrund unserer ständigen Reparaturen bzw. Neuinvestitionen, die wir hier leisten, dass wir so günstig arbeiten, dass wir überhaupt ausgleichszahlungspflichtig werden, gegenüber jenen, die viel teurer arbeiten als wir und damit sozusagen der Netzkostenpreis in Oberösterreich der gleiche ist, sind diese Ausgleichszahlungen zu berappen. Daher bin ich also hier auch sehr pingelig darauf, dass in den Stadtwerken kostengünstig und vernünftig gearbeitet wird. Beim Gashandel versuchen wir natürlich auch geringe Verluste dahingehend einzufahren, dass unsere Gaskunden dementsprechend auch bezahlen. Das bedeutet, dass wir einerseits auf eine monatliche Zahlung umgestellt haben und auf der anderen Seite durch eine permanente Bonitätsprüfung, vor allen Dingen bei größeren Gaskunden. Außerdem haben wir ein Bürgerportal Gaswerk eingerichtet, wo sich jeder seine Rechnung abrufen kann bzw. seinen Gasverbrauch überprüfen kann, oder auch eingeben kann, was er an Gas verbraucht hat, indem er den Zählerstand eingibt.

Bezüglich Stadtbad möchte ich erwähnen, dass wir hier an und für sich gute Ergebnisse erreicht hätten, aber natürlich auch Investitionen gemacht haben, unter anderem den Parkplatz beim Stadtbad neu gemacht haben und auch beschränkt haben, damit also wirklich unsere Kunden des Stadtbades bzw. des Hallenbades und der

Sauna auch die Parkmöglichkeit vor der Haustür haben. Andererseits haben wir auch den Hochwasserschutz beim Ramingbach gemacht, der uns € 147.000,- gekostet hat, der Rest wurde ja von Bund und Land finanziert. Auch die Attikasanierung wurde gemacht, wobei wir hier in einem Rechtsstreit stehen und es durchaus Chancen gibt, hier eine Anzahl von Euros wieder zurückzubekommen.

Bei der Kunsteisbahn wurde auch eine Steigerung der Besucherzahlen erreicht und damit auch ein besseres Ergebnis als im Jahr 2006. Bei den beiden Friedhöfen, sprich also bei der Aufbahrungshalle bzw. bei der Feuerhalle haben wir behindertengerechte Zugänge geschaffen und haben auch eine ordentliche automatische Tür, gerade beim Krematorium installiert, damit also hier gerade auch die Rollstuhlfahrer dementsprechend hineinkommen bzw. auch wenn es einmal so ist, dass eine Mutter mit dem Kinderwagen dort hinein muss.

Bei den Verkehrsbetrieben ist es so, dass wir 2 neue Ersatzbusse in Betrieb genommen haben, dass wir dem Regionalverkehrskonzept beigetreten sind. Eine Auswirkung bei diesem Regionalverkehrskonzept war, dass wir seit September 2007 die Linie 11 nach Garsten in einem Halbstundentakt führen, die sich sehr gut angelassen hat, dass wir beim Büro Mobitip beteiligt sind, indem wir dort auch eine halbe Arbeitskraft entsandt haben, um hier auch die Connection mit dem oberösterreichischen Verkehrsverbund zu intensivieren und wir befördern ca. 12.700 Fahrgäste pro Tag auf unseren 11 Linien.

Ich möchte auch noch darauf verweisen, dass unser Geschäftsbericht ja von einem Wirtschaftstreuhänder überprüft wird, dem Büro Kallinger & Schwarz, und die haben uns hineingeschrieben: „Gemäß § 273 halten wir ausdrücklich fest, dass wir im Zuge unserer Prüfung keine Tatsachen fest-

gestellt haben, die den Bestand des geprüften Unternehmens gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter gegen Gesetz oder Organisationsstatut und Satzungen erkennen lassen und die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfes nicht vorliegen.“ Ich erlaube mir daher zu sagen, dass in den Stadtwerken gut gearbeitet wird. Ich danke auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihre Tätigkeit, egal ob sie jetzt in der Verwaltung oder in den einzelnen Teilbetrieben tätig sind, glaube dass hier Leute beschäftigt sind, auf die man sich in dieser Stadt verlassen kann und dass wir unter anderem dazu beitragen, dass das Budget der Stadt dementsprechend geschont wird.

11) Stw-91/08

Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2007.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beiliegende Jahresrechnungsabschluss 2007 der Stadtwerke Steyr wird im Sinne der § 4 Abs. 3, lit. b auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt.

Ebenso wird den stadtwerkeinternen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz, Stadtbus zugestimmt.

In diesem Sinne ersuche ich diesen Geschäftsbericht zu diskutieren und der Beschlussfassung zuzuführen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zu Wort gemeldet hat sich erwartungsgemäß Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, Herr Vizebürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Nachdem ja der zuständige Referent, StR Hauser, die positiven Aspekte der Stadtwerkebetriebe hervorgehoben hat, ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Kommen jetzt die negativen.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

... kann ich mich mit der Kehrseite der Medaille befassen. Vollkommen richtig Herr Bürgermeister, nur formulieren tu ich es etwas anders, denn auch diesmal ist die Vorlage des Jahresabschlusses der Stadtwerke bezogen auf 2007 kein Grund zur besonderen Freude, denn trotz Tarif- und Gebührenanhebungen und trotz einer Verlustminimierung um € 230.000,-- im Vergleich zu 2006, wird bei der Zusammenfassung aller Betriebe ein Minus von € 550.000,-- ausgewiesen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass wir bis 2004 etwa doch erhebliche Gewinne in der Zusammenfassung der Stadtwerke erwirtschaften konnten. Für 2008, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist mir schon sehr wichtig, auch diese Vorschau zu machen, nachdem wir diesbezüglich auch im Verwaltungsausschuss diskutiert haben, also für 2008 erwartet man einen Verlust von 2,3 Mio. Euro und für 2009 sogar von 2,4 Mio. Euro. Das ist zweifellos eine sehr dramatische negative Entwicklung, obwohl Wasserwerk, Kremation und Bestattung, aber auch Gashandel und Gasnetz 2007 Gewinne erwirtschaftet haben, werden diese positiven Ergebnisse durch Verluste beim Verkehrsbetrieb, beim Stadtbad, der Kunsteisbahn in der Gesamtbeurteilung der Stadtwerke zurückgedrängt bzw. zunichte gemacht. Noch deutli-

cher wird diese Problematik, wenn man die Ergebnisse der einzelnen Betriebe in der Gewinn- und Verlustdarstellung genauer betrachtet und da muss man schon etwas genauer hinschauen, um den Unterschied zwischen den tatsächlichen Gewinnen und Verlusten und den dargestellten Gewinnen und Verlusten zu erkennen. So werden beispielsweise beim Wasserwerk € 1.291.000,-- Gewinn erwirtschaftet und nur € 272.000,-- ausgewiesen, weil € 1.018.000,-- Betriebszuschuss an Stadtbad und Kunsteisbahn fließen. Wobei beim Stadtbad und Kunsteisbahn zusätzlich noch eine Auflösung von Kapitalrücklagen in Höhe von € 371.000,-- erforderlich ist, um zumindest in diesen Bereichen auf Null zu kommen. Drastisch, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Situation auch beim Gaswerk-Handel. Ich sage es noch einmal in einem Satz, dass natürlich die Liberalisierung des Gasmarktes vor einigen Jahren zu dieser Situation geführt hat, dass wir nicht mehr die Gewinne erwirtschaften konnten, die wir beispielsweise bis 2003, 2004 tatsächlich in diesem Bereich noch hatten. Also tatsächlicher Gewinn beim Gaswerk-Handel € 647.657,--, Zuschuss an den Verkehrsbetrieb – und das ist schon erstaunlich, höher angesetzt als der Gewinn – nämlich € 649.776,--, daher eine Auflösung der Reserve von € 2.119,-- und der ausgewiesene Gewinn € 0,--. Ebenso beim Gaswerk-Netz, tatsächlicher Gewinn € 124.134,--, Zuschuss an den Verkehrsbetrieb wieder höher als der Gewinn, nämlich € 142.365,--, Auflösung der Reserve von € 18.231,--, ausgewiesener Gewinn € 0,--. Mit umgekehrten Vorzeichen ist das Ergebnis beim Verkehrsbetrieb, tatsächlicher Verlust € 1.881.687,--, Zuschuss vom Gaswerk € 792.142,--, von den beiden angeführten Betrieben, Auflösung einer Kapitalrücklage € 141.298,-- und ausgewiesener Verlust, also nicht 1,881 Mio. Euro, sondern € 948.000,--. Die

Betriebskostenzuschüsse führen zwar in den Verlustbetrieben Verkehr und Stadtbad zu einer Erhöhung des Kapitals, das ist auch interessant, obwohl die negativen Ergebnisse in mehreren Teilbetrieben der Stadtwerke, bzw. die negativen Gesamtergebnisse bereits seit einigen Jahren, wie ich vorhin schon gesagt habe, Substanzverlust nach sich ziehen. Trotz dieser sehr angespannten Lage, in der sich die Stadtwerke befinden, müssen diese € 400.000,-- als Verwaltungskostenbeitrag und Gebrauchsabgabe an die Stadt überweisen. Andererseits, das ist auch von großer Bedeutung und hat eine enorme Wichtigkeit, wurden Investitionen nicht in der Höhe getätigt, als in dem vom Gemeinderat beschlossenen Budget der Stadtwerke vorgesehen war, es wurden wesentlich weniger Investitionen getätigt. Aber es ist ja heute bereits angeklungen, durch den Kollegen Altmann bei der Vorlage des Kontrollamtsberichtes, dass man teilweise in den Stadtwerken offensichtlich Probleme hat, aber diesmal sogar mit Wissen des Referenten, Gemeinderatsbeschlüsse entsprechend umzusetzen. Aber ich gehe jetzt gar nicht näher darauf ein, weil das bereits bei der Abhandlung des Kontrollberichtes hier angeführt wurde. Die Zahlen, die ich aus dem Geschäftsbericht herausgegriffen und verdeutlicht habe, sind deswegen von großer Bedeutung, weil daraus die künftige Entwicklung der Stadtwerke abzuleiten ist und eine Entwicklung aufzeigt, die sicherlich nicht als rosig bezeichnet werden kann. Sorgen machen mir auch die vielen Rechtsstreitigkeiten, Herr Hauser hat das teilweise angezogen, wo noch sehr viele Summen mit großen Fragezeichen zu versehen sind. Wir haben noch nie so viele Rechtsstreitigkeiten gehabt, als jetzt in den vergangenen Jahren, das muss man auch sehr deutlich sagen. Und was – das ist auch immer wieder die Frage, die nicht nur ich im Verwaltungsaus-

schuss stelle – unternehmen die Stadtwerke, um diesen negativen Trend abzufedern und wieder zu verbessern. Es gibt da ja einige Vorschläge, ich greife einen heraus, das wäre die Installierung eines weiteren Standbeines gewesen, weil inzwischen sind ja wieder einige Jahre vergangen, wo man wirklich ein definitives Angebot, Herr Bürgermeister du weißt wovon ich rede, gehabt hätte, ein drittes Standbein für die Stadtwerkebetriebe zu errichten, nämlich eine Beteiligung vonseiten der Stadtwerke bei einem Biomassekraftwerk, das nicht nur Wärme, sondern auch Kälte und Strom erzeugt. Aber diese Chance hat man offensichtlich vorbeigehen lassen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, man darf eines sicherlich nicht vergessen, dass hinter diesen Zahlen, die ich genannt habe und die in der Bilanz der Stadtwerke aufscheinen, auch Menschen stehen. Menschen, das sind die Mitarbeiter der Stadtwerke, die zweifellos ihr bestes nicht nur für die Stadtwerke geben, sondern vor allen Dingen bestrebt sind, beste Dienstleistung an den Bürger der Stadt heranzutragen. Da ist es natürlich so, dass viele dieser Mitarbeiter in Bereichen beschäftigt sind, wie z. B. den Verkehrsbetrieb, der Kunstseilbahn oder im Stadtbad, wo einfach keine positiven Ergebnisse zu erwirtschaften sind, denn da müsste man Eintrittspreise und Tarife verlangen, die sich niemand leisten kann. Aber ich vertrete nach wie vor die Auffassung, dass es selbstverständlich Aufgabe einer Kommune ist, entsprechende Beträge dafür vorzusehen, um diese Dienstleistungen an den Bürger der Stadt tatsächlich heranzutragen und möglich zu machen. Wobei ja jetzt die Situation so ist, dass man einige Teilbereiche der Stadtwerke die noch im Plus sind, dazu heranzieht, um hier Kapital abziehen und das geht natürlich an die Substanz, wie ich vorhin bereits verlesen habe. Man muss aber auch fragen,

wie ist das Umfeld in den Stadtwerken, in welchem Umfeld arbeiten dort die Beschäftigten, wie schaut es denn mit dem Betriebsklima in den Stadtwerken aus? Das ist wirklich sehr entscheidend. Meine Damen und Herren, ich darf auch einen Kontrollamtsbericht heranziehen, da gibt es ein Schreiben vonseiten der Stadtwerkedirektion, vom Herrn Geschäftsführer Zeilinger, der sich – und das hat es auch noch nie gegeben – beim Kontrollamt in schriftlicher Form über Mitarbeiter und deren Leistungen beschwert. Das hat es noch nie gegeben, beschwert über Personen, die über Jahre hinweg qualifizierte Arbeit geleistet haben, das habe ich feststellen können, und die seit längerer Zeit zur Zufriedenheit in den Stadtwerken gearbeitet haben, da hat es noch keinen Geschäftsführer Zeilinger gegeben. Das finde ich schon sehr dramatisch, wenn es wie gesagt vonseiten der Geschäftsführung notwendig ist, sich beim Kontrollamt zu beschweren, da müsste er schon schauen, dass er selbst ein entsprechendes Betriebsklima schafft, dass solche Dinge nicht notwendig sind. Man müsste eigentlich, Herr Kollege Hauser, auch darauf hinweisen, dass der Herr Zeilinger zu Fachtagungen fährt, die offensichtlich aber nicht für ihn gedacht sind, sondern für die Mitarbeiter in den Abteilungen, die dort Verantwortung tragen und wenn er wenigstens eines machen würde, die Mitarbeiter über diese Ergebnissen von Fachtagungen und Sitzungen zu informieren. Das macht er aber nicht, im Gegenteil, er geht dann her und beschwert sich gerade über diese Mitarbeiter. Also, meine Damen und Herren, da ist sicherlich Handlungsbedarf. Ich könnte ihnen jetzt, nachdem ich Informationen habe, wie es den Kollegen in den Stadtwerken in mehreren Bereichen geht, eine Seite vortragen, was dort auch alles vorgeht, aber das werde ich sicherlich nicht machen und zwar im Interesse des Betroffenen und im Interesse der

Betroffenen, aber ich sage Ihnen nur einen Schlusssatz davon: „Vonseiten des Arbeitgebers sollte man bald etwas unternehmen, da die Arbeitsmoral am Boden liegt, unter dem Motto, mir ist alles egal, ich mache halt meine Arbeit. Um weiteren Schaden zu vermeiden, sollte man seinen Vertrag, derzeitiges Ende 30. 4. 2009, nicht mehr verlängern. Der Nachfolger muss die Stadtwerke Steyr sowieso neu organisieren und umstrukturieren.“ Das ist nicht meine Feststellung, das ist die Feststellung von vielen Mitarbeitern der Stadtwerke und ich kann nur wirklich sagen, Herr Magistratsdirektor, Herr Bürgermeister, Herr Referent und auch an die Personalvertretung richte ich die Bitte, in diesem Bereich Sorge dafür zu tragen, dass die Mitarbeiter anders behandelt werden, weil auch davon hängt ein Erfolg eines Betriebes sehr wesentlich ab, wie die Mitarbeiter behandelt werden.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr GR Hack bitte.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen, geschätzte Presse. Ich danke meinem Vorredner für die Ausführungen, weil jetzt wird mir etwas klar. Es ist da ganz doll geschrieben, das IKS, das ist das interne Kontrollsystem, ist für 2008 in Planung und soll die Sicherheit des Geschäftes der Stadtwerke weiter verbessern. Das ist durchaus gut, das ist durchaus richtig, das ist auch das, was man von einem Betrieb erwartet und verlangt. Ich würde aber jetzt vorschlagen, auch ein GKS einzuführen, nämlich ein Gesundheitskontrollsystem, weil offensichtlich – auch aufgrund der Ausführungen meines Vorredners - kann ich nur sagen, möglicherweise oder wahrscheinlich ist die gesundheitliche Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den

Stadtwerken absolut besorgniserregend. Wenn man sich da die Krankenstandsentwicklung anschaut, ja bitte, Tage pro Mitarbeiter in Österreich ist es 11,5, also im österreichischen Durchschnitt, bei uns sind es 15,5 Krankenstandstage. Anstieg Langzeitkranke von 1.800 im Jahr 2006 auf 2.027, das sind plus 12 %. Wenn man diesen Durchschnittswert jetzt im Vergleich zu Österreich hochrechnet, dann haben wir in den Stadtwerken 2.030 Krankenstunden und der österreichische Durchschnitt hochgerechnet wäre 1.506. Also sprich über 500 Arbeitsstunden sind die Leute leider mehr krank. Es ist schade, dass jemand krank ist, aber das ist schon mehr, als der österreichische Durchschnitt und bitte wo ist da die Leitung der Stadtwerke, wo ist da die Personalvertretung. Lieber Michael Schodermayr, kannst du einmal hinaufschauen, was dort los ist? Das ist ja besorgniserregend, diese Diskussion gibt es jedes Jahr und es wird offensichtlich nichts dagegen getan. Es steht im Jahresbericht der Stadtwerke drinnen, also ist es Bestandteil und bitte, wenn die Leute nicht gesund sind und nicht gescheit arbeiten können, dann wird es den Stadtwerken auch nicht gut gehen. Das ist doch die erste Pflicht, auch des Arbeitgebers, doch zu schauen, dass die Leute gesund bleiben und irgendetwas stimmt da nicht. Die Diskussionen gibt es seit Jahren, fast jedes Jahr stehe ich auch draußen. Es hat angeblich auch einmal Ansätze gegeben, irgendetwas zu machen, es steht nicht einmal irgendetwas im Bericht drinnen, was jetzt geschieht, aber es muss dringend etwas in der Gesundheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verbessert werden, bei denen ich mich im Namen der ÖVP-Fraktion natürlich trotz allem auch für ihre gute Arbeit – in einem offensichtlich nicht ganz guten Umfeld - bedanken möchte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, so unbedeutend können diese Krankenstandstage wohl nicht sein, wenn sie von der Geschäftsführung im Lagebericht gleich auf der ersten Seite vorkommen. Das ist kein Detail zum Thema, ich denke mir, da hat sich die Geschäftsführung wohl etwas überlegt, das hineinzunehmen. Wie meine Vorredner schon darauf hingewiesen haben, Durchschnitt in Österreich 11,5 Tage, Stadtwerke im Jahr 2007 15,5 Tage, Tendenz steigend, im Jahr 2006 waren es nur 14 Tage. Das ist, meine Damen und Herren, ein Plus von 4 Tagen. 4 Tage mehr als der österreichische Durchschnitt und das sind 30 % mehr an Krankenstandstage als der Durchschnitt. Jetzt kann ich natürlich immer sagen, ja es gibt statistische Schwankungen, aber die 30 % müssen sie mir einmal erklären. Entweder ist die Tätigkeit der Mitarbeiter dort so gefährlich, dann muss man aus arbeitsschutzmäßigen Überlegungen heraus etwas tun, oder aber es hat etwas damit zu tun, und das weiß jeder, Krankenstandszeiten haben auch immer etwas mit Motivation zu tun, sind ein Indikator für Mitarbeiterzufriedenheit. Das heißt, da schlägt anscheinend möglicherweise irgendetwas manchen Mitarbeitern auf den Magen, psychosomatische Erkrankungen gibt es ja auch, wie wir wissen, das wird der Michael bestätigen können. Das heißt, hier ist Handlungsbedarf, sich diese Krankenstandsentwicklung einmal anzuschauen, zu analysieren und dafür Sorge zu tragen, dass die Mitarbeiter gesündere Arbeitsbedingungen vorfinden, motivierendere Arbeitsbedingungen vorfinden. Das ist der erste Punkt und das kostet natürlich auch,

diese Krankenstandszeiten kosten etwas. Ein Punkt, wo wir auch bei den Kosten sind, was der Lagebericht feststellt, es hat einen Vergleich mit anderen Stadtbussen, nämlich mit 6 weiteren anderen österreichischen Verkehrsunternehmen gegeben und das Ergebnis bestätigt die zu hohen Kosten im Werkstattbereich. Das heißt, die Geschäftsführung stellt schon seit längerem fest, die Kosten im Werkstattbereich sind zu hoch. Frage ist, was wird man tun um diese Kosten zu senken, die anscheinend zu hoch liegen, das stellt die Geschäftsführung fest. Ja, man kann sich natürlich rausstellen und sagen, positiv gesehen haben wir alle diese Investitionen aus dem Cashflow bewältigen können, aus unserem Zahlungsmittelüberschuss. Ja, nur die eine Zeile, Willi, hast du uns schon ein bisschen verschwiegen, nämlich die Finanzsituation ist deshalb stabil geblieben und die Investitionen konnten deshalb aus dem Cashflow gedeckt werden, weil geringere Investitionen als geplant waren, wie der Kollege Eichhübl auch schon darauf hingewiesen hat. Das heißt, wir investieren weniger, als wir geplant haben. Zugleich stellt aber auch die Geschäftsführung fest, dass würden wir mehr investieren, wir auch höhere Fahrgastzahlen haben könnten, das steht auch ganz genau im Bericht drinnen, auf der Seite 10, „weitere Steigerungen der Beförderungszahlen scheinen durch die Investitionen im Busbereich und bei Haltestellen und innovativen Verkaufsmaßnahmen durchaus möglich.“ Und da bin ich beim Thema Marketing. Ich kann mich erinnern, diejenigen, die im Kommunalausschuss sitzen, werden das auch bestätigen können, seit Jahren reden wir uns den Mund fusselig, dass Marketingaktionen im Bereich des öffentlichen Verkehrs gesetzt werden. Es heißt dann immer, ja dazu ist das Geld nicht da, das können wir uns nicht leisten, aber diese Marketingmaßnahmen, die nötig wären, würden

auch zu einer Erhöhung der Verkaufsmaßnahmen führen. Ich bin ja schon sehr froh, dass man heuer wieder am Mobilitätstag teilnimmt und dass man hier zumindest eine Freifahrt bei den Bussen hat. Als Marketingmaßnahme aber müsste man noch viel mehr in diese Richtung machen, vor allem wenn wir möchten, dass die Bevölkerung wirklich den öffentlichen Verkehr nutzt und gerade Steyr würde absolut viele Chancen in diesem Bereich bieten, dass die Leute ihr Auto zuhause lassen. Sie brauchen selbst nur schauen, zu welchen Tageszeiten die Straßen vollends verstopft sind und man könnte sehr viel an Stau reduzieren, wenn noch mehr von der Bevölkerung mit dem Bus fahren würden, den öffentlichen Verkehr nutzen würden, aber das würde voraussetzen, dass wir auch mehr investieren, in die Haltestellen, in die Busse usw.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Kurt bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Vielleicht noch etwas zu den Krankenständen des Buspersonales.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Das ist Stadtwerke insgesamt!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Stadtwerke insgesamt, aber wahrscheinlich werden die von den Bussen, gemessen an dem anderen Personal, die höchste Steigerung haben. Salzburg hat vor 5 Jahren eine ähnliche Entwicklung gehabt und man hat das untersuchen lassen. Man ist dann darauf gekommen, dass Busfahrer weitaus erheblicheren Belastungen ausgesetzt sind, als wie Busfahrer von normalen

Tourismusunternehmungen oder LKW-Lenkern. Man hat dann dort eine Art Gesundheitsprojekt gestartet, um darauf zu kommen, wo denn eigentlich die Schwierigkeiten liegen und es hat sich dann innerhalb von 1 ½ Jahren das Problem von selber gelöst. Wir müssen wahrscheinlich schauen, woran es liegen kann und dann einmal versuchen, das in ein Projekt, in ein Konzept zu kleiden, wenn es nicht in normaler Art und Weise zu lösen ist, auffallend ist es trotzdem.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Willi, Schlusswort bitte.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Ich danke einmal für die Wortmeldungen und möchte dazu natürlich auch Stellung nehmen. Erstens einmal, vordringlich ist es so, dass natürlich die Gasliberalisierung sehr stark zum Ergebnis bei unseren Stadtwerken beiträgt. Da muss man dazu sagen, dass wir alles mögliche probiert haben, bis hin, dass wir den Herrn Hack gebeten haben, doch mit dem Herrn Barstein zu reden. All diese Dinge haben letztlich nichts gefruchtet, in Wirklichkeit ist es so, dass die E-Control und die Gaslieferanten mit uns tun, was sie gerne möchten. Wir sind hier sozusagen Subhändler und müssen schauen, dass wir uns dementsprechend wehren. Damit also diese Dinge nicht einfach unwidersprochen so passieren, gibt es eben auch Rechtsstreitigkeiten. Und lieber Kollege Eichhübl, du hättest wahrscheinlich auch Rechtsstreitigkeiten durchgeführt, wenn die Situationen so gewesen wären, wie sie sich eben auch jetzt darstellen. Dasselbe bei der Attika im Hallenbad, es kann nicht sein, dass sozusagen hier vom Architekten eine Dampfsperre falsch konstruiert wird, diese Dampfsperre auch falsch einge-

baut wird, unter anderem auch dementsprechend mangelhafte Ausführung von der Dachdeckerei durchgeführt wurde. Alles gerichtlich mit Beweisfeststellung durchgeführt und es ist halt nun mal so, dass wir hier auch einen Rechtsstreit in der Größenordnung von € 150.000,-- bis € 160.000,-- haben. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, damit relativiert sich also schon wieder einmal dieser Geschäftsbericht, weil wenn wir das Geld alles hätten, dann hätten wir nämlich mit einer schwarzen, oder roten Null, wie immer sie das auch sehen mögen, hier bilanziert. Daher muss man die Dinge auch so sehen, wie sie sind. Natürlich zahlen wir auch € 400.000,-- Gebrauchs- und Verwaltungsabgabe, das bedeutet aber auch, dass wir von der Stadt etwas bekommen. Einerseits bekommen wir Subventionen bzw. Investitionszuschüsse, andererseits ist es natürlich auch so, dass aufgrund der Konstruktion bei uns im Magistrat natürlich auch die Bediensteten Magistratsbedienstete sind und das natürlich auch der Verwaltung im Magistrat anheim fällt, bis hin zur Besoldung. Weniger Investitionen ist durchaus richtig, nur geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eines muss ich euch schon sagen, dass wir im Budget 3,5 Mio. Euro zur Investition vorsehen, weil irgendetwas passiert und es auf der anderen Seite dann dazu kommt, dass wir das eine oder andere nicht machen müssen, weil es nicht kaputt wird, dann werden wir es nicht hineinvestieren, nur damit wir es investiert haben, um das Budget zu erfüllen, so wie wir es vorgeschlagen haben, weil sonst würde es auch keinen positiven Rechnungsabschluss, bzw. einen besseren Rechnungsabschluss in der Stadt geben, wenn alles so umgesetzt würde, wie es vorgesehen ist und nicht sparsam mit den Dingen umgegangen wird. Hier verstehe ich also die Argumentation überhaupt nicht, dass wir auf der einen Seite sparsam mit den Investitionen

umgehen und nur das machen, was also auch wirklich notwendig ist und auf der anderen Seite würde man uns sagen, dass wir auch Sparsamkeit einhalten müssen. Dazu möchte ich unter anderem auch noch darauf aufmerksam machen, dass also in den Stadtwerken Einsparungen durch Verbesserung der Systeme über € 480.000,- erfolgt sind, bzw. auch Einsparungen beim Personal, dort wo es sinnvoll und vernünftig war. Lieber Roman, es ist immer eine unterschiedliche Meinung zwischen uns beiden, ich habe nichts davon, wenn ich Gewinne in der Höhe von 1,1 Mio. Euro beim Wasserwerk ausschütte und auf der anderen Seite Defizite beim Stadtbad und bei der Kunsteisbahn habe, die ich nicht intern ausgleichen würde, sondern zuerst brav irgendwohin die Steuern abführe und dann mit dem übriggebliebenen Geld die Defizite abdecke und dann noch zusätzlich aus dem Budget Abdeckungen von der Stadt brauche. Also ich glaube, dass es sehr vernünftig war, was man sich hier ausgedacht hat, diesen Versorgungsverbund zu machen bzw. diese Verknüpfungen zu machen, dass wir intern innerhalb des Betriebes diese Defizite ausgleichen können. Dasselbe ist beim Verkehrsbetrieb, dieser Gas- und Verkehrsverbund, der hier also besteht, dass wir dies ausgleichen könnten. Um gleich bei dir zu bleiben, Roman, die Beschwerde über die Mitarbeiter und deren Leistungen kenne ich nicht, das ist bei mir nie aufgetaucht, ich weiß es auch nicht, dass es dieses Schriftstück gibt, weder vom Kontrollamt, noch von irgendeinem Bediensteten und bei mir hat sich auch niemand darüber beschwert, dass der Herr Zeilinger auf Fachtagungen fahre und sie dann nicht informiere. Dasselbe ist bei der Arbeitsmoral, überall dort, wo die Bediensteten zu mir kommen, egal ob es jetzt einzelne Bedienstete sind, oder ob es Personalvertreter aus den einzelnen Teilbetrieben sind, bearbeite ich

das, spreche ich auch mit dem Herrn Dir. Zeilinger, wenn bei ihm etwas passiert. Aber es ist ja nicht nur so, dass sich immer alles auf den Herrn Zeilinger fokussiert, sondern es gibt natürlich auch da und dort Unstimmigkeiten in den einzelnen Teilbetrieben. Die gehören bearbeitet, ich bemühe mich, das zu tun und kann nur versichern, dass bei mir die Tür für jeden offen ist, der etwas benötigt und etwas braucht. Aber ich bin natürlich auch gerne bereit, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, sei das jetzt z. B. gerade wegen der Krankenstandstage, dass wir hier ein Projekt machen und wenn der Herr Hack so ein bisschen belächelnd meint, wegen dem IKS-System, das ist ja nicht etwas, was wir selbst erfunden haben, sondern was uns unter anderem auch der Wirtschaftsprüfer an den Tag gelegt hat, ...

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Aber der Managementletter fehlt auch im Geschäftsbericht.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:

Ja, aber der Managementletter kommt erst viel später, da ist der Geschäftsbericht längst abgefasst und die Verwaltungsausschussmitglieder haben ihn alle ausgehändigt bekommen. Das ist kein Geheimnis, wir brauchen nicht so tun, wie wenn wir irgendetwas geheim halten würden. Schön langsam platzt mir der Kragen, wenn immer so gesagt wird, dass wir da irgendetwas verheimlichen würden, denn die Leute im Verwaltungsausschuss sind über alles informiert und ich behaupte, ich informiere sogar im Vorhinein über geplante Dinge und der Managementletter wurde jedem einzelnen Verwaltungsausschussmitglied ausgehändigt.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Das gehört aber in den Geschäftsbericht hinein.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:

Nein, das gehört nicht in den Geschäftsbericht hinein, weil der ist vorher fertig. Ihr wisst ganz genau, dass der Geschäftsbericht fertig war und einen Tag bevor die Verwaltungsausschusssitzung erfolgt ist, ist der Managementletter gekommen und ihr habt ihn sofort bei der Verwaltungsausschusssitzung ausgehändigt bekommen. Da brauchen wir nicht so tun, als wenn irgendetwas anders laufen würde wie es sollte. Bei den Marketingdingen möchte ich eindeutig darauf hinweisen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das beste Marketing für uns alle ist, dass wir die Busse austauschen und neue Busse bekommen, dass unsere Flotte in Ordnung ist und dementsprechend ordentlich ausgestattet ist, dass wir unsere Haltestellen behindertengerecht ausrüsten, dass das alles in Ordnung ist und dass noch ein paar Kleinigkeiten bei alten Haltestellen nachzurüsten sind. Ich möchte auch noch dazu sagen, wenn die Frau Kollegin Frech die hohen Werkstattkosten anspricht, die sind also zum Großteil schon damit zu begründen, dass es eben bei uns noch ältere Busse gibt, die also auch einen erhöhten Aufwand benötigen. Das ist halt auch so und dementsprechend könnte man hier eine Linderung schaffen, indem man in 2 Jahren nicht nur 2 Busse sondern 4 Busse kauft, dann wäre die Flotte neu.

Gelächter

STADTRAT
WILHELM HAUSER:

Aber dann brauche ich mit unserem Herrn Bürgermeister überhaupt nicht mehr sprechen, wenn ich ihm sage, dass wir 4 statt 2 Busse kaufen. In die-

sem Sinne sage ich also zu, dass wir uns das mit der Gesundheit auf alle Fälle zu Herzen nehmen werden, anschauen und auch einleiten werden. Ich kann nur sagen, wir haben einige Langzeitkranke und da geht es nicht nur um einige, die über 6 Monate hinaus krank sind weil sie Krebs haben, sondern auch um andere Krankenstände, wo es auch darum geht, dass die eine gewisse Regenerationsphase brauchen, aber leider Gottes auch dementsprechend bedient sind und ich muss dazu sagen, ich bin nicht bereit, diese Leute aufgrund von Krankheit freizusetzen. In diesem Sinne ersuche ich hier eine Beschlussfassung des Geschäftsberichtes durchzuführen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte nur eines erwähnen. Heute ist der ehemalige GR Franz Rohrauer da, der ist der Ersteller dieser Bilanz und dieses ganzen Werkes und ich möchte mich im Namen des Gemeinderates auch bei dir für deine wertvolle Arbeit bedanken.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Jemand dagegen? Stimmenthaltungen? 3 Stimmenthaltungen (FPÖ). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Berichterstatter, nächster Berichterstatter ist der Herr StR Gunter Mayrhofer.

BE:STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Mangels Budgetmittel in meinem ausgehungerten Ressort, haben wir uns darauf verlegt, Bebauungspläne zu machen. Der heute vorliegende betrifft den Hofergraben. Hier geht es um eine Neuerstellung im Süden von der Sandbauernstraße, beschlossen im Norden vom Hofergraben. Es wird hier im Bereich Hofergraben eine Baudich-

te zwischen 0,9 und 1 mit einer dreigeschossigen Bauweise und Dachausbau festgelegt, im südlichen Bereich an der Sandbauernstraße im Einfamilienhausbereich mit einer Geschossflächenzahl von 0,35 bis 0,5 und die Firsthöhe wurde dort mit 7 m vorgesehen.

12) BauGru-49/05

Bebauungsplan Nr. 70 – Hofergraben; Neuerstellung.

Der Gemeinderat möge die Erlassung des Bebauungsplanes Nr. 70 - Hofergraben entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 14. 12. 2007 (adaptierte Plangrundlage vom 14. 06. 2007) und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 19. August 2008 beschließen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall, einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter, wir sind am Ende unserer Tagesordnung.

ENDE DER SITZUNG: 19.15 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Mag. Erwin Schuster eh.

GR Hans Payrleithner eh.